

sichtsrat wurde für das Geschäftsjahr 1992 seinerzeit nach vorausgegangenem Landesregierungsbeschuß vom 13. September 1993 in der Hauptversammlung vom 14. September 1993 die Entlastung erteilt. Der Anlaß der Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit waren die Verkäufe beziehungsweise Ankäufe von STEG-Aktien, auch das ist bereits genannt worden. Das Ergebnis kennen Sie, sie ist, etwa in runden Zahlen gesprochen, zu 65 Prozent an die Verbundgesellschaft und 30 Prozent an die STEWEAG gegangen, und 5 Prozent befinden sich in Streubesitz. Über das Verhalten des Vorstandes der STEWEAG in diesem Zusammenhang gab es und gibt es öffentliche Diskussionen. Nun hat der Herr Landesrat Ressel eine Paragraph-118-Prüfung nach dem Aktiengesetz veranlaßt, und der damit betraute Wirtschaftsprüfer Dr. Pock hat schließlich und endlich in seinem Gutachten, einem sehr dicken Gutachten, keine einzige Detailfeststellung treffen können, wonach eine Pflichtverletzung oder gar Rechtsverletzung stattgefunden hätte, sondern lediglich in der Beurteilung auf den letzten beiden Seiten im Punkt a gemeint: „Die Aktivitäten des Vorstandes der STEWEAG im Jahr 1991, betreffend der STEG waren offensichtlich äußerst zurückhaltend.“ (Landesrat Ing. Ressel: „Das ist eine Verdrehung der Tatsachen, Herr Abgeordneter; das möchte ich Ihnen schon sagen!“) Bitte, das ist weder eine Pflichtverletzung noch eine Rechtsverletzung. Die Informationspflicht des Vorstandes gegenüber dem Aufsichtsrat, meint er, sei dadurch verletzt worden, daß über einzelne Absprachen des Generaldirektors Beer mit Generaldirektor Fremuth nicht ausreichend berichtet wurde, wodurch anstelle eines möglichen Erwerbes von X-Anteilen nur ein Erwerb von Y-Anteilen durch die STEWEAG möglich war. Also, die wirtschaftliche Begründung der einzelnen Varianten und die Frage, welche Variante die Zustimmung der Gremien gefunden hätte, schreibt er hier ausdrücklich, ist nicht Gegenstand, der von uns durchzuführenden Sonderprüfung gewesen. Er schreibt im letzten Punkt c, für mich auch relativ nicht deutlich, zur Frage nach einem allfälligen Schaden: „Nach unserer Einschätzung sind nicht alle Möglichkeiten zur Optimierung, sowohl des Ausmaßes als auch des Kaufpreises der Beteiligung, voll ausgenützt worden.“ Da kann man natürlich sagen, wie auch Kollege Vesko es gesagt hat, ob sie tatsächlich Weltmeister waren in der Verhandlung, darüber kann man reden, daran kann man zweifeln. Aber es gibt keine rechtlichen Vorhalte, so auch hier, die unserer Meinung nach eine Nichtentlastung rechtfertigen würden. Univ.-Prof. Krejci hat dann zu diesem Prüfbericht einen ganz wesentlichen Schlußsatz gesetzt. Ich glaube auch, daß das eine anerkannte Größe ist. „Der Prüfbericht erhebt auch in diesem Zusammenhang gegenüber dem Vorstand der STEWEAG nicht den Vorwurf rechtswidrigen und schuldhaften Verhaltens, sondern stellt lediglich fest, daß andere Kooperationsmöglichkeiten möglicherweise mehr gebracht hätten als das Festhalten an einer bestimmten Variante.“ Nun, auch die Beurteilung auch solcher Aussagen ist jedermanns eigene Sache. Die Frage bleibt für mich: Was ist an den angeblichen kopierten Geheimpapieren oder parallelen Papieren, die der Herr Landesrat nun auch erwähnt hat, nun wirklich dran? (Landesrat Ing. Ressel: „Keine geheimen Papiere, die sind offen zugegangen! Be-

zeichnen Sie das nicht als Geheimpapiere, wenn es offizielle Papiere sind!“) Jawohl, offengelegte Papiere, die allem Anschein nach Varianten verschiedener Vereinbarungsmöglichkeiten waren. So hat es zuerst geheißen.

Ich nehme es selbstverständlich gerne zur Kenntnis, daß das offizielle Papiere sind, die allerdings, und jetzt wird es wichtig, vom neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrates Raidl nach ausführlichen Gesprächen mit dem damaligen Vertragspartner Generaldirektor Fremuth, der dies beurkundet hat, bedeutungslos sind. Im tatsächlich unterfertigten Syndikats- und Abtretungsvertrag, der notariell beglaubigt ist, und nur dieser gilt, vom 27. Juli 1992 liegt ein Verzicht auf die Sperrminorität durch den damaligen Vorstand der STEWEAG nicht vor.

Das heißt, die anderen Papiere sind - ich weiß nicht was - Entwürfe, mögliche Varianten einer Verhandlung, die aber keine Rechtsgültigkeit haben. Zum Ausscheiden der Vorstandsmitglieder Beer und Gutjahr: Weil man dann sagt, warum sind denn dann diese beiden Vorstandsmitglieder ausgeschieden? Diese Frage ist berechtigt. Dazu ist eines in aller Klarheit zu sagen: Beide haben ihr Ausscheiden persönlich, schriftlich dem Aufsichtsratspräsidenten, wie es im Aktiengesetz vorgesehen ist, von sich aus mitgeteilt, um - und das ist die Begründung - einen Neubeginn der Unternehmensführung dieses bedeutenden Landesbetriebes zu ermöglichen. Und zwar so, wie wir hier im Landtag diskutiert haben, an Hand des vorletzten Rechnungshofberichtes. Damals stand drinnen: Ein Zweivorstand sei für die STEWEAG angemessen. Für diese neue Lösung haben beide Herren ihre Funktion zurückgelegt. Was wir wollen ist eine Klarstellung. Nach unserer Meinung gibt es nach allen formalrechtlich vorhandenen festgelegten Beschlüssen und schriftlichen Unterlagen keinen Anlaß mehr, die Entlastung nicht zu erteilen. Oder gibt es Fakten, die wir nicht kennen? Denn eines ist ganz sicher: 2178 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der STEWEAG im ganzen Land haben es nicht verdient, daß wieder einmal auf ihrem Buckel Dinge ausgegossen werden, die sie in ein schlechtes Licht rücken. Das Unternehmen - der Herr Landesrat hat das selbst genannt - mit 6 Milliarden Umsatzvolumen ist ein großer, bedeutender Wirtschaftsfaktor der Steiermark. Da sollen wir möglichst rasch Klarheit schaffen. Eine Verunsicherung, wo immer sie herkam, ist nicht im Sinne des Landes und nicht im Sinne dieses Landesunternehmens. Darum geht es, und um nichts anderes, und deshalb sind wir an einer Klarstellung interessiert. Wir werden einen Beschlußantrag einbringen, daß die Regierung sich möglichst rasch klar äußern möge. (Landesrat Ing. Ressel: „Beantragen Sie den Rechnungshof auch? War das ein Mißverständnis von mir?“)

Ich habe vorher erwähnt, daß der Landesrechnungshof seinerzeit, in seinem letzten Prüfungsbericht, einen Zweivorstand vorgeschlagen hat, und der ist inzwischen ermöglicht worden. Es ist alles, was in der Regierungs- oder in der Landtagsmacht steht, um Klarheit zu schaffen, selbstverständlich zu diskutieren. Mir geht es darum, daß möglichst rasch Klarheit geschaffen wird, und das ist das Wesentliche. Wir werden einen Beschlußantrag einbringen, der dies

zum Inhalt hat, und ich ersuche schon jetzt, bevor wir zu einer Beschlußfassung in dieser wesentlichen Sache kommen, zur Abstimmung verschiedener Beschlüßanträge oder Möglichkeiten, die Sache hier zu einem gemeinsamen Beschluß zu bringen, die Sitzung zu unterbrechen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ - 16.41 Uhr.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dörflinger.

Abg. Dörflinger (16.41 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ein bißchen verwundert darf man sein, daß gerade jene, die sehr oft über Rechnungshofberichte feixen, die auch über die STEWEAG an die Öffentlichkeit kommen, ein bißchen darf man verwundert sein, daß gerade jene, aus deren Partei ein Bundesminister kommt, der im Zuge eines Strompreisverfahrens der STEWEAG den Auftrag erteilt, 10 Prozent der Personalkosten einzusparen, weil es nicht zumutbar ist, heute „Krokodilstränen“ darüber zu weinen, daß über die STEWEAG in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Es verwundert mich auch, wenn das von einer Partei kommt, die in ihrer Parteizeitung dieses Thema so ausführlich, so intensiv und mit solchen Untergriffen gespielt hat, wie das die Ihre war. Sie werden mir verzeihen, daß ich das als Krokodilstränen bezeichne.

Die Frage, warum es beim Kauf der STEWEAG in Wirklichkeit gegangen ist, ist nicht eine, wo es darum geht, ob ein Vorstandsdirektor sich ein neues Fahrrad gekauft hat oder nicht, sondern die Frage des STEG-Kaufes war - und jetzt zitiere ich den Herrn ehemaligen Aufsichtsratspräsidenten Altziebler, der in der Aufsichtsratssitzung am 21. Mai 1992 gesagt hat -: „Beim STEG-Erwerb handelt es sich um eine Existenzfrage für die STEWEAG.“ Weiterhin Altziebler: Sollten die Bayern-Werke oder die Verbundgesellschaft beim Kauf der STEG zum Zuge kommen, könnten sich sowohl die Wiederverkäufer wie auch die Industrie ihre Lieferanten aussuchen. Altziebler bestätigt, das ist eine Existenzfrage. Es war also keine Geschichte beim STEG-Kauf, daß es um ein Geschäft wie um jedes andere gegangen ist, sondern es war eine Existenzfrage für dieses Unternehmen, und deshalb ist es auch berechtigt und sogar sehr notwendig, daß sich der Eigentümervertreter, daß sich der Aufsichtsrat und daß sich auch die Öffentlichkeit damit auseinandersetzen, weil wir nämlich mit der Situation konfrontiert worden sind, daß dieser Verkauf in Wirklichkeit verpatzt wurde, daß dieser Verkauf nicht zustande gekommen ist und daß man dann erst nachher - der Herr Präsident Rader hat es sehr richtig formuliert -, um alles zu reparieren, um aus diesem Schlamassel herauszukommen, 1000 Millionen Schilling auf den Markt geworfen hat, um wenigstens ein Drittel von dem zu bekommen, was man vorher nicht erreicht hat. Es ist für mich auch sehr auffällig, daß man heute nicht im Ganzen darüber geredet hat, wie es eigentlich dazu gekommen ist, daß dieser Kauf der STEG durch die STEWEAG danebengegangen ist. Dieses Thema ist von allen bisherigen Rednern abgehakt worden. So, als ob wir erst beim Kauf angefangen hätten, als nur mehr ein Drittel überhaupt zur Debatte stand und als nur mehr die Frage war, ob wir uns sozusagen - wie

Präsident Mag. Rader sagte - mit dem Rücken zur Wand anstellen durften, um ein bißchen von diesem Unternehmen, das wir in seiner Gesamtheit nicht kaufen konnten, zu erlangen. Es hat dann der Eigentümer und Aufsichtsrat im Zuge dieser Vorkommnisse offensichtlich massive Bedenken bekommen, und ich wundere mich, daß man darüber heute nicht mehr spricht, gerade was den Aufsichtsrat betrifft. Zuerst einmal der Eigentümer. Der Eigentümer hat diese Paragraph-118-Prüfung veranlaßt, und jeder weiß, daß der 118er im Aktienrecht eines der schwersten Geschütze ist, mit dem angefahren wird. Es darf wohl niemanden verwundern, wenn solche Dinge dargelegen, wie sie dargelegen sind, daß man diese Prüfung heranzieht. Ich wundere mich, wenn der Herr Klubobmann Maitz heute hergeht und offensichtlich sehr bewußt nur die letzten zwei Seiten dieses Berichtes zitiert und die vorigen Seiten nicht zitieren will oder nicht gelesen hat. Denn die Vorwürfe, die drinnen sind, sind für Sie offensichtlich nicht der Rede wert. Die Frage, wie ein Eigentümer zu seinem Unternehmen steht und zu den Leuten, die dort agieren, ist aber schon von hohem Stellenwert. Es steht unter anderem drinnen: Der Vorstand hat den Aufsichtsrat nicht darüber informiert, daß ein Kauf gemeinsam mit dem Verbund möglich gewesen wäre. Zwei Drittel bis ein Drittel. Für Sie offensichtlich etwas, was Sie nicht stört. Für Sie offensichtlich irgendwas, was Sie nicht kratzt. Für uns aber doch eine Frage, die zu klären ist. Wieso hat der Vorstand den Aufsichtsrat nicht informiert, daß es eine Möglichkeit gegeben hätte, gemeinsam mit dem Verbund beim Eigentümer der STEG vorstellig zu werden, um gemeinsam mit dem Verbund einen Verkauf dort zu betreiben? Es steht unter anderem drinnen, für Sie auch offensichtlich nichts und alles in Ordnung, daß Unterlagen, die für das Präsidium bestimmt waren, vom Vorstand nicht weitergegeben wurden. Für Sie offensichtlich auch eine Frage, die man ganz einfach abhakt: Ist halt passiert, war nicht so, wie Sie gesagt haben, nicht der nötige Ernst oder sonst etwas dabei. Für uns eine Frage, und für den Eigentümer eine Frage, die sehr wohl von Bedeutung ist. Ich frage mich, warum der Aufsichtsrat und auch der jetzige Aufsichtsratspräsident Reidl, der ja bekanntlich der FPÖ angehört, einstimmig gefordert hat, einen Passus aus dem Geschäftsbericht zu streichen, der folgendermaßen gelautet hätte: Der Aufsichtsrat wurde vom Vorstand während des Geschäftsjahres durch regelmäßige Berichte sowie in den jeweiligen Sitzungen über die Geschäftsgebarung und die Lage der Gesellschaft unterrichtet. Weiters wurden alle wichtigen Geschäfte in den Ausschüssen behandelt.

Dieses sollte im Geschäftsbericht drinnenstehen. Dieses steht nicht drinnen, weil der Aufsichtsrat die Streichung dieses Passus verlangt hatte. Ich frage mich, spielt das für Sie keine Rolle? Und ich wundere mich, daß der Herr Präsident Raidl offensichtlich sich nicht mehr daran erinnern kann, daß er dort auch mitgestimmt hat und daß das auch drinnengestanden ist.

Und dann kommen wir zu den Vertragskopien. Ja, meine Damen und Herren, so, wie der Herr Klubobmann Maitz uns das jetzt versucht hat zu erklären, so kann das ja wohl nicht sein. Der Herr Landesrat Ressel hat in seiner Anfragebeantwortung mitgeteilt,

daß in diesem fraglichen Syndikatsvertrag kein Passus drinnensteht, ob Minderheitsrechte ja oder nein, sondern daß in diesem Syndikatsvertrag definitiv Bezug auf diese Vereinbarung genommen wird, und diese Vereinbarungen schauen so aus: Erste Vereinbarung: Übermittelt vom Herrn Vorstandsdirektor Beer an den Landesrat Ressel, die Minderheitsrechte sind gestrichen. Zweite Fassung: Übermittelt vom Aufsichtsratsvorsitzenden an den Eigentümervertreter, die Minderheitsrechte sind nicht gestrichen. Dritte Fassung: Übermittelt vom jetzigen Vorstandsdirektor Paierl an den Eigentümervertreter, der Verzicht auf Minderheitsrechte ist gestrichen, aber, und jetzt wird es zusätzlich spannend, die beiden Verträge, wo die Minderheitsrechte gestrichen sind, sind nicht ident, sie haben andere Unterschriftsbilder, es stehen andere Sachen dabei. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sperrminorität, nicht Minderheitenminorität!“) Jawohl, Herr Landesrat! Und jetzt frage ich mich, Herr Landesrat, ohne dabei besonders kriminalistisch zu sein, und du hast auch schon mehrere Parteienverhandlungen unterschrieben, welchen Grund gäbe es, daß ich aus einem Vertrag, der sieben Punkte beinhaltet, einen Punkt, obwohl er nicht gestrichen ist, paraphiere? Ich möchte diese Frage einmal stellen, und darauf konnte bisher niemand Antwort geben. Und ich sage dazu: Der Herr Landesrat Ressel hätte fahrlässig gehandelt, wenn er gesagt hätte: „Okay, ich bekomme vom Vorstandsdirektor X einen Vertrag, der schaut so aus, ich bekomme einen vom Aufsichtsratsvorsitzenden, der schaut anders aus, und ich bekomme vom neuen Vorstandsdirektor einen neuen Vertrag, der schaut wieder anders aus!“ So einfach kann man es sich nicht machen, und gerade, wenn es um ein Geschäft geht über 1000 Millionen, und, Herr Klubobmann Vesko, diese Frage stelle ich ja. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wo ist das Original, das sind alles Kopien!“)

Mit Ihrer Frage steht einmal fest, daß der Herr Landesrat Ressel diese Kopien bekommen hat. Es steht auch fest, daß sie ihm nicht anonym zugeschickt wurden. Es steht auch fest, daß sie ihm nicht unterschoben wurden oder von irgendjemanden in einem versiegelten Kuvert gegeben wurden, sondern der Herr Landesrat hat das bekommen vom Herrn Vorstandsdirektor Beer, vom Herrn Aufsichtsratspräsidenten Altziebler und vom neuen Vorstandsdirektor Paierl. Jetzt ist die Frage, wo sind die Verträge, und gestehen Sie uns bitte zu, Herr Präsident, daß man ein bißchen skeptisch wird, wenn der Aufsichtsratsvorsitzende laut Zeitungsinterview – ich kann das nicht nachvollziehen – dann plötzlich behauptet, er könne sich nicht mehr daran erinnern, woher dieser Vertrag kommt. Also, ich habe kein gutes Gefühl dabei, wenn es in einem Unternehmen, das dem Land zum Großteil gehört, um ein Geschäft mit 1000 Millionen Schilling geht, ein Vertrag auftaucht, der Aufsichtsratsvorsitzende diesen Vertrag an den Landesrat weitergibt und sich dann, als der Vertrag spannend wird, sich plötzlich nicht mehr daran erinnern kann. Wir müssen in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, auch berücksichtigen, daß das ja kein Alleingang von irgend jemanden war und daß die Frage des Vertrauens zwischen dem Eigentümer, dem Aufsichtsrat und dem Vorstand dort keine Frage war, die einer allein entschieden hat, und keine Frage war,

wo einer allein etwas gesagt hat. Und es muß auf Grund dieser Vorkommnisse: unterschiedliche Verträge, 118er-Prüfung, die Streichung des Passus im Geschäftsbericht, wo es darum gegangen ist, ob der Aufsichtsrat immer informiert wurde oder nicht, muß es bei den beiden großen Parteien in diesem Land das Motiv gegeben haben, daß man sich zusammengesetzt hat, eine Vereinbarung unterschrieben hat. Und in dieser Vereinbarung steht wörtlich drinnen, nachzulesen auch in diversen Zeitungen: Zwischen Eigentümer, Aufsichtsrat und Vorstand der STEWEAG ist im Zusammenhang mit dem Kauf der STEG-Aktien das zur erfolgreichen Führung des Unternehmens unerläßliche Vertrauensverhältnis gestört worden und konnte auch nicht wiederhergestellt werden. Das hat nicht der Herr Landesrat Ressel festgestellt, sondern das steht in einer Parteienvereinbarung, in einer Regierungsvereinbarung drinnen, die unterschrieben wurde, ich sage es ohne Titel, Krainer, Hirschmann, Schachner, Ressel. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Regierungsvereinbarung war es keine! Wenn ihr gepackelt habt, dann tut das nicht der Regierung unterstellen!“) Also, der Vorwurf des Packelns in diesem Zusammenhang, Herr Landesrat, geht hier wirklich irgendwo vorbei! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Und wer haftet?“) Ich weiß nicht, warum du da immer so nervös wirst hinter mir!

Ich frage mich, welche Motive hat es gegeben im Dezember des Vorjahres, daß die führenden Vertreter der ÖVP, die führenden Vertreter der SPÖ zur Meinung kamen, daß das Vertrauensverhältnis mit diesem Vorstand nicht gegeben ist.

Meine Damen und Herren, der Herr Klubobmann Vesko hat die gute wirtschaftliche Situation der STEWEAG beschrieben. Ich hoffe und ich wünsche es dem Land, daß sie so bleibt und daß sie so weitergeht. Viele, die die Bilanz genau angeschaut haben, sagen uns etwas anderes. Und es werden auch die nächsten Bilanzen kommen. Und gerade auch angesichts der Schlüssel-Erklärung, gerade angesichts der Rechnungshofberichte, die daliegen, werden wir alle sehr gut beraten sein, wenn die STEWEAG in einem Verhältnis geführt werden kann, wo es ein wirkliches Vertrauensverhältnis gibt zwischen dem Eigentümer, dem Aufsichtsrat und dem Vorstand. Dieses Vertrauensverhältnis wiederherzustellen, besagt die Parteienvereinbarung, war nicht möglich, und deshalb liegt der Ball nun bei Ihnen, die diese Vereinbarung unterschrieben haben, daß Sie jenem Antrag zustimmen, den der Herr Landesrat Ressel in der Landesregierung eingebracht hat und der auf Nichtentlastung gelaftet hat. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.55 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Ebner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Ebner (16.56 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann an Kollegen Dörflinger – zumindest, was seine Anfangsworte anlangt – ziemlich nahtlos anschließen. Er ist ebenfalls etwas weiter zurück in die Vergangenheit gegangen, und ich glaube, das muß man tun. Ich habe so den Eindruck, jeder redet etwas

um den heißen Brei herum, und in Wahrheit reicht ja die Verstimmung zurück in eine Zeit, als es um den Ankauf der STEG ging, als der Schweizer Bankenverein am 6. Dezember 1991 an den STEWEAG-Aufsichtsratspräsidenten, an den damaligen Aufsichtsratspräsidenten Wilhelm Altziebler, mit dem Angebot herangetreten ist. Und Kollege Dörflinger hat sicher Altziebler richtig zitiert, der damals von einer „Existenzfrage für die STEWEAG“ gesprochen hat. Und STEWEAG-intern hat man damals an einem Finanzierungskonzept gebastelt, von 3 bis 3,5 Milliarden Schilling gesprochen, und bei 3,3 Milliarden Schilling ging die STEG nachher an den Verbundkonzern. Der Preis wäre also durchaus in der damals aufgestellten Kalkulation drinnen gewesen.

Schließlich wurde aber der STEG-Ankauf, wenn man von der Existenzfrage ausgeht, offenbar zum größten Flop der Firmengeschichte. Und es sind steirische Spitzenpolitiker an diesem Flop keineswegs unbeteiligt. So denke ich nur daran, daß die STEWEAG nachweislich vorgehabt hatte, die STEG allein für sich zu erwerben. Und wenn man die Firmenstruktur der STEWEAG kennt, hauptsächlich Erzeuger, kaum Lieferungen direkt an die Verbraucher, so ist es verständlich, daß die STEWEAG hier in die Nähe einer OKA oder des Niederösterreichischen Versorgungsunternehmens damit kommen wollte und ihre Struktur verbessern wollte.

Wie ich der Zeitung „Standard“ vom 4. Mai 1993 entnehme, ist es am 14. Jänner 1992 bereits zum ersten stenografisch dokumentierten Geheimtreffen zwischen Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, STEWEAG-Generaldirektor Oskar Beer und dem damaligen STEWEAG-Aufsichtsratspräsidenten Wilhelm Altziebler gekommen.

Um was ist es damals gegangen? Keine Rede davon, daß die STEWEAG selbst und alleine die Anteile der STEG kauft, nein. Es müssen – und ich sage es einmal salopp – zwei schwarze Firmen auch noch mit eingebunden werden. Eine steirische Privatgruppe ist einzubinden. Um wen ging es? Um welche Privatinteressenten? Den zur Meyr-Melnhof-Gruppe zählenden Anton Goess-Saurau sowie den ÖVP-Industriesprecher, Landtagsabgeordneten und privaten E-Unternehmer Gilbert Frizberg mit den Hereschwerken. Es würde das sogenannte Konsortium „Pro Styria“ gegründet. Was heißt „Pro Styria?“ „Pro Styria“ heißt „für die Steiermark“. Wie wir heute wissen, für die Steiermark war das nicht. Die SPÖ hat sich offenbar übergegangen gefühlt, und ich sage jetzt, flechte einmal ein, der Eigentümerversorger war offensichtlich noch immer nicht informiert darüber. Eigentümerversorger ist nämlich nicht der Herr Landeshauptmann Krainer, auch nicht der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek, der dann auch auf den Plan getreten ist, es ist der Herr Landesrat Ressel, der noch immer nicht eingebunden war in diese ganze Geschichte. Entweder es hat die ÖVP dann selbst Bedenken bekommen, wenn sie die rote Reichshälfte nicht bedenkt, oder es ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek selbst auf den Plan getreten. Jedenfalls, bei diesem Konsortium „Pro Styria“ mußten dann auch noch die Grazer Stadtwerke, die sozusagen der roten Reichshälfte zugeordnet werden, bedacht werden. Zu diesem

Zeitpunkt hat man schon längst an einer Finanzierung gebastelt und schon detaillierte Pläne erstellt, wie denn Goess-Saurau, Frizberg und die Stadtwerke gemeinsam mit der STEWEAG, „Pro Styria“ diesen ganzen Deal unter Dach und Fach bringen sollten. Damals müßte man bereits gewußt haben, weil der Schweizer Bankenverein nie ein Hehl daraus gemacht hat, daß dieser Deal für ihn nicht in Frage kommt. Er will nicht an mehrere verkaufen, er will an einen verkaufen. Offenbar wäre auch möglich gewesen, wie ich heute gehört habe, ich entnehme es auch den Zeitungen, daß gemeinsam Verbund und STEWEAG kaufen, nicht jedoch Goess-Saurau, Stadtwerke und Frizberg. Jedenfalls ist der Deal sicher nicht aus finanziellen Gründen geplatzt, weil präliminiert war es ja mit 3,5 Milliarden, der Abschluß war bei 3,3 Milliarden. Geplatzt ist der Deal mit der STEG (Existenzfrage für die STEWEAG) offenbar daran, daß man zwei schwarze Firmen und eine rote Firma offenbar in der Manier der alten Politik, wie sie immer betrieben wird, hier weiter bedenken wollte. Und wie ich mir die Zeitungsausschnitte hier angeschaut habe, „STEWEAG-Turbulenzen bei Hauptversammlung“, sehe ich zufällig auf den Ausschnitt, der hier daneben steht: „Intervenieren gilt in der SP als verpflichtend.“ Keine Sorge, liebe Kollegen von der SPÖ, es geht hier um Bundespolitik bei diesem Artikel, der zufällig am selben Tag erschienen war. Ich muß sagen, offenbar gilt intervenieren bei der ÖVP verpflichtend. Ich kann nur sagen, es hat der Herr Landeshauptmann Krainer und damit die ÖVP sicherlich auch Schuld auf sich geladen. Ob der STEWEAG-Vorstand, sprich Beer und Gutjahr, jetzt gehen mußte, weil sie den Deal nicht durchgebracht haben im Sinne des Herrn Landeshauptmannes Krainer, oder ob sie gehen mußten, weil sie die Existenzfrage für die STEWEAG nicht lösen konnten, das bleibt dahingestellt. Ich kann nicht hinter die Kulissen schauen, warum sie eigentlich jetzt gehen mußten. Ich verstehe nur den Herrn Landesrat Ressel, warum er keine Freude mit dem Vorstand hat. Weil er als Eigentümersvertreter offensichtlich nicht informiert war, weil der Herr Landeshauptmann dürfte ihn ja nicht informiert haben, und der STEWEAG-Vorstand hat ihn offensichtlich auch nicht informiert. Ich will nur eines hier klarstellen. (Abg. Dörflinger: „Dann ist die Frage an den Falschen gestellt!“ – Abg. Trampusch: „Dann hätten Sie die Anfrage an den Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer stellen müssen!“) Es ist der Herr Landesrat Ressel zuständig, und ich muß sagen, wenn er zuständig ist, dann muß er sich auch darum kümmern, was der Herr Landeshauptmann macht. Der Vorstand hätte ihn sicher zu informieren gehabt, wenn es so einen Deal gegeben hat. Es hätte sicher der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner, der jetzt nickt und, wie ich den Zeitungen entnehme, mit den Stadtwerken mit von der Partie war, ihn sicherlich auch informieren können. Er hat ihn auch nicht informiert. Ich habe nicht die Möglichkeit, hier hinter die Kulissen zu schauen. Ich mag nur diese Scheinheiligkeit nicht, die man heute an den Tag legt und so tut, als ginge es heute um die 30 Prozent, die vom Verbundkonzern gekauft werden sollen. Und welche Verträge und welches Papier da ist, ich kann, ehrlich gesagt, das schon gar nicht mehr hören, mit diesen Verträgen und mit diesen Papieren, weil um das geht es eigentlich nicht. Es ist eine Last von früher. Jeden-

falls, der Vorstand hat gehen müssen, und der Herr Landeshauptmann Krainer hat hier noch nie ein Wort dazu gefunden. Aber vielleicht hören wir aus dem Mund des Herrn Landesrates Ressel, nachdem wir ja die Anfrage zuständigkeitshalber an ihn gestellt haben, ob er vom Landeshauptmann Krainer seinerzeit über diesen Deal „Pro Styria“ informiert war. Für die Steiermark – unterm Strich – war das jedenfalls keine gute Aktion. (Beifall bei der FPÖ. – 17.03 Uhr.)

Präsident: Als nächster hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Frizberg zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. Frizberg (17.03 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Nachdem der Herr Kollege Ebner hier meine Tätigkeit als privater Unternehmer in Verbindung mit diesem Verkauf gebracht hat, erlauben Sie mir, daß ich auch ein paar Worte dazu sage. Es ist vielleicht ganz gut so, weil ich kann zumindest aus unmittelbarer Nähe das eine oder andere dazu auch kommentieren. Ich darf ein paar Sachen vorweg klarstellen. Ich bin geschäftsführender Gesellschafter der Hereschwerke, eines Unternehmens, das seit 1902, also seit Jahrzehnten, einen Verbundbetrieb mit der STEG führt. Wir haben keinen Verbundbetrieb mit der Landesgesellschaft STEWEAG, sondern sind seit Jahrzehnten im Stromaustausch mit der privaten Energiegesellschaft STEG verbunden. Wir liefern an die STEG, wir kaufen von der STEG. Wir haben also seit Jahrzehnten auch ein Interesse an dem, was mit diesem größten privaten Energieversorgungsunternehmen Österreichs passiert ist. Und die Meyr-Melnhof-Gruppe ist ebenso in einem sehr langen Geschäftskontakt aus ähnlichen Gründen mit dieser Firma. Jetzt sage ich eines dazu. Es hat sich nicht um den Verkauf irgendeines öffentlichen Unternehmens gehandelt, sondern es hat sich um den Verkauf eines privaten Unternehmens, einer privaten Aktiengesellschaft, gehandelt. Und es ist naheliegend, daß bei diesen Geschäftsverbindungen das Interesse der privaten Betriebe, die mit diesem Unternehmen in unmittelbarem Geschäftskontakt sind, im Interesse der Wahrnehmung auch meiner Funktion in meinem Unternehmen wahrzunehmen war. Und es war vom Schweizerischen Bankverein sehr wohl ausgedrückt, daß er ein großes Interesse hätte, wenn es eine private Käufergruppe für dieses hundertprozentige private Unternehmen auch geben würde. Nachdem Präsident Goess über mehr als ein Jahrzehnt hindurch auch im Aufsichtsrat dieser STEG die Interessen der Kunden gewahrt hat, ist ihm dies auch persönlich ausgedrückt worden. Nachdem aber ein internationales Feilbieten über diesen Verkauf zustande gekommen ist, hat sich die Frage gestellt, wie es weitergehen kann, und es ist richtig, daß die Gefahr bestanden hat, daß dieses Unternehmen in ausländische Hände weiterverkauft wird. Die private Industriegruppe hat sich als Bieter für diesen Verkauf qualifiziert, weil es war ja nicht so, daß irgendwer daherkommen kann, sich zu qualifizieren, sondern da hat es ein Vorqualifikationsverfahren gegeben, und die private Bietergruppe hat sich allein dafür qualifiziert. Nachdem aber letztendlich die Bayernwerke offensichtlich bereit waren zu lizitieren, hat sich die Frage gestellt, in welcher Form man

zumindest erreichen kann, daß steirische Interessen gewährt werden können, vor allem auch steirische energiewirtschaftliche Interessen. Und unsere Gruppe hat sich daher an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der STEWEAG gewendet mit der Frage, ob es hier eine Kooperation geben kann. Ich stehe dazu, ich halte nach wie vor diese Vorgangsweise für richtig, und ich stehe auch dazu, daß dies Synergieeffekte gegeben hätte, die kein anderes Unternehmen allein für sich in Anspruch genommen hätte.

Daß es im Zuge der Verhandlungen dann auch in der Öffentlichkeit eine Debatte über allfällige Teilungen gegeben hat, ist nicht im Bereich der Verantwortung dieser privaten Gruppe zu sehen. Eine Nebenbemerkung dazu: In jeder Aktiengesellschaft, die eine wichtige Angelegenheit unter Dach und Fach bringen will, die auch für das Unternehmen für die Zukunft durchaus von Bedeutung sein kann, ist es gang und gäbe, daß hier ein möglichst kleiner Personenkreis informiert ist. Ich könnte Ihnen von wesentlich größeren Transaktionen berichten, die auch auf österreichischem Boden stattgefunden haben, wo entweder ein oder maximal zwei Vorstandsmitglieder informiert waren. Ich hätte mir gewünscht, daß wir auch im Bereich der Steiermark diese Vorgangsweise gewählt hätten, denn dann wäre es nicht passiert, daß man zum Beispiel auf Wiener Boden angesprochen und mit den letzten Preisverhandlungen konfrontiert wird – für mich eine unverständliche Situation. Es hat hier sicherlich auch Gespräche gegeben. Ich selbst habe an einem Gespräch teilgenommen, an dem Herr Landeshauptmann Dr. Krainer und Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner-Blazizek teilgenommen haben und bei dem es darum gegangen ist, ob die Steiermark ein Interesse hat, daß hier steirische Betriebe zum Zug kommen. Dies ist dort auch uns gegenüber ausgesprochen worden. Es gab allerdings sonst keinerlei Unterstützung, schon gar nicht für einzelne aus unserer Gruppe. Und ich sage gleich noch etwas dazu: Für mich ist diese öffentliche Debatte hier sehr interessant, aber sie beweist leider einmal mehr, daß die öffentliche Hand sich überlegen soll, ob und wie sie Unternehmen führt, weil für mich sind allein in dieser Debatte wesentlich interessantere Informationen im nachhinein zu hören gewesen, als sie als Geschäftspartner im Normalfall verfügbar waren. Das sage ich zu der Frage, inwieweit solche Fragen öffentlich debattiert werden sollen. Das müssen aber Sie mit sich selber ausmachen, wie Sie damit umgehen. Wenn ein Schaden für irgendjemanden entsteht, dann ist es eine Debatte im nachhinein, eine öffentlich geführte Debatte über ein Unternehmen, das sich Besseres verdient hätte, über ein Unternehmen, das zweifellos in diesem Verkauf nicht sein volles Ziel erreicht hat, aber immerhin eine Beteiligung erreicht hat, die ihr für die weitere Zukunft die Mitgestaltung in diesem Unternehmen auch gesichert hat. Und es braucht hier keine politische Gruppierung glauben, daß sie sich ein Ruhmesblatt damit einholt, im nachhinein Sachen, die zwei Jahre alt sind, zu debattieren. Ich kann mich gut erinnern, daß eine besonders unrühmliche Rolle auch der Herr Vizepräsident Denk gespielt hat, der mit dem nunmehrigen Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek schon in den Stadtwerken zusammengearbeitet hatte, der damals in direkte

Gespräche eingetreten ist ohne Legitimation des Unternehmens, mit einem deutschen Beraterunternehmen sich unterhalten hat und auch seine Kontakte genutzt hat. Ich weiß nicht, inwieweit das in diesem Verfahren gegenüber dem Verbund insbesondere von positivem Einfluß war oder ob hier nicht die persönliche Situation des Herrn Denk mit seinem damaligen Geschäft eine gewisse Rolle gespielt hat. Für mich stellt sich eine ganz andere Frage: Erstens, ob das nicht wieder ein Beweis ist, daß man Unternehmungen in dieser Form in einer Politik, wie sie heute, vor allem auch in diesem Lande, geführt wird, überhaupt belassen soll. Ich wage die Behauptung, daß ein einziger privater Aktionär, der an der STEWEAG beteiligt wäre, eine solche Debatte zu verhindern in der Lage gewesen wäre, weil er sehr wohl seine Interessen als Aktionär sehr direkt geäußert hätte und Schaden, der über öffentliche Erörterungen von Details und von auch nicht ganz uninteressanten kaufmännischen Unterlagen von einem privaten Aktionär wahrscheinlich auch öffentlich verfolgt worden wäre. Ich weiß nicht, ob das ein positives Beispiel ist, weiterhin öffentliche Unternehmungen zu führen. Ich weiß nicht, ob das nicht Anlaß sein sollte, erst recht über eine Privatisierung nachzudenken, wo wir uns solche Debatten ersparen könnten. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Doktor, wir können die STEWEAG nicht verkaufen. Das wissen Sie genau. Sie ist nicht fähig, an die Börse zu gehen. Das wissen Sie am besten, Herr Dr. Frizberg!“ – 17.12 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz.

Abg. Dr. Maitz (17.12 Uhr): Verehrte Damen und Herren!

Den angekündigten Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Lopatka, Mag. Rader, nunmehr auch Dörflinger und Trampusch, darf ich vorlegen, betreffend die Entlastung des Vorstandes der STEWEAG für das Geschäftsjahr 1992. Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend über die Entlastung des Vorstandes der STEWEAG für das Geschäftsjahr 1992 zu entscheiden. (17.13 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (17.13 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich zuerst meiner Freude und Genugtuung darüber Ausdruck verleihen, daß die Absicht, die wir mit dieser dringlichen Anfrage verfolgt haben, nämlich eine eindeutige Willenserklärung des Landtages herbeizuführen, daß wir die Diskussion um die STEWEAG beendet haben wollen, gelungen ist, weil, wie mir scheint, nachdem wir gemeinsam alle drei diesen Antrag eingebracht haben, werden wir ihn auch einstimmig beschließen, und der Herr Landesrat als Eigentümervertreter wird diesen einstimmigen Wunsch des Landtages mitnehmen und ganz sicher ihm Folge leisten, wie ich annehme. Ich möchte nur zu

seiner Antwort und zu manchen Diskussionsbeiträgen ein paar ganz kurze Schlußanmerkungen machen.

Wenn Sie den Eindruck gehabt haben, verehrter Herr Landesrat, als ob es mir darum ginge, irgendein Vorstandsmitglied zu schützen, insbesondere das von Ihnen schlußendlich anscheinend verfolgt wird, das ist nicht der Fall. Es ist nicht unser Vorstand. Kein Freiheitlicher ist dort. Niemand von der FPÖ hat jemanden nominiert, und es gibt auch keine Vereinbarungen, wo nur eine einzige Unterschrift eines FPÖ-Mitarbeiters oder Funktionärs gegeben ist. Also ist es nicht unser Vorstand, um den es geht. Nichtsdestotrotz, unabhängig davon, von woher er kommt, hat er Anspruch auf Fairneß. Das ist das, was wir verfolgt haben. Und wenn es, wie ich jetzt höre zu meinem großen Interesse, wenn es eine Vereinbarung gibt, die der Herr Dr. Krainer, der Herr Dr. Schachner, der Herr Dr. Hirschmann und der Herr Ing. Ressel unterschrieben haben und anscheinend über Vorstandsfragen hier geregelt worden ist und drinnensteht, daß die Herren ihr Vertrauen verloren haben, dann hätten sie die Vorstände entlassen müssen oder zumindest dem Aufsichtsrat vorschlagen müssen, sie zu entlassen. Das ist aber nicht geschehen. Der Aufsichtsrat ist mit der Frage, ob irgendein Vorstandsmitglied entlassen werden soll oder nicht, meines Wissens überhaupt nie befaßt worden. Und die Nichtentlastung eines Vorstandsmitgliedes ist zur Frage der Nichtweiterbeschäftigung dieses Vorstandsmitgliedes ein völlig untaugliches Instrument. Ein Vorstandsmitglied, das zwar nicht entlastet ist, aber nicht entlassen wurde, erfüllt seinen Vertrag bis 1996, wie ich heute in der Zeitung lese. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Außer man spricht ihm das Mißtrauen aus!“) Außer man spricht ihm das Mißtrauen aus. Sehen Sie, meine Damen und Herren, wenn Sie das wollen und wenn Sie ohnehin eine diesbezügliche Vereinbarung haben, dann tun Sie es doch. Aber so, wie es jetzt gemacht wird, nämlich so nach dem Motto „wasch mir den Pelz, aber mache mich nicht naß“, kann es nicht gehen, weil das schadet dem Betrieb. Ich sage noch einmal: Wir schützen niemanden, aber wir wollen, daß endlich Ruhe ist und daß jeder faire Behandlung hat. Und sehen Sie, in diesem Zusammenhang noch zwei Anmerkungen: Erstens: Die Frage der Sonderprüfung, über die geredet worden ist, werde ich anschließend beurteilen. Aber vielleicht noch zuerst eine Frage zu diesen Nebenabreden: Ich bin froh, daß der Herr Landesrat Ressel nunmehr zugesteht, was er bisher nicht getan hat, daß er den Syndikatsvertrag kennt. In diesem Syndikatsvertrag steht wörtlich unter dem Titel „Nebenabreden“: Gemäß der Vereinbarung der Vertragspartner vom 3. Juni 1992 gilt folgendes als vereinbart: a), b) und c). Drei Punkte. Keiner dieser drei Punkte, verehrter Herr Landesrat, beinhaltet die Frage des Verzichtes der Sperrminorität. (Landesrat Ing. Ressel: „Entschuldigen Sie, in der Überschrift ist Bezug genommen auf die Vereinbarung vom 3. Juni, und jetzt fragen Sie, welche!“) Gemäß der Vereinbarung wird folgendes vereinbart: a), b) und c). Das ist eine taxative Aufzählung. Im übrigen – (Landesrat Ing. Ressel: „Nichts von dem steht in der Vereinbarung vom 3. Juni. Jene Punkte, die nicht in der Vereinbarung sind, sind dort zusätzlich angeführt. Herr Präsident, nur der Wahrheit halber!“) Schauen Sie, genau aus

diesem Grund, verehrter Herr Landesrat, hat sich ja der neue Aufsichtsratsvorsitzende auf die Socken gemacht, ist nach Wien gefahren; hat den Herrn Generaldirektor Fremut gestellt und hat gesagt, bitte, jetzt möchten wir, nachdem man bei uns anscheinend im Haus schon nicht klären kann, was wirklich gilt oder nicht gilt, möchten wir bitte wissen, gibt es eine Nebenvereinbarung, wo auf die Sperrminorität verzichtet wurde, ja oder nein? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Er hat nur das Außenverhältnis geklärt, das ist eindeutig. Aber es gibt auch ein Innenverhältnis in einer Aktiengesellschaft!“) Entschuldige bitte, Fremut sagt wortwörtlich, und ich nehme an, daß du diesen Aktenvermerk genau kennst, genauso wie ich, übrigens mit Unterschriften auch der anderen Vorstandsmitglieder, sagt eindeutig, es gibt keine Nebenabreden, in der die STEWEAG auf die Sperrminorität verzichtet. Punkt, aus, Ende! Also wenn es im Hause schon nicht - (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich kenne mich nur beim Aktiengesetz aus. Es ist nicht gleichgültig, zu welchem Zeitpunkt!“) Das ist eine gute Geschichte, daß du das jetzt anschnidest. Im Endeffekt ist das ja alles in Wahrheit ein Streit um des Kaisers Bart. Das einzig Wesentliche ist, was ist dem Aufsichtsrat vorgelegt worden, was ist gültig, und alles andere ist Wurscht. (Beifall bei der FPÖ.)

Danke wirklich herzlichst für die entlarvende Äußerung. Bitte, du weißt ganz genau, wie es bei den Budgetverhandlungen in der Regierung zugeht. Bitte, in dieser Nacht, wo schlußendlich verhandelt wird, weiß kein Mensch von euch zwischendurch, welches Papierl im Augenblick gerade gilt. Und trotzdem kommt ein gültiges Budget zustande, weil man schlußendlich dann nach allem Hin und Her und Versionen und Varianten und Tod und Teufel zu einem Ergebnis kommt. Punkt, aus, Ende. Und genauso war es da. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich bitte um einen Satz!“) Der Herr Präsident wird mir den Zwischenruf zeitlich einrechnen, ganz sicher. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das Innenverhältnis wird bestimmt durch das Vertrauensverhältnis von Vorstand und Aufsichtsrat. Das Außenverhältnis ist geklärt. Ob aber im Innenverhältnis der Aufsichtsrat entsprechend informiert hat, ist für eine AG. nicht gleichgültig!“ - Abg. Trampusch: „Wie in einer Ehe!“) Ja, ich weiß ja schon. Aber wenn ihr zum Ergebnis kommt, der Vorstand hat euer Vertrauen nicht mehr, dann beruft ihn ab, verdammt noch mal. Aber quält euch nicht durch die Gegend, so wie ihr das jetzt tut, und zieht die STEWEAG querfeldein. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du kennst dich nicht so gut aus!“) Ja, ich weiß schon, ich habe auch ein bißchen studiert, wenngleich nicht bei dir, aber trotzdem habe ich etwas gelernt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du kennst dich nicht sehr gut aus!“) Wohl, wohl, ausreichend!

Ich frage nur, wie viele Minuten ich jetzt noch habe, du hast mich so abgelenkt, aber ein paar werde ich noch haben.

Damit wir uns endgültig auskennen. (Präsident: „Damit das Problem der Redezeit des Kollegen Rader nicht zu einem Leichtathletikstoppwettbewerb wird,

würde ich bitten, in Hinkunft Zwie- und Trigespräche durch Wortmeldungen zu ersetzen. Am Wort ist der Herr Mag. Rader!“) Danke, Herr Präsident! Damit wir uns endlich auskennen. Und weil natürlich die Universität Graz etwas Wesentliches ist und vielleicht wir uns nicht so auskennen, haben wir den Vorstand des Institutes für Handels- und Wertpapierrecht an der Universität Graz gebeten, jetzt einmal diese Unterlagen, die am Tisch liegen, anzusehen. Das Gutachten, das der Landesrat Ressel zitiert hat, das er übrigens für das Jahr 1991 in Auftrag gegeben hat, und nicht für das Jahr 1992 und das Jahr 1991, und auch ein zweites, das auch am Tisch liegt, das allerdings nicht erwähnt wurde, nämlich das von Prof. Krejci. Im Endeffekt, meine Damen und Herren, sagt der Vorstand des Handels- und Wertpapierrechts an der Universität Graz mit Datum 13. Oktober 1993 - ich sage nur ein paar wesentliche Sätze: „Wenn ich das Ergebnis meiner Überlegungen zusammenfasse, kann ich sagen, daß ich keinen Grund für die Nichterteilung der Entlastung sehe. Die Mitglieder des Vorstandes der STEWEAG haben in allen zur Diskussion stehenden Punkten - er hat beurteilt, dieses, ihr Gutachten, das sie auf den Tisch gelegt haben - weder gegen ihre aktienrechtliche Sorgfaltspflicht im allgemeinen noch gegen ihre Berichtspflichten gegenüber dem Aufsichtsrat im besonderen verstoßen.“ Er begründet das hier seitenweise. Ich kann es Ihnen sicher gerne zur Verfügung stellen mit Erlaubnis des Kollegen Schmid, der es besorgt hat. Zum Schluß sagt er zu ihrem Gutachten, zur GAV heißt sie abgekürzt: „Sie kommt offenbar zu einem anderen Ergebnis, wenn sie ihre Meinung auch zum Teil sehr vorsichtig ausdrückt.“ Übrigens viel vorsichtiger, wie es der Kollege Dörflinger zu zitieren versucht hat. „Die ganze Art der Darstellung läßt darauf schließen, daß bei der GAV nicht Juristen am Werk waren, die offenbar nicht einmal die einschlägigen Vorschriften des Aktienrechtes gelesen haben.“ Bitte, sage nicht ich, verehrter Herr Professor, sondern der Vorstand, nicht Juristen steht da, lese ich da, nicht Juristen, sondern der Vorstand des Institutes für Handels- und Wertpapierrecht. Und zum Schluß sagt er: „Aus dem Bericht der GAV kann man so wenig entnehmen, daß man nicht weiß, auf Grund welcher Annahmen die Prüfungsgesellschaft zu ihrem Ergebnis kommt. Für mich wäre vor allem eine Sachverhaltsdarstellung aus der Sicht der GAV interessant gewesen, da nur so beurteilt werden könnte, ob einerseits die Schlußfolgen von Prof. Krejci von ein und derselben Ausgangslage ausgehen, und andererseits die Schlußfolgen der GAV irgendwie berechtigt sind. Abschließend möchte ich daher meine eingangs gemachte Aussage wiederholen. Aus handelsrechtlicher Sicht sehe ich keine Ursache, dem Vorstand der STEWEAG in der nächsten Sitzung die Entlastung zu verweigern.“

Meine verehrten Damen und Herren, wir haben aber bewußt davon abgesehen, vom Landtag eine Willenserklärung auf Entlastung abzugeben, weil das eine Frage der Regierung ist. Und ich sage ein persönliches Wort dazu: Ich glaube, daß man mit dieser Vorgangsweise und mit diesem Beschluß, den wir jetzt fassen, auch dem Herrn Landesrat Ing. Ressel die Chance geben sollte - ich sage das ohne Zynismus -, aus dieser Bredouille, in der er und damit die Regierung und damit die STEWEAG steckt, heraus-

zukommen. Ich danke Ihnen, daß wir das diskutieren haben dürfen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 17.24 Uhr.)

Präsident: Als nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Flecker das Wort.

Abg. Dr. Flecker (17.24 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

In Wirklichkeit hat Ihre Fraktion, Herr Abgeordneter Vesko und Herr Abgeordneter Rader, das erreicht, was wir an sich nicht haben wollten, nämlich aus einer rechtlich sehr determinierten Angelegenheit des Aktiengesetzes eine Show hier im Landtag aufzuführen. Es ist ein üblicher Akt der Scheinheiligkeit zu sagen, ich bringe irgendetwas hier her, um es dann doch nicht diskutiert haben zu wollen und niemandem in der Öffentlichkeit schaden zu wollen. Allein diese Argumentation widerspricht in sich selbst und hat keinerlei Sinn, offenbart und entlarvt höchstens die Beweggründe, die Ihre Fraktion hat, um in dieser Sache tätig zu werden. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Reiner Populismus!“) Sie kennen das bereits und sagen es sehr deutlich. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ich weiß, – stereotyp!“) Es ist leider Ihr Verhalten, Herr Klubobmann Vesko, so stereotyp, ich würde mir auch mehr Abwechslung in Ihrem politischen Verhalten erwarten. Ich glaube, wir sollten hier keine Personaldiskussion führen, für die würde ich mich auch nicht hergeben. Ich glaube, es geht hier um die Festlegung rechtlicher Fakten. Ich darf mir erlauben, über das hinweg, was der Herr Mag. Rader hier angemerkt hat und was Sie wider besseren aktienrechtlichen Wissens hier in die Fragen hineinverpackt haben, auf die wesentlichen Fragen im Zusammenhang mit Vorstandsentslastungen, mit Verweigerung des Vertrauens und dergleichen einzugehen. Es gibt einen allgemein anerkannten Kommentar zum Aktiengesetz, und das ist der Kommentar von Jabornegg/Strasser. Und da steht zu Paragraph 70 – und ich bitte Sie, da gut zuzuhören, Herr Mag. Rader: „Die alljährliche Entlastung durch die Hauptversammlung kann verweigert werden. Verschulden im technischen Sinn durch den Vorstand ist dafür nicht erforderlich.“ Weiters Widerruf der Bestellung des Aufsichtsrates, Gesetzestext aus dem Paragraphen 75 Absatz 4 für den Widerruf: „Ein solcher Grund ist namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Entziehung des Vertrauens durch die Hauptversammlung.“ Genau zur Frage der Entziehung des Vertrauens durch die Hauptversammlung sagt Strasser im Kommentar: „Erleichtert wird die Berufung auf den dritten Abberufungsgrund, nämlich den Vertrauensentzug, aber dadurch, daß das Gesetz keinen formellen, auf den Vertrauensentzug gerichteten Beschluß der Hauptversammlung verlangt.“ Zusammengefaßt kann man dazu nur sagen: Das, was Sie unterstellen wollen, was Sie hier als Latte legen, nämlich grobe Pflichtverletzung, nämlich strafrechtliche Tatbestände oder sonstiges (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Steht in der Zeitung!“), ist in keiner Weise von rechtlicher Relevanz für die Frage, ob ein Vorstand zu entlasten ist oder nicht. Die einzige rechtliche Relevanz ist die Frage des Vertrauens der Eigentümer gegenüber dem Vorstand. Und ich, Herr

Mag. Rader, habe das sicher nicht zu bewerten, ob dem Vorstand gegenüber Vertrauen zu Recht besteht oder zu Recht nicht besteht. Ich kann nur eines sagen: Wenn der Finanzreferent, und den greifen Sie ja an in Ihrer dringlichen Anfrage, ein Papier in Händen hat, das unterzeichnet ist für die Regierungsfractionen der zwei größeren Parteien in diesem Lande, und in diesem Papier steht eindeutig drinnen, daß diese Vertreter der Regierung, und ich kann nicht annehmen, daß sie dann in der Beschlußfassung anders handeln als in diesem Papier, wo das schriftlich deklariert ist, daß diese Regierung kein Vertrauen zu diesem Vorstand hat, dann kann der Finanzreferent nolens volens, ob er es will oder nicht, in Wirklichkeit gar nicht anders handeln, als die Entlastung nicht zu erteilen. Er würde sonst dem Auftrag, Vertreter der Eigentümer zu sein, nicht nachkommen. Es gäbe rechtlich eine Möglichkeit, und das ist ja symptomatisch, und Sie gestatten mir den kurzen Ausflug. Dieses Papier, und ich habe heute das erste Mal Gelegenheit gehabt, es kurz zu sehen, trägt als erstes die Unterschrift des Herrn Landeshauptmannes. Und es ist symptomatisch, daß er, wenn es darum geht, für eine Unterschrift zu stehen und für das zu stehen, was man irgendwo gesagt hat, nicht da ist. (Abg. Schützenhöfer: „Jetzt hören Sie einmal auf!“)

Wir haben es bei der Trasse auch erlebt. (Abg. Schützenhöfer: „Sie können den Landeshauptmann nicht verantwortlich machen!“) Herr Abgeordneter Schützenhöfer, Sie brauchen nicht durch den Zwischenruf beweisen, daß Sie das besser dargestellt hätten als der Herr Klubobmann Dr. Maitz. (Abg. Schützenhöfer: „Das ist ein Kindheitstrauma zwischen Schachner und Klepp. Er kann bis heute nicht verwunden, daß Klepp zuerst rechtschreiben konnte!“ – Abg. Trampusch: „Dann hat Krainer nicht aufgepaßt!“) Wollen Sie jetzt zwischenrufen, dann bitte gerne.

Meine Damen und Herren! Herr Präsident, dürfte ich wieder weiterreden? (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter, fortzufahren. Die übrigen Damen und Herren ersuche ich, den Herrn Abgeordneten Dr. Flecker an seinen Ausführungen nicht zu hindern!“) Ich danke, Herr Präsident. Gönnen Sie mir bitte ein bißchen Zeit zum Reden. (Abg. Schützenhöfer: „Ihre juristischen Qualitäten in Ehren!“) Das können Sie gar nicht beurteilen. (Abg. Schützenhöfer: „Ihre juristischen Qualitäten in Ehren, aber lassen Sie uns in Ruhe mit dem Konflikt zwischen Schachner und Klepp, der schon 30 Jahre dauert!“) Darf ich jetzt reden? Herr Abgeordneter Schützenhöfer, ich sage Ihnen eines: Ihr erster Zwischenruf hat nicht nur Sie selbst demaskiert, sondern in Wirklichkeit die Ernsthaftigkeit, mit der Sie an die Sache herangehen.

Ich habe von vornherein gesagt, daß ich mich hier in eine Personaldebatte nicht einmische, weil ich dazu den Herrn Dr. Klepp viel zu lange kenne und ihm viel zu sehr verbunden bin. Und ich lasse mich nicht auf diese billige Polemik von Ihnen ein (Abg. Dr. Maitz: „Das ist das, was Sie wollen – Dreck schmeißen!“), Recht mit parteipolitischer Zündelei zu verwechseln und daß der Herr Landeshauptmann, oder wollen Sie das leugnen, schriftlich das Mißtrauen erklärt hat (Abg. Vollmann: „Ist das die Unterschrift oder nicht?“)

und der Herr Landeshauptmann offenbar heute, wie so gerne, nur bei den ehrenden Feierlichkeiten dabei ist und dann, wenn es darum geht, Verantwortung zu übernehmen, nicht mehr da ist. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schützenhöfer: „Es fehlt nur noch, daß Sie sagen, der Herr Landeshauptmann ist mit dem Klepp in die Schule gegangen!“)

Es bleibt dem Herrn Landesrat Ressel in Wirklichkeit nur eine Alternative: Entweder es kommt zu keiner Entlastung durch Zeitablauf oder aber es wird von seiten derjenigen, die dieses Papier seinerzeit unterschrieben haben, nämlich vom Herrn Landeshauptmann federführend, öffentlich die gegenteilige Erklärung abgegeben. Wenn es so ist, dann kann er sich die ganze Sache noch einmal überlegen. Aber daß Sie Ihre billige parteipolitische Polemik mit Schulfreund und so hier spielen, das könnten Sie sich ersparen. (Abg. Dr. Maitz: „Sie haben begonnen!“)

Es ist immer gestanden, Herr Abgeordneter Dr. Maitz, Sie seien deswegen Klubobmann geworden, weil Sie so ein hervorragender Jurist seien. (Abg. Dr. Maitz: „Ihre Beurteilung interessiert mich nicht!“) Dann hätten Sie also heute auch die Sache korrekt darstellen können. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ. – 17.34 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Hirschmann.

Landesrat Dr. Hirschmann (17.34 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Es ist eine mir sachfremde Materie, was das Ressort anbelangt. Ich bitte, mir zu erlauben, daß ich in zwei, drei Sätzen auf einige Dinge eingehe, die hier angesprochen wurden, weil ich einer jener vier Leute bin, die diese Vereinbarung, die so oft angesprochen wurde und die auch in den Medien verlautbart wurde, mitunterschrieben haben. Ich möchte fern jeder Polemik festhalten, daß es sich bei der STEWEAG bekanntlich, wie ja eingangs von einigen richtigerweise hingewiesen wurde, um – wenn ich die Krankenanstalten ausspare – das wichtigste Unternehmen des Landes handelt. Verehrte Damen und Herren, wir sollten uns dessen alle bewußt sein, querfeldein über die Parteien, daß es da um einiges geht. Wir haben, und ich sage es so, wie ich es in Erinnerung habe, ohne jeden Zusatz und ohne etwas wegzulassen, seinerzeit, und ich sage es deswegen an die Adresse der Kollegen der SPÖ, nicht um hier irgendetwas kundzutun, was nicht schon in der Öffentlichkeit wäre, sondern um auch meine und unsere Position klarzustellen, weil der Herr Landtagsabgeordnete Flecker jetzt im Hinblick auf den Herrn Landeshauptmann einige Dinge gesagt hat, was mir sehr leid tut – ich achte Ihre juristische Kompetenz, aber das andere kann ich nicht so im Raum stehen lassen –, ich möchte also sagen, wie die Dinge waren, und ich hoffe, daß es ein Beitrag ist zu dem, daß wir dort das, was wir eigentlich im Interesse des Landes wollten, doch noch zustandebringen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber nicht durch solche Zwischenrufe!“) Es hat Herr Landesrat Ressel damals an uns die Bitte herangetragen, dafür zu sorgen, daß wir einen Neuanfang in der STEWEAG setzen, weil er als der kompetenteste Ansprechpartner

auf Grund seiner Ressortzuständigkeit eigentlich dort mit einer anderen Führungscrew arbeiten möchte. Das ist nichts Falsches. Das ist durchaus eine Sache, die man unter gewissen Umständen so sagen und diskutieren darf. Es wurde dann und wird bis zum heutigen Tag die STEG-Geschichte strapaziert.

Ich möchte es nicht beurteilen zu Recht oder zu Unrecht, die Juristen – ich bin selber einer, aber nur ein gelernter – werden immer dann strapaziert, wenn man in einer Sache nicht weiterkommt und wenn es letztlich um Formalismen geht. Ich möchte das nicht gering schätzen. Ich sage auch offen, ich getraue mich nicht zu beurteilen, ob der seinerzeitige Vorstand der STEWEAG und alle, die damit befaßt waren, das absolute Optimum in der ganzen Abwicklung dieser Geschichte erbracht haben. Aber ich sage auch gleich dazu, wer erbringt das bitte, wo? Die Weltmanager haben wir nirgends, in Österreich nicht, in Japan nicht, in Amerika nicht. Trotzdem, ich komme zum Kernpunkt der Sache zurück. Der Herr Landesrat Ressel hat das vorgetragen, und wir waren der Meinung, daß wir über so eine Sache in dieser Situation reden können. Warum, ich sage es ganz offen. Ich freue mich, daß der Herr Aufsichtsratsvorsitzende Präsident Raidl auch da ist. Weil wir der Meinung sind, daß in der STEWEAG, so wie in vielen anderen Bereichen des Landes, Dinge neu gemacht werden müssen, die weh tun zum Teil, die uns aber eine Substanzsicherung für die Zukunft erbringen müssen. Das war der einzige Grund, warum wir diese Gespräche damals geführt haben. Und ich hoffe, ich darf das auch sagen ganz offen, es ist so schon überall gestanden. Ich habe mit dem Generaldirektor Dr. Beer damals und mit dem Direktor Gutjahr Gespräche geführt und habe gesagt, liebe Freunde, ihr habt eine gute Arbeit gemacht, aber wir wollen eigentlich was Neues beginnen. Traut ihr euch das noch zu? Worauf mir die menschlich sehr sympathische Antwort gegeben wurde vom einen wie vom anderen: Paß auf, wir sind 30 Jahre – ist der eine, glaube ich, oder ein bißchen mehr als 30 Jahre, und ungefähr 30 Jahre der andere – in diesem Werk tätig gewesen, wir haben das nach bestem Wissen und Gewissen gemacht unter einem hohen Einsatz. Wir glauben, daß wir eine gute Arbeit gemacht haben, und wir möchten eigentlich, da wir spüren – und, Herr Landesrat Ressel, Sie verstehen mich jetzt nicht falsch, und ich sage das nicht an Ihre Adresse, sondern da waren ein paar andere auch noch dabei, ich spreche ganz konkret vom Aufsichtsrat, ich lasse es beiseite, welche Motive es gehabt haben mag –, daß wir nicht mehr gewünscht sind in dieser Funktion, sagen wir ganz ehrlich, das schaffen wir nicht mehr. Wir möchten in Ruhe und in Frieden in Pension gehen. Verehrte Damen und Herren, so war es, so ist es, und ich habe mir heute einige Zeit überlegt, ob ich das hier sagen soll. Und zwar aus einem einzigen Grund, weil wir uns auch völlig darüber einig waren in unseren Gesprächen, daß wir schauen, daß es menschlich anständig über die Bühne gebracht wird. Bin ich sehr d'accord, und das möchte ich nicht in Zweifel ziehen, daß es – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das gilt auch für uns!“) Jawohl! Und ich sage auch ganz offen dazu, wir waren der Meinung, daß wir einen gesamten neuen Anfang probieren, was die gesamte Führung anbelangt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ist in Ordnung!“) Es war für uns klar,

daß die ÖVP auf den dritten Vorstand verzichtet im Interesse – ich sage es gleich dazu – einer Entpartei-politisierung dieser Dinge, zu der ich stehe. Trotzdem sage ich, in so einem Unternehmen wird schlußendlich zunächst einmal eine politische Vorentscheidung immer zu fällen sein. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sind ja die Eigentümer!“) Wir haben gesagt, wir verzichten auf den zweiten Mann, die Positionen werden hüben wie drüben ausgeschrieben, und wir schauen, daß wir die bestmöglichen Leute finden. Ich bin dankbar, daß der Herbert Paieryl dort bestellt wurde, weil wir davon überzeugt waren, daß er der richtige Mann am rechten Platz sein wird. Ich bin sehr dankbar dafür. Und die zweite Seite, wir waren der Meinung, daß man auch für den dritten im Bunde eine passende und auch menschlich sehr angepaßte Lösung finden soll. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das haben wir auch gewollt. Sie wissen das!“) Jawohl, haben wir beide gewollt, ja, weiß ich. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Arbeitsteilung!“ – Abg. Schützenhöfer: „Sie können sich nicht durchsetzen!“) Ist klar, die Arbeitsteilung hat darin bestanden, daß wir gesagt haben, wir schauen auf unseren Bereich, und Sie schauen auf Ihren Bereich. (Abg. Schützenhöfer: „Sie können niemanden zu etwas bringen!“ – Abg. Trampusch: „Der Schützenhöfer wird es nie begreifen!“)

Soweit war jedenfalls der Stand unserer damaligen Vereinbarungen, und ich persönlich sage schon dazu, ich bedaure es sehr, daß die Sache in den letzten Wochen und Monaten in einer Art und Weise in der Öffentlichkeit abgehandelt wurde, die den dort handelnden Personen nicht gerecht wird, die dem gesamten Betrieb nicht gut tut, und ich würde mir wünschen, daß wir im Interesse des Landes und vor allem der STEWEAG und der Leute, die dort arbeiten, zu einer guten Lösung kommen. Ich sage aber gleich dazu, eine gute Lösung beinhaltet für mich, daß es eine menschliche Behandlung des Problems auch geben muß, die mindestens so hoch auch einzuschätzen ist wie die fachliche Kompetenz in diesem Zusammenhang. Das würde ich mir wünschen. (Beifall bei der ÖVP. – 17.44 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Ing. Ressel.

Landesrat Ing. Ressel (17.44 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist im Zuge der Debatte auch die wirtschaftliche Situation der STEWEAG angesprochen worden. Es ist insbesondere vom Abgeordneten Frizberg die Frage gestellt worden, inwieweit Gebietskörperschaften in der Lage sind, Unternehmen zu führen. Vorweg darf ich betonen, daß ich mit 1. Juni 1992 Eigentümervertreter der STEWEAG wurde, daß zu diesem Zeitpunkt der große Deal abgeschlossen war, nämlich erfolglos abgeschlossen war, und es einfach eine Tatsache ist, daß bis zum 31. Mai 1992 der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer Eigentümervertreter war. Das ist einmal die Situation. Es ist auch eine Tatsache, und es ist einfach die historische Darstellung, daß die STEWEAG mit Privaten sich bemüht hat, die STEG zu kaufen, und daß etwa ein halbes Jahr später

die Privaten um die Grazer Stadwerke erweitert wurden. Das ist nur der zeitliche Horizont. Es ist aber auch eine Tatsache, ich darf das hier wirklich feststellen, es ist auch eine Tatsache, daß dem Vorstand der STEWEAG bekannt war, daß der Schweizer Bankverein größten Wert darauf gelegt hat, daß die STEG auch nach Übernahme durch die STEWEAG als Einheit bestehen bleibt, und zwar in Sorge um die dort Beschäftigten und in Wahrung der STEG-Tradition. Bitte, das war nicht nur jetzt ein Anliegen des Schweizer Bankvereins, der sich aus ganz bestimmten Gründen von einigen seiner Vermögensbestandteile getrennt hat, sondern es war auch der Wunsch der Belegschaft der STEG, und es war auch der Wunsch der Belegschaftsvertretung der STEG. Und das bitte wäre Aufgabe des Vorstandes der STEWEAG gewesen, wenn das bekannt war, dem das von Generaldirektor Plattmann des Schweizer Bankvereins mitgeteilt wurde, dem Eigentümerversorger des Landes Steiermark, in dem Fall dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, mitzuteilen. Soweit so gut! Wenn dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Generaldirektor der Verbundgesellschaft dem Generaldirektor der STEWEAG das Anerbieten macht, daß die STEWEAG zwei Drittel der Anteile kaufen kann und ein Drittel der Anteile der Verbund übernimmt und der Generaldirektor der STEWEAG – und bitte, das ist dokumentiert – diese Information, und es ist eine gravierende Information, gerade bitte im Zusammenhang mit den Zitaten, die der Herr Abgeordnete Dörflinger gebracht hat, nämlich die Ausführungen vom Vorsitzenden Dr. Altziebler, eine derart wichtige Information sowohl seinen Vorstandskollegen in der STEWEAG als auch dem Aufsichtsrat der STEWEAG vorenthalten wird, dann ist das bei allem menschlichem Respekt größte Verletzung aktienrechtlicher Verpflichtung. Denn eines muß ich Ihnen hier in aller Deutlichkeit sagen, und jeder, der irgendwo eine Aufsichtsrats-tätigkeit ausgeübt hat, der sich beruflich dieser Problematik zuwenden muß, wird akzeptieren, daß nur die unbedingte Offenheit der Information zwischen Vorstand und Aufsichtsrat – (Präsident Mag. Rader: „Welches Vorstandsmitglied war das?“) Generaldirektor Beer. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „In welchem Jahr? Um welchen Zeitraum geht es?“) Sie haben jetzt keine Fragestunde, Herr Kollege, das muß ich Ihnen schon sagen, und Sie haben mir Ihre Einstellung zum Aktiengesetz ohnedies übermittelt. Wenn also in einem solchen Fall diese Informationspflicht nicht ausgeübt wird, dann ist das ein ganz gravierendes Vergehen. Und da helfen auch, Herr Präsident Mag. Rader, die Ausführungen, die Sie hier zitiert haben von dem Herrn, den ich nicht kenne und dem ich nichts ab-sprechen möchte, nichts. Aber ich gehe davon aus, daß ihm das in der Form nicht bekannt war. Stellen Sie sich wirklich einmal vor, wenn die Informationsverweigerung eines Vorstandes an den Aufsichtsrat zu weit gehen kann, daß für den Bestand eines Unternehmens, für die strategische Entwicklung eines Unternehmens notwendige Informationen vom Vorstand an den Aufsichtsrat vorenthalten werden können, ohne daß es in dem Fall Sanktionen des Eigentümers geben kann, dann scheint mir, ist die gesamte Konstruktion des Aktienrechtes in Frage gestellt. Und das kann ich mir nicht vorstellen.

Jetzt noch ein paar Worte zur Vertraulichkeit, zur Menschlichkeit, wie man die Frage löst: Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben eine Regierung, bestehend aus neun Mitgliedern, und eine Geschäftsverteilung, die mir seit 1. Juni 1992 die Eigentümervertreterrolle überträgt. Jetzt weiß ich aber genau, daß ich für die Anträge, mit denen ich in die Hauptversammlung gehe, einen Beschluß der Regierung brauche. Und ich weiß auch, daß nicht nur Dinge, die in Klubs besprochen werden, sondern daß auch Dinge, die in der Regierung besprochen werden und aktenkundig sind, in der Regel den Medien zugänglich sind. War es wirklich nicht naheliegend, daß man gesagt hat, dann schaut man, wie das mit der Mehrheitsbildung in dieser Meinung und in dieser Frage aussieht, daß man sich dann an den Partner wendet, der vier Regierungsmitglieder stellt, zwei davon sind ja jetzt in der Regierung und zwei, die noch unterschrieben haben, sitzen hier, ich kenne noch zwei, die dem beitreten könnten, daß man dann versucht, einen Weg zu finden, und daß man diesen Weg auch findet. Und, Herr Kollege Hirschmann, es war nicht ganz so, wie Sie das geschildert haben. Tatsache war, daß seit meiner Funktionsübernahme ich erstens darauf gedrängt habe, den größten Aufsichtsrat Europas zu reduzieren. Es ist mir in der Phase 1 nicht gelungen, jene Schlankheit zu erreichen, die ich mir vorgestellt hätte, wohl haben wir das dann in einer zweiten Phase nachvollzogen. Ich war bereit, den Empfehlungen des Rechnungshofes zu folgen, dort in Zukunft nur mehr zwei Vorstandsmitglieder tätig sein zu lassen. Es war und es ist, wenn das hier so besprochen wird, im Zusammenhang mit der von mir jetzt festgestellten Nichtinformation überhaupt keine Frage, daß der Herr Generaldirektor Dr. Beer dort keine weitere Verwendung haben kann. Und aus der Situation heraus und aus der Nachrückproblematik haben wir den Schritt gesetzt, zwei Vorstände dort einzusetzen. Herr Kollege, so, wie Sie das ehrlich sagen, werde ich das auch sagen, wenn wir unsere Leute abziehen müssen, dann müssen Sie auch Ihre abziehen. Und ich habe zu Ihnen gesagt, im Interesse des Unternehmens ist es richtig, wenn der gesamte Vorstand dort wechselt. (Abg. Vollmann: „Das ist die Wahrheit, Freunde!“) Freunde, das ist kein Triumph. Bitte, Kollege Schützenhöfer. (Abg. Schützenhöfer: „Mit allem, was Sie sagen, einverstanden, nur, was ist mit dem Klepp?“) Moment, jetzt kommts weiter: (Abg. Schützenhöfer: „Das ist euer offener Punkt!“)

Herr Kollege, als Eigentümervertreter, der auf die Beschlüsse einer Regierung angewiesen ist, habe ich mich um eine Vereinbarung bemüht, die garantieren sollte, daß die Eigentümer mehrheitlich, bevor das durchzuführen ist und bevor von mir ein Antrag eingebracht wird, tatsächlich zu dieser Sache stehen. Ich habe die Vereinbarung gehabt. Jetzt werden wir damit konfrontiert, und überlegen Sie sich das einmal, was das in Wahrheit darstellt, wo man glaubt, daß Leute der ÖVP mit einem ÖVP-Vorstandsdirektor reden können, Leute der SPÖ vielleicht mit einem SPÖ-Vorstandsdirektor und FPÖ-Leute mit einem FPÖ-Vorstandsdirektor, so er vorhanden ist. In Wahrheit ist der Eigentümer das Land Steiermark. Die Verhandlungen und das Eigentümerrecht hat mit Beschlüssen der Regierung der Eigentümervertreter, in dem Fall ich, auszuüben, und mit den Verhandlungen selbst

wird das Aufsichtsratspräsidium beauftragt. Und diese haben das gemacht. Man ist, um zu einem Ergebnis zu kommen, von seiten des Präsidiums sehr großzügig gewesen, denn sowohl der Herr Beer als auch der Herr Gutjahr hätten noch Verträge gehabt, und zwar Verträge, wenn man verzichtet als Vorstand, hätten sie Verträge als Prokuristen gehabt und hätten zu dienen gehabt und hätten dort ihre Arbeit machen müssen. Und dem Vorstandsdirektor Dr. Klepp ist das gleiche zugestanden worden, nur mit dem einen Unterschied, daß eben Herr Dr. Klepp nicht bereit war, auf die Anrechenbarkeit seiner Pension zu verzichten, die vertraglich vereinbart war. Er wollte zu der Pension, die 75 Prozent seines Einkommens ausmacht, das Einkommen nenne ich aber nicht, weil es dem Datenschutz unterliegt (Abg. Vollmann: „Steht in der Zeitung!“), jedes weitere versicherungsrechtliche Einkommen, das er hat, nicht angerechnet bekommen. Die Anrechnung war aber vorgesehen über den, sein derzeitiges Einkommen übersteigenden Betrag. Und jetzt sage ich Ihnen eines: Kann man als Eigentümervertreter in der Konstruktion anders agieren oder sind Sie bereit, meine Damen und Herren, andere Argumentationsmöglichkeiten zu bieten? (Abg. Schützenhöfer: „In Ordnung!“) Es widerspricht der Vertraulichkeit auf der einen Seite, bis zur Willensbildung die Durchführung unter menschlicher Rücksichtnahme, was ich für äußerst notwendig und dringend halte.

Herr Kollege Schützenhöfer, lassen Sie mich eines noch sagen: (Abg. Schützenhöfer: „Schachner hat etwas versprochen, was er nicht gehalten hat!“) Wer hat etwas versprochen? Das stimmt nicht. (Abg. Dörflinger: „Schützenhöfer argumentiert immer unter der Gürtellinie!“ – Abg. Schützenhöfer: „Sie stehen hier und müssen das ausbaden. Sie tun mir leid. Sie können nichts dafür!“) Kollege Schützenhöfer, es ist eine steirische Pikanterie unserer Politik, daß, wenn es um eines der wichtigsten Unternehmen geht, persönliche Motivation unterstellt wird. (Abg. Dr. Lopatka: „Darf ich Sie etwas fragen? Was ist die Unterschrift des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dr. Schachner wert? Es steht dort: „Scheidet am 31. Dezember 1993 aus seiner Funktion.“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Lesen Sie den Satz vorher – einvernehmlich!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Das war Ihr Vorschlag!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist ja unglaublich!“ – Präsident: „Derzeit ist ausschließlich der Herr Landesrat Ressel am Wort!“)

Meine Damen und Herren! Es ist das System tatsächlich zu überlegen, denn Tatsache ist, daß, wenn ein Vorstandsmitglied seinen Platz nicht räumen will, das nur durch Beschlüsse, für die ich mir aber bitte vorher die Mehrheit besorgt habe, durchgeführt wird. Dies ist die Situation. Und zu dem sollte man stehen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Aufsichtsrat oder Regierung?“) Sowohl als auch, Kollege Schmid. Es ist kein Verständnis. Kollege Schmid, der Eigentümer, der mehrheitlich zumindest gesagt hat, daß das Vertrauensverhältnis gestört ist, daß er in dem Fall so nicht weiterarbeiten kann, hat das zum Ausdruck zu bringen. Der Eigentümer hat das zum Ausdruck zu bringen. Und zwar kann ich das nur in der Regierung, wenn die Regierung dem folgt, was vorher sozusagen

als gemeinsamer Akt gesehen wurde, dann kann ich mit dem als Eigentümervertreter im Auftrag der Regierung in die Hauptversammlung gehen, und dann kann der Aufsichtsrat entsprechende Schritte setzen. Dies ist also die Situation. Er wird es tun, weil der Aufsichtsrat bitte die Interessen des Eigentümers zu vertreten hat. Ich bitte wirklich, in jedem einzelnen Fall kann so etwas wieder passieren. Ich hoffe ja nicht, daß es passiert, aber so gut, wie die wirtschaftliche Situation der STEWEAG hier dargestellt wird, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich die Gelegenheit benützen, ist sie nicht. Niemand wird in der Lage sein, jetzt die STEWEAG an die Börse zu bringen. Und wenn man das schon so betrachtet, dann sollte man auch sagen, es ist eine der wenigen Elektroversorgungsunternehmen, die keinen Beitrag zum Landesbudget leisten, also keine Gewinne abführen. Und wenn ich jetzt das Jahr 1992 nehme, wo ein Gewinn ausgewiesen wurde, ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, „Sale-and-lease-back-Geschäfte“ um 70 Millionen werden nicht immer möglich sein. Ich werde nicht in jedem Jahr um 70 Millionen Vermögensgegenstände veräußern können, sie bezahlt bekommen und in den nächsten Jahren dann zurückmieten. Das kann es wahrscheinlich nicht sein, und so etwas läuft üblicherweise als außerordentlicher Ertrag. Was ich mir wünschen würde, ist, daß alle so wenig in die Presse gehen wie ich, denn von den vielen Artikeln, die der Herr Klubobmann Vesko zitiert hat, muß ich mit Recht sagen, es gibt noch mehr, war keiner von mir. Sie müßten aber, wenn man die Dinge sehr genau anschauen will, einmal schauen, was war denn vorher? Von mir sind keine Prüfberichte hinausgegangen, von mir sind keine Parteienvereinbarungen hinausgegangen, obwohl ich mit der seltsamen Vorgangsweise konfrontiert war, daß selbst in der Aufsichtsratssitzung die Eintragung in ein Handelsregister auf einmal anders sein sollte, als tatsächlich der Ablauf war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es bewegt mich sehr, aber so kann man es natürlich machen. Und so kann man, glaube ich, auch die Politik herabsetzen, daß man einem sagt, okay, wir machen es so, und wenn er es nun so macht, dann bindet man ihm die Hände. Und es ist einfach nicht fair den Beschäftigten gegenüber, dem Unternehmen gegenüber, den dort ausgeschiedenen Vorständen, den noch auszuscheidenden Vorständen gegenüber, aber auch nicht gegenüber einem Regierungskollegen. Das möchte ich euch auch in aller Ruhe sagen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 18.01 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Eingebracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Lopatka, Klubobmann Trampusch, Mag. Rader und Dörflinger, betreffend die Entlastung des Vorstandes der STEWEAG für das Geschäftsjahr 1992.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht

werden. Das ist geschehen. Wer diesem Beschlußantrag der genannten Abgeordneten aller drei im Hause vertretenen Fraktionen die Zustimmung erteilt, möge bitte ein Zeichen mit der Hand geben. Danke, Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Präsident Dr. Klauser: Hohes Haus, wir setzen fort beim Punkt

20. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 693/1.

Als letzte war Frau Abgeordnete Pußwald am Wort. Nunmehr erteile ich der Frau Abgeordneten Monika Kaufmann das Wort.

Abg. Kaufmann (18.02 Uhr): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es wird wahrscheinlich jetzt ein Gedankensprung notwendig sein – wieder zurück zum Thema Bericht der Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft. Ein paar Worte möchte ich doch dazu sagen:

Ich finde, daß für so ein wichtiges Thema, wie es die Lehrlingsausbildung ist, der Bericht eher ein bißchen mickrig ist. Schließlich geht es um die Zukunft einer Berufsgruppe, einer Berufsgruppe, die zwar klein ist. Aber ich glaube, ob es für eine Berufsgruppe eine Zukunft geben kann oder nicht, hängt mehr denn je von der Ausbildung und von der Motivation der Jugend ab. Gerade wir in der Landwirtschaft merken, daß die Abwanderung der Jugend erschreckend hoch ist. Nämlich in der Steiermark – (Präsident Dr. Klauser: „Frau Kollegin, ich unterbreche. Ich bitte, die Privatunterhaltungen draußen fortzusetzen, und nicht im Landtagssitzungssaal. Monika, du bist am Wort!“) Nämlich in der Steiermark rund 8,4 Prozent jährlich, die Tendenz ist steigend, in Österreich insgesamt um 10,4 Prozent. Das heißt, die Jugend läuft in Scharen davon. Das ist sicher nicht nur das Einkommen, das Einkommen ist sicher ein Grund, aber es ist nicht nur das Einkommen, sondern auch, weil die Jugend zu wenig Möglichkeiten sieht, sich zu entfalten, eigene Ideen und Stärken zu verwirklichen. Als Mutter, ich habe selbst zwei Kinder, würde ich mir eigentlich wünschen, daß in jeder Art von Ausbildung, von Lehre, von Schule, den Kindern, der Jugend viel mehr Möglichkeiten gegeben werden, mitzugestalten, zu verändern und, wenn es möglich oder erwünscht ist, auch alte eingefahrene Geleise zu verlassen. Wie groß die Möglichkeiten für landwirtschaftliche Lehrlinge und Facharbeiter sind, läßt sich aus diesem Bericht nicht ersehen. Aber es sind auch noch einige andere Punkte, die mir aufgefallen sind und die ich zur Anregung bringen möchte.

Vorerst möchte ich festhalten, daß der Punkt Berufsinformation nur sehr dürftig behandelt wird. Es wird nur festgehalten, daß die Lehrlings- und Fachausbildungsstelle eine Berufsaufklärung vornimmt und dies eine wichtige Aufgabe sei. Es wird allerdings nicht näher erläutert, welche Vorträge in den Berufs- und Fachschulen sowie bei den Kursen und Versammlungen abgehalten würden. Berufsaufklärung

bedeutet mehr als die unmittelbaren Chancen in einem Teilgebiet. Sei es Imkerei, Obstbau oder dergleichen. Eine echte Berufsaufklärung müßte sehr wohl Mittel als auch längerfristige Perspektiven zum Inhalt haben. Immerhin handelt es sich um junge Menschen, die sich für ein bestimmtes Berufsbild entscheiden, weshalb sie eine Risikoeinschätzung ihres ökonomischen und sozialen Werdeganges vornehmen müssen. Es mag sein, daß in derartigen Kursen oder Vorträgen ohnedies qualifiziert vorgegangen wurde. Es sollte allerdings festgehalten werden, wie diese Berufsaufklärung tatsächlich stattgefunden hat. Weiters bedaure ich, daß nur in der Zusammenfassung von der Ausbildung im dualen System von Risikobereitschaft sowie davon gesprochen wird, daß die Inhalte ständig dem neuesten Stand des Wissens und der Entwicklung im agrarischen Bereich angepaßt werden müssen. Was dies allerdings konkret für die einzelnen Betroffenen, aber auch für die steirische Landwirtschaft im gesamten bedeutet, ist aus diesem Tätigkeitsbericht leider nicht zu entnehmen. So wird von einem entsprechenden Ausbildungsniveau gesprochen, ohne daß klar dargelegt wird, welche Lehr- und Lerninhalte tatsächlich vermittelt werden beziehungsweise welche eigentlich der Gegenwart und der Zukunft entsprechen würden. Zukünftig ist zu wünschen, daß der Ausbildungsbereich auch die Lage der steirischen Land- und Forstwirtschaft in einem vereinten Europa, einem Beitritt Österreichs zur EG mit allen Vor- und Nachteilen mit umfaßt.

Auch angesichts der angespannten umweltpolitischen Situation wäre es sehr wünschenswert, wenn dieser Tätigkeitsbericht darüber Auskunft geben würde, inwieweit die Anforderungen der Ökologie als integrierter Bestandteil der Lehr- und Lerninhalte behandelt werden. Interessant und aufschlußreich wäre auch, wie viele Lehrlinge während der Ausbildung aussteigen. Ich werde heute diesen Tätigkeitsbericht natürlich zur Kenntnis nehmen. Ich möchte aber an dieser Stelle ausdrücklich meinen Wunsch deponieren, daß die von mir aufgeworfenen Punkte für die zukünftigen Tätigkeitsberichte Bedeutung erlangen sollten. Ich hoffe also, daß meinen Anregungen im nächsten Tätigkeitsbericht Folge geleistet wird. Ich danke. (Allgemeiner Beifall. – 18.09 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Kaufmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Kaufmann (18.09 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als erstes freue ich mich, daß die Frau Kollegin Kaufmann die Arbeit der drei in der Lehrlings- und Fachausbildung beschäftigten Kammerbediensteten so hoch geschätzt hat, daß sie nur den Bericht in seiner Breite und Tiefe etwas kritisierte. Es ist sicherlich so, daß dieser Bericht nicht auf alle Fragen erschöpfend Auskunft gibt, da er ja auch kein wissenschaftliches Werk sein soll. (Abg. Gennaro: „Statistik!“) Kurt, bitte hör einmal zu, und rede mir nicht immer dazwischen. Das wäre schön. (Abg. Gennaro: „Du regst mich so auf mit deinen fachlichen Ausdrücken!“) Aber es ist so, daß dieser Bericht trotzdem Auskunft gibt. Für mich

war in diesem Bericht etwas enthalten, was mir mehr und wichtiger erschien, als über Lehr- und Lerninhalte zu sprechen. Denn leider bin ich da etwas geschädigt, da in letzter Zeit die Lehrpläne für verschiedene Bereiche so oft geändert wurden, daß Lehrinhalte verlorengegangen sind. Was mich an diesem Bericht erschütterte oder was mir zum Nachdenken Anlaß gab, war die Struktur der Herkunft der Lehrlinge, wenn davon ausgegangen wird, daß nur mehr 17 Prozent der Lehrlinge aus der Landwirtschaft kommen, aber 45 Prozent aus Arbeiter- und Hilfsarbeiterfamilien, 19 Prozent von Angestellten und 19 Prozent von sonstigen Berufen. Erklärbar wird diese Struktur, wenn man die Verteilung der Lehrlinge in den acht Berufssparten in der Landwirtschaft sieht und sieht, daß in der Sparte Gartenbau von den 269 Lehrlingen 238 beschäftigt sind. Dies sollte uns zum Nachdenken geben, warum es in diesem Bereich Gartenbau noch so viele Lehrlinge gibt und in den anderen sieben Bereichen fast keine. Es ist ja nicht so, daß wir einen Facharbeitermangel hätten, denn immerhin sind 25.082 geprüfte Facharbeiter in der Steiermark mit 4119 Meistern, wovon es 120 neue Anmeldungen gibt. Aber dieses Bild drückt aus, wie die Lage der Landwirtschaft steht. Und wenn die Frau Kollegin Kaufmann gesagt hat, Ausbildung in die Zukunft, um die Chancen in der EG zu wahren, dann müssen wir auch als Politiker die Vorsorge treffen, daß unsere Kinder in den verschiedensten Bereichen der Landwirtschaft Zukunftschancen sehen, und zwar nicht nur im Gartenbau, und daß sie daher auch bereit sind, in anderen Bereichen eine Lehre und damit auch eine Fachausbildung zu absolvieren. Nicht allein die Lehrmöglichkeit, sondern auch die Möglichkeit, durch das Gelernte Geld zu verdienen, ist ausschlaggebend. Für uns ist entscheidend, daß die Lehrlings- und Fachausbildung in der Steiermark trotz ihrer geringen Kosten, und 3 Millionen Schilling sind für eine Ausbildung keine umwerfende Summe, sehr viel erreicht hat. Aber wir müssen daran denken, daß noch mehr auf diesem Sektor getan werden muß, um den internationalen Standard auch zu erreichen und konkurrenzfähig mit den gut ausgebildeten Agrarleuten der westlichen Welt zu sein. Ausbildung ist das, was wir in Zukunft brauchen. Ausbildung ist das, was unsere Chancen in der Landwirtschaft erhöhen und um diese Ausbildung forcieren zu können, bedarf es wieder finanzieller Mittel, um diese Ausbildung auch bezahlen zu können. Ich darf hier nur an alle appellieren, daß wir, wenn es um das Budget geht, auch daran denken, daß Ausbildung Geld kostet, und ich lade alle ein, die ein Interesse am bäuerlichen Berufsstand haben, die den bäuerlichen Berufsstand auch bewahren wollen, nicht knausrig zu sein, wenn es um die Budgetmittel für die Lehrlings- und Fachausbildung geht. (Allgemeiner Beifall. – 18.14 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als vorläufig letzte Wortmeldung habe ich hier die des Herrn Kollegen Peinhaupt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Peinhaupt (18.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich wollte mich eingangs nicht zu Wort melden, da ich aus dem Bericht herauslesen kann, daß die Aus-

bildung unserer landwirtschaftlichen Lehrlinge und Meister sicherlich eine gute ist, und weil auch der finanzielle Aufwand im Verhältnis zum Lernerfolg ein guter ist. Ich nehme die 3,1 Millionen Schilling her, wovon 31 Prozent der Bund bezahlt, 27 Prozent das Land und 42 Prozent die Teilnehmer selbst. Ganz im Gegensatz dazu natürlich das landwirtschaftliche Schulwesen. Ich darf kurz erinnern: 417 Millionen Schilling für 43 Schulen und 650 Lehrer bei 2700 Schülern. Die Kollegin Pußwald hat in ihren Ausführungen sehr genau diesen uns vorliegenden Bericht interpretiert. Und das war für mich eigentlich der Anlaß, warum ich heute ans Rednerpult gehe. Denn wenn man jetzt sagt, daß man eine Werbekampagne startet, nicht von seiten der Bauern, sondern von seiten des Bauernbundes, um damit das Selbstwertgefühl des Bauern zu heben, so muß ich sagen, das ist schon richtig. Aber Selbstwertgefühl allein ist zu wenig. Man muß den Bauern Hoffnung geben, man muß den Worten auch Taten folgen lassen.

Und, Frau Kollegin Pußwald, Sie haben auch gesagt, daß damit ein erhöhter finanzieller Mehraufwand verbunden ist. Ich gebe Ihnen schon recht, wenn diese Förderungen, die vorhanden sind, effizient genug ausgewertet werden. Ich darf ein ganz einfaches Beispiel nennen: Stellen Sie sich vor, wir haben den Patienten Landwirtschaft. Sie haben einen Arzt und als Budgetgeber das Medikament. Wenn der Arzt jetzt diagnostiziert, daß Sie mit diesem Medikament behandelt werden, und es stellt sich kein nachhaltiger Heilungserfolg ein, sondern eher eine Verschlechterung, und Sie erhöhen nur das Medikament, so sind Sie am falschen Zug. (Abg. Pußwald: „Sie müssen die gesamte Wirtschaft anschauen – EG, Milch, Holz!“) Ich komme auf die EG gleich zurück, Frau Kollegin, wenn Sie mir das gestatten. Aus dem Bericht lese ich aber zu meiner Verwunderung heraus, worauf meine Kolleginnen und Kollegen ja nicht eingegangen sind, daß in der Zusammenfassung steht, daß wir als Bauern ein Verständnis für die Gesellschaft haben müssen. So kann es bitte nicht sein. Denn gerade die Gesellschaft ist es, und sie muß es sein, in die wir Bauern gehen müssen, aber auch in deren politischer Verantwortung wir uns befinden wollen, wollen wir uns aus unserer eigenen Isolation befreien. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Pußwald: „Auch das habe ich gesagt!“) Sie haben, Frau Kollegin Pußwald, gesagt, daß unsere landwirtschaftliche Ausbildung, und dabei sind Sie auch auf den schulischen Bereich eingestiegen, EG-konform ist. Dann bitte unterstützen Sie den in diesem Haus aufliegenden freiheitlichen Antrag wegen Errichtung einer Fachschule für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg. Ein weiterer Punkt, den Sie erwähnt haben: Unsere landwirtschaftlichen Lehrlinge sind mit dem notwendigen Know-how ausgestattet, um in der EG bestehen zu können. Ich muß Ihnen eines sagen: Es wird viel Überzeugungsarbeit brauchen, um dem Bauern einmal plausibel zu machen, daß er nur danach entschädigt wird, was er besitzt, und nicht für das, was er tut.

Denn bis heute hat sich noch keiner von denen, die das sagen, in der bäuerlichen Vertretung dazu entscheiden können, daß er den Bauern auch nach der Arbeitskraftstunde bemißt. Ich darf dazu auch ein kleines Beispiel anführen, lesen Sie den „Grünen

Bericht“. Ein niederösterreichischer Getreidebauer – jetzt übertreibe ich ein bißchen – arbeitet sechs Wochen im Jahr und steht mit 24.000 Schilling Monatsgehalt im „Grünen Bericht“ drinnen. Ein steirischer Bergbauer arbeitet am Tag 12 Stunden und steht mit 8000 Schilling drinnen. Es ist ein bißchen überzeichnet, das gebe ich zu, aber im Grunde genommen stimmt es. Sie haben auch das Dualsystem hervorgehoben. Das Dualsystem in der Ausbildung ist zweifelsohne ein wichtiger Bestandteil, aber ich glaube, wir müssen eines uns wohl auch vor Augen führen, daß im Zuge dieses praktizierten Dualsystems auch der Bogen zurückgespannt werden können muß auf den Vollerwerbsbetrieb. Denn wenn das nicht der Fall ist, dann erziehen wir unsere ländliche Bevölkerung von der Bewirtschaftung ihrer Höfe weg. Und das sollen wir und das wollen wir nicht machen. (Abg. Pußwald: „Dann müssen wir andere Preise haben, damit die Existenz der Bauern am Berg und im Tal gesichert ist!“) Ich sage herzlichen Dank für diesen Einwand, denn nicht zuletzt war es ja die Freiheitliche Partei, die zum ersten Mal in diesem Land für den Rechtsanspruch auf die Direktzahlungen war, die auch die Bergbauernförderung und letztendlich auch die benachteiligten Gebiete betrifft. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Karisch: „Das gibt es schon lange!“ – Abg. Riebenbauer: „Es steht im Gesetz!“) In welchem Gesetz? Nehmen Sie Paragraph 15, ich hoffe, Sie haben das gelesen, denn das Gesetz gilt es heute noch zu verhandeln, lieber Kollege Riebenbauer. Ich habe schon eingangs gesagt, die Ausbildung ist sicherlich eine gute, und sie ist auch anerkannt. Schlecht dagegen – und jetzt komme ich wieder auf unsere Parteienverhandlungen zurück – ist das ÖVP-Argument bei den Parteienverhandlungen, daß dann unsere so gut ausgebildeten Bauern nicht in der Lage sind, Förderungsformulare auszufüllen. Ich glaube es persönlich nicht. Aber wenn das wirklich die Tatsache ist und Ernst hinter dieser Argumentation steht, so drängt sich doch wohl der Verdacht auf, daß man dort eine gewisse politische Zielsetzung, eine gewisse Bevormundung erreichen und und auch anerziehen will. (Abg. Pußwald: „Vielleicht sollte man sich die Formulare anschauen!“ – Abg. Dr. Karisch: „Die Formulare sind so formuliert, daß sich keiner auskennt!“) Ja, das ist eine sehr starke Behauptung; Frau Kollegin Karisch. (Abg. Tasch: „In unserer Gemeinde werden die Formulare ausgefüllt. Es steht drinnen, in den Gemeinden, und nicht in der Kammer!“) Schauen Sie, lieber Kollege Tasch, Sie argumentieren ja gegen ihre eigene Fraktion. Wir wollen ja die Gemeinden stärker mit einbinden. Sie als Bürgermeister müssen ja doch dafür wohl Verständnis haben. (Abg. Trampusch: „Einen haben wir schon überzeugt!“) Einen haben wir schon überzeugt! Zwei!

Aber eines darf ich Ihnen schon noch sagen, und das hängt eng mit der Ausbildung unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung zusammen, das ist nämlich auch die Wertigkeit, die über den Produktionsbereich hinausgeht. Das ist das Empfinden des Bauern, denn die Steiermark braucht seine Bauern. Und stirbt der Bauer, stirbt auch die Bäuerlichkeit, die Bäuerlichkeit im grünen Herz Österreichs. Stirbt die Bäuerlichkeit, so stirbt auch das Miteinander, so stirbt die Kultur und so stirbt auch die Natur. Und das wollen wir nicht haben. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 18.21.Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Pörtl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Pörtl (18.21 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe wirklich die Absicht gehabt, mich nicht zu melden. Aber es scheint einfach der Drang, kräftige Sprüche zu klopfen, heute enorm vorhanden zu sein, daß man nicht abwarten kann, bis das Landwirtschaftsförderungsgesetz kommt. Ich muß da schon ein bißchen – (Abg. Peinhaupt: „Bergbauernausgleichszahlungen sind Direktzahlungen!“) Nein, nein, du bist immer unschuldig. Du bist auch der Gescheiteste, den wir bis jetzt jemals hier vorgefunden haben. Ja, das muß man auch sagen, weil wenn du darauf kommst, daß, wenn die Landwirtschaft stirbt, die ganze Welt stirbt und es nicht mehr lustig ist, brauchst nur zuhören um dreiviertel sieben in der Früh. Heute habe ich das erzählt, die Landwirtschaft hat genug Fans, wie am Fußballplatz. Nur, sehr viele schleichen sich bei der Kassa vorbei. Das ist die Wahrheit. Und daher wollen wir eine herrliche, schöne Landschaft haben. Ich könnte da locker sagen, zusammensammeln, Rechnung machen, Restl schicken, haben wir alles praktiziert. Ich bin gespannt, wie es retour geht, und ich bin neugierig, ob der Aufstand von euch angezettelt wird im Budget. Der eine will sparen wie der Teufel, sagt Sparefroh, der andere, das heißt, so einfach wird sich das nicht abspielen. Nur, fest steht: Da gehört schon ein bißchen Licht ins Dunkel, wenn da gesagt wird, als ob ihr sozusagen die Förderungsphilosophie erfunden hättet. Selbstverständlich ist der Antrag gekommen. Nur, bitte, wahr ist, daß im gemeinsamen Antrag bei dem Landwirtschaftsförderungsgesetz – und jetzt nehmen wir es genau, ich zitiere: „Paragraph 3 Absatz 5: Auf eine Förderung nach diesem Gesetz besteht kein Rechtsanspruch.“ (Abg. Peinhaupt: „Ist eine Direktzahlung!“) Ja, ja, die Geschichten muß ich immer geschickt rausdrehen. Ich glaube, daß euch der Antrag nicht lustig macht, nur, der ist niedergeschrieben, weil ihr glaubt immer, ihr könnt über Nacht neue Geschichten erfinden. Wir sind bei der Beratung darüber gesessen. Wir waren uns beim Rechtsanspruch einig. Wir haben um Verständnis gebeten bei der sozialistischen Fraktion. In der Früh höre ich, daß sich die Freiheitlichen und die Sozialisten für den Rechtsanspruch durchgesetzt haben. Dabei hätten wir den schon beschließen können. Aber so wird das 1993 gespielt. Sie glauben, die Politik wird nur draußen gemacht, und wir müssen schön still sein, weil wir momentan nicht die Mehrheit haben. Nur, das steht fest, daß wir für die Bauernschaft jahrzehntelang leidenschaftlich gekämpft haben. Und zum Vorwurf, daß wir zuviel für die Ausbildung im Rahmen des landwirtschaftlichen Schulwesens ausgeben: Bitte, da möchte ich den Wahrheitsbericht nachher sehen, mit welchen jungen Menschen wir in die Zukunft schreiten. Mit jenen, die kreativ initiativ sind, die die neuen Hungergefühle stillen können, die einfach voller ansprechen auf ökologische, naturnahe Produktion und auch auf Leistung, daß sie am Markt nach dem neuen Konsumverhalten entwickeln. Das ist eine entscheidende Frage, und da lasse ich mich überhaupt nicht anwandeln, weil das steht ganz klar fest. Die eigentliche Substanz ist nach den modernen

Formulierungen das Humankapital. Und da sind wir reich. Wir haben sehr viele Schüler im heurigen Jahr. Und alle sagen, die Bauernschaft geht zugrunde. Bitte, tun wir ein bißchen aufpassen, daß nicht jeder glaubt – (Abg. Peinhaupt: „Wie viele von diesen Schülern gehen zurück?“) Ja, selbstverständlich muß ich da einen Unterricht geben, wie es heute in der modernen Landwirtschaft läuft, in der modernen Gesellschaft läuft. Der Pörtl Erich hat 1965 geheiratet. In der Seitentube ist er mit der Berta schlafen gegangen. Wenn du heute einer jungen Familie das zutraust? Die haben auch Anspruch auf eigene Wohnung, auf ein eigenes Auto. Das wirft der Betrieb nicht ab. Es ist der Nebenerwerb eine normale Situation. Wenn ich den Huber-Plan durchlese, da darfst du keine Friseurin mehr heiraten als junge Bäuerin. Da mußt du alle Kredite wieder zurückbezahlen nach eurer Vollerwerbsphilosophie. Für uns hat der Vollerwerb Priorität in der Agrarpolitik. Aber wir wollen nichts bevormunden und sagen, der Vollerwerb, der darf leben, und der Nebenerwerb ist ein Auslaufmodell. Das ist nicht der Fall, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Unser landwirtschaftliches Schulmodell ist auf Einkommenskombination ausgelegt. Früher waren die größeren Bauern die Nebenerwerbsbauern. Mit drei, vier Paar Ochsen und drei, vier Paar Roß sind die gefahren. Sie haben Kalk gebrannt, sie haben Holz geschlagen. Das ist das Faktum. Da tun wir nichts auseinander zwischen Voll- und Nebenerwerbsbetrieb. Es ist überhaupt keine Frage, und sehr viele in der Direktvermarktung haben mit dieser Marketingoffensive, mit der Direktbeschickung das Gefühl, sie sind Vollerwerbsbauern, und sind längst in die Dienstleistung eingestiegen. Ich möchte das ganz offen sagen, damit nicht im Raum stehenbleibt, daß wir sozusagen das Geld hinausblasen und der Bericht nicht vollständig geschrieben ist, meine Damen und Herren. Wir bemühen uns sehr intensiv um diese Frage, und wir haben auch gerade für die Gärtner in Großwillersdorf gemeinsam eine Ausbildungsstelle geschaffen, weil das eine wachsende Sparte in der Südoststeiermark ist, wo es ganz entscheidend ist, daß wir starke Leute und vor allem vielfältig Ausgebildete haben.

Das kann dir ja passieren, und frage die Vertreter aus der Gewerkschaft, zum Beispiel im Bereich der Fleischer. Da kann einer nur abstechen und einer nur Häutl abziehen und einer nur ausboanln. (Abg. Weilharter: „Zum Teil auch Nebenerwerbsbauern!“) Wir haben das größte Problem der zu engen Berufsausbildung. Daher ist die schulische Ausbildung für eine breite Ausbildung auch im landwirtschaftlichen Bereich eine wichtige Grundvoraussetzung. Ich muß mich da ein wenig ausblasen, weil ich mich hier nicht in ein Eck drängen lasse, weil es auch so aussieht, daß wir hier nicht voll am Dampfer sind. Leicht schnell genug sind mir manche unterwegs, und ihr wollt die Notbremse ziehen und gewisse Einrichtungen in Frage stellen. Tag und Nacht studiert ihr nach, was man für Argumente finden könnte, damit man etwas abschaffen kann. Da werden wir es schön heiß machen in der Hütte. Das möchte ich auch gleich ankündigen, weil manche glauben, das geht so ganz locker. Man kann mit jahrzehntelang gewachsenen Einrichtungen, von der Basis her gewachsen, sozusagen eine Durchforstung machen. Wir sind schon für das Durchforsten,

damit die guten Stämme sich entwickeln. Aber mit solchen Schlägen in gewissen Bereichen wird es schon kitschig. Mich jagen sie derzeit schon, warum ich noch so brav bin. Ihr kennt mich, ich bin sehr brav, kommod und solid. Aber ich muß bald die Zügel auslassen. Das ist die Wahrheit. (Beifall bei der ÖVP. – 18.28 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

Abg. Peinhaupt (18.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Keine Angst, ich möchte nichts mehr emotionalisieren hier in diesem Haus, denn hier geht es wirklich um die Sache. Ich darf nur eine Berichtigung dahin gehend machen, daß der Huber-Plan sehr wohl keine Benachteiligung des Nebenerwerbs darstellt. Der Huber-Plan sieht nur vor, daß auch die Vollerwerbsarbeitskraft am Bauernhof bezahlt wird. Und diese Förderung kann selbstverständlich nur einer haben, der Tag und Nacht, würde ich beinahe sagen, auf seinem eigenen Betrieb arbeitet. Ich danke. (18.29 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichtstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

21. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 431/3, über den Antrag der Abgeordneten Pußwald, Schützenhöfer, Dr. Lopatka und Dr. Karisch, betreffend Freifahrten für Lehrlinge.

Berichtstatter ist der Herr Abgeordnete Reinhold Purr. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Purr (18.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Antrag, Einl.-Zahl 431/3, der Abgeordneten Pußwald, Schützenhöfer, Dr. Lopatka und Dr. Karisch betrifft die Freifahrten für Lehrlinge. Lehrlingsfreifahrten gibt es im Gegensatz zu Schülerfreifahrten nur im Linienverkehr. Eine Mitbeförderung im Gelegenheitsverkehr (zum Beispiel Schülerbus) ist nicht möglich. Es gibt auch kein Äquivalent zur Schulfahrtsbeihilfe, das heißt, Lehrlinge, vor allem in ländlichen Gebieten, die kein öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung haben, bekommen keine Lehrlingsfreifahrt oder Beihilfe. Ferner sind noch jene Lehrlinge, die im Baugewerbe und Baunebengewerbe tätig sind und nicht direkt vom Wohnort zum Betrieb, sondern auf verschiedene Baustellen fahren müssen, vom Gesetz her von jeglicher Freifahrt ausgeschlossen. Wie das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie mitteilt, werden im Auftrag der Frau Bundesministerin Überlegungen angestellt, eine Änderung der derzeitigen Rechtslage herbeizuführen. Jede zu treffende Lösung wird aber die derzeit angespannte Situation des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen mitzubetrachten haben. Ich bitte um Kenntnisnahme. (18.31 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald (18.31 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Auch dieser Antrag befaßt mich persönlich sehr. Man liest und sieht in den Medien ständig über einen Rückgang der Lehrlinge, und über Lehrlingsmangel wird geklagt. Das kann punktuell durchaus seine Richtigkeit haben. Es gibt auch einen tatsächlichen Rückgang, und zwar im Ausbildungsjahr 1991 gegenüber 1992 sind um 1160 steirische Lehrlinge weniger. Insgesamt, die Zahl der steirischen Lehrlinge wurde vorher vom Kollegen Kaufmann genannt, gibt es 25.620, die im Moment in der Ausbildung stehen. Worauf ist ein wirklicher Rückgang zurückzuführen? Natürlich gibt es den Geburtenrückgang. Das ist die eine Variante. Weiters, dem polytechnischen Lehrgang, der als Vorbereitung für die berufliche Lehre gedacht ist, weichen viele junge Leute aus. Gerade die Leistungswilligeren weichen in weiterführende Schulen aus. Die Auswahlkriterien, sprich die Aufnahmeprüfungen an höheren berufsbildenden Schulen, sind zu einem Formalakt herabgewürdigt worden. Es ist fast nichts mehr an Qualitätsanspruch für die Bewerber dort gefordert. Und wer jetzt die höhere berufsbildende Sparte Lehranstalt nicht schafft, steigt in die meist organisatorisch zugeordnete Fachschule um. Das heißt, es geht also im gleichen Schulort weiter. Viele Lehrherren, auch aus dem gewerblichen Bereich, schicken ihre eigenen Kinder allerdings in die schulische Ausbildung. Das muß vielleicht mit einer gewissen Wehmut angemerkt werden.

Wie schaut jetzt die Fahrtsituation für die Lehrlinge aus? Lehrlinge in Ballungszentren haben die Möglichkeit, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, ähnlich wie die Schülerfreifahrt, transportiert zu werden. Aber diejenigen, die also weiter entfernt leben oder vor allem in den ländlichen Regionen, wo es keine durchgehende Vernetzung des öffentlichen Verkehrs gibt, die stehen oft wirklich an und haben keinerlei öffentliche Transportmittel. Mir ist sogar ein Fall bekannt, daß ein Linienbus zehn Minuten vor sechs Uhr in die Talschaft hinausfährt und es nicht möglich ist, diesen Bus auf sechs Uhr abzustimmen, weil die Lehrlinge, es sind drei oder vier, im Verhältnis zu anderen Arbeitnehmern und zum Anschluß der öffentlichen Verkehrsmittel, keine Chance haben, mitgenommen zu werden.

Etwas Positives kann man dieser Lehrlingsfreifahrt abgewinnen: Es ist einmal im Grundsatz positiv erledigt. Der zuständige Sachbearbeiter im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie hat auf eine telefonische Befragung hin auch geantwortet, man ist ständig im Bemühen, weitere neuere Aspekte einzuarbeiten, und seit vergangenen Sonntag mit Abschluß der Budgetverhandlungen im Rahmen der Koalitionspartner war es möglich, denjenigen Lehrlingen, die in einem Heim leben müssen, einen Antrag und auch eine Freifahrt zu ermöglichen analog zu Schülern, die im Internat leben. Also, das ist auch positiv über die Bühne gegangen. Ich glaube, das kann man durchaus auch als einen Erfolg für die Lehrlinge werten. Leider, wo kein Linienverkehr ist und ein Gelegenheitsverkehr für Schüler eingerichtet ist,

sprich Schülerbusse, ist es den Lehrlingen nicht gestattet, mit dem Schülerbus mitzufahren. Das ist als Gelegenheitsverkehr ausgewiesen, und der Lehrling kann diesen Gelegenheitsverkehr nicht benutzen. Es bleibt ihm entweder der individuelle Transport durch Eltern oder mit Fahrgemeinschaften, wenn es möglich ist, ansonsten muß er einfach eine andere Lehrstelle annehmen. All diese Probleme gibt es in Ballungszentren Gott sei Dank nicht. Es kommt allerdings auch noch dazu, daß im ländlichen Raum das Angebot an Lehrstellen ohnedies vermindert ist und manchmal Eltern und Lehrlinge es schwer haben, eine entsprechende Lehrstelle zu finden. Ich glaube, im Sinne von Gleichbehandlung muß dieser Antrag weiter behandelt werden, wie es auch vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie dargestellt wurde, so daß es zu einer Gleichstellung zwischen Lehrlingen und Schülern beziehungsweise Studenten kommt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 18.37 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächste gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (18.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Seit 1. September 1992 gibt es für Lehrlinge, die in einem gesetzlich anerkannten Lehrverhältnis stehen, bei Zutreffen der Voraussetzungen – unter 27 Jahre, Bezug der Familienbeihilfe – die Möglichkeit einer Freifahrt für den Weg von der Wohnung zum Arbeitsplatz.

Diese Regelung ist grundsätzlich sehr zu begrüßen. Sie kommt jedoch für einen Teil der Jugendlichen, die in Ausbildung stehen, leider nicht zum Tragen. Dies insbesondere dann, wenn es sich um kein Lehrverhältnis nach dem Berufsausbildungsgesetz handelt. Als Beispiele zu nennen sind hier Anlernlinge zum Apothekenhelfer oder zur Apothekenhelferin, Zahnarztassistent oder Ordinationshilfe. Dies stellt eine große Benachteiligung dieser Jugendlichen dar. Insbesondere wenn man bedenkt, daß zum Beispiel ein Anlernling zum Apothekenhelfer oder zur Apothekenhelferin monatlich netto 4036 Schilling verdient. Ein Anlernling zum Zahnarztassistenten oder zur Zahnarztassistentin erhält beispielsweise kollektivvertraglich im Monat netto lediglich 2575 Schilling. Darüber hinaus fallen all jene Lehrlinge durch den Rost, die auf private Verkehrsunternehmen angewiesen sind, mit denen das Ministerium keinen Vertrag hat. Da diese Ungleichbehandlung keinesfalls akzeptiert werden kann, haben sowohl die Abgeordneten der ÖVP als auch unserer Fraktion unabhängig voneinander und zu verschiedenen Zeiten Anträge eingebracht, wobei auf Grund unseres Antrages am 15. Juni dieses Jahres im Landtag bereits ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt wurde. Eine Änderung in der Vorgangsweise ist bis heute nicht eingetreten. Es ist daher der Bund dringend aufzufordern, alle in Ausbildung stehenden Jugendlichen gleich zu behandeln. Abhilfe könnte dadurch geschaffen werden, daß etwa ein Lehrling, der kein öffentliches Verkehrsmittel benutzen kann, eine Beihilfe erhält, mit welcher er sodann die Fahrtkosten zumindest zum Teil bestreiten kann. Auch die

Einbeziehung aller Ausbildungsverhältnisse Jugendlicher in die Lehrlingsfreifahrt kann bei gutem Willen absolut kein Problem sein. In diesem Zusammenhang drängt sich mir eine Frage auf. Wie läßt sich der einerseits immer wieder diskutierte Facharbeitermangel abbauen, wenn andererseits ein Lehrling, der ohnedies ein sehr geringes Einkommen hat, nicht wenigstens in finanzieller Hinsicht durch die Lehrlingsfreifahrt unterstützt wird? An dieser Stelle rufe ich all jene Unternehmer und Gewerbetreibenden, die Lehrlinge ausbilden, auf, daß sie ihrerseits einen Beitrag in Form eines Fahrtkostenzuschusses leisten. Sind nicht Lehrlinge oft billige Arbeitskräfte, deren sich die Wirtschaft nur allzu gern bedient? Oft werden Lehrlinge unter Ausnützen des Abhängigkeitsverhältnisses zu Hilfsarbeiten und ungesetzlichen Überstunden herangezogen und diese häufig nicht einmal entsprechend entlohnt. Da wäre es nur recht und billig, wenn sich auch die Lehrherren dazu bekennen, daß unsere Lehrlinge ein Teil der Wirtschaft sind, die wir dringend benötigen.

Wie wenig Lehrlinge verdienen, möge hier an einigen Beispielen verdeutlicht sein. Ein Friseurlehrling im ersten Lehrjahr erhält netto 2604 Schilling pro Monat, ein Konditorlehrling netto 2620 Schilling, ein Malerlehrling netto 3390 Schilling und ein Kleidermacherlehrling netto 2635 Schilling. Die Diskussion sollte daher nicht nur in die Richtung gehen, ob und unter welchen Voraussetzungen Lehrlingen Fahrtkosten ersetzt werden, sondern vielmehr, wie wir unsere Jugendlichen motivieren können, sich einer Ausbildung zu einem Facharbeiter zu unterziehen, von der man oft sagt, daß es sich ja nur um einen „Arbeiterberuf“ handelt. Es ist höchst an der Zeit – wenn ich mir in diesem Zusammenhang die Bemerkung erlauben darf –, daß die Unterscheidung zwischen Arbeiter und Angestellten endlich wegfällt und wir in Österreich zu einem einheitlichen Arbeitnehmerbegriff gelangen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Es ist nämlich für niemanden mehr einsichtig, daß ein CNC-Dreher, der eine komplizierte Ausbildung durchgemacht hat und eine große Verantwortung im Beruf trägt, sozusagen nur ein „Arbeiter“ ist. Wir alle sind aufgerufen, das diesbezügliche Klassendenken endlich einmal abzulegen.

Wir haben in der Steiermark mit Stand August dieses Jahres eine Jugendarbeitslosigkeit von 20 Prozent, das sind 6155 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren. Viele davon sind Schulabgänger, die keinen Lehrplatz gefunden haben oder die eine Lehre oder Schule abgebrochen haben. Viele Förderungen gibt es für die Wirtschaft. Wer aber fördert unsere Jugendlichen finanziell? Die Freifahrt von der Wohnung zur Arbeitsstätte dürfte kein Thema sein und müßte raschest für alle in Ausbildung stehenden Jugendlichen ohne Einschränkung durchgezogen werden. (Beifall bei der SPÖ.) Das sind wir jenen Menschen schuldig, die unsere Zukunft sind, unseren Kindern!

Sollte der Bund eine negative Äußerung abgeben, so rufe ich das Land auf, respektive Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic, die diesbezüglichen Schritte zu unternehmen und die entsprechende Vergütung aus dem Wirtschaftsressort zur Verfügung zu

stellen, damit diese Ungleichheit zwischen den Jugendlichen, die für niemanden verständlich ist, endlich beseitigt wird: Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. - 18.40 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Bleckmann (18.40 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

Wir haben zur Zeit gerade in der Diskussion den Antrag zur Ausweitung der bereits bestehenden Freifahrt für Lehrlinge. Und wie die Kollegin Bachmaier schon gesagt hat, seit 1. September 1992 gibt es diese Lehrlingsfreifahrt. Und da würde ich Ihnen doch gerne in Erinnerung rufen für die, die es noch nicht wissen, wie dieser dornige Weg zur Lehrlingsfreifahrt überhaupt entstanden ist. Denn als allererster führte der damals freiheitliche Landeshauptmann, nämlich Dr. Jörg Haider, in Kärnten selbst die erste Lehrlingsfreifahrt in seinem Bundesland ein. Zur Aufwertung forderten dann die FPÖ-Politiker eine rasche Verwirklichung der Lehrlingsfreifahrten in allen Bundesländern. Und am 2. April 1992, scheinbar kennen Sie alle diesen Antrag nicht, brachte FPÖ-Obmann Jörg Haider dann einen Antrag im Parlament ein, der die Lehrlingsfreifahrt gesetzlich festgelegt hat und, was mich besonders verwundert oder besser, erfreut hat, war, daß die österreichische Gewerkschaftsjugend sich bei der FPÖ schriftlich für ihre Initiative in diesem Bereich, also für die Lehrlingsfreifahrten, bedankt hat. Und ich freue mich, daß Sie jetzt hier auch in der Steiermark spät aber doch auf diesen Zug aufspringen und auch noch eine Ausweitung fordern. Sie fordern in Ihrem Antrag ein Äquivalent Schulfahrtsbeihilfe, das heißt, für Lehrlinge, vor allem in ländlichen Gebieten, die kein öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung haben. Das heißt also, daß diese Lehrlingsfreifahrten bekommen sollen. Und da wundert es mich, daß die Frau Kollegin Pußwald eben dieses auch so vehement fordert, wo doch die Bundesministerin auch - wenn ich richtig informiert bin - eine ÖVP-Politikerin ist, auf die sie eigentlich direkt, auch vielleicht auf informellem Wege, einwirken könnte und daß wir hier nicht den Antrag stellen müßten, sondern daß sie das direkt zur Bundesministerin bringen kann. Aber scheinbar hat die Bundesministerin auch nicht so ein großes Interesse daran, dies durchzuführen, weil sonst hätte sie das schon längst gemacht, was Sie hier im Antrag fordern. (Abg. Dr. Karisch: „Die Bundesministerin kann das im Parlament nicht allein machen!“) Ja, sehr gut, das weiß ich auch! Es gibt aber noch mehr ÖVP-Minister, wenn ich richtig informiert bin, und nicht nur die Frau Bundesministerin alleine. Aber es muß ja nicht nur die Frau Bundesministerin etwas machen, denn unser Landesrat Schmid hat nicht nur gefordert, sondern er hat auch gehandelt. Und er hat in den Richtlinien für Lehrlingsbeihilfe festgelegt, und das darf ich Ihnen bitte vorlesen: „Für Lehrlinge, welche durch die weite Entfernung ihres Wohnortes vom Arbeitsplatz nicht die Möglichkeit haben, das öffentliche Verkehrsmittel zu beanspruchen und somit nicht in den Genuß der Lehrlingsfreifahrt gelangen, kann in berücksichtigungswürdigen Fällen ein Fahrtkostenzuschuß

von bis zu 500 Schilling monatlich gewährt werden.“ Und das ist doch ein erster Schritt. Und das hat unser Landesrat gemacht.

Und genauso hat der Landesrat eine Initiative zur Erhöhung der Lehrlingsbeihilfe in der Regierung gesetzt. Und soweit es dem Landesrat der FPÖ möglich ist, versucht er, in seinem Kompetenzbereich soviel als möglich zu tun. Und ich hoffe, daß das im Bund dann auch einmal stattfinden wird. Denn wir Freiheitlichen versprechen eben nicht nur, sondern wir handeln. (Abg. Minder: „Wird das schon ausbezahlt?“) Sie können zu Ihren Lehrlingen sagen, daß es das gibt. Und für die FPÖ ist die Lehrlingsaufwertung so wichtig, daß wir für uns persönlich das Jahr 1994 zum Jahr des Lehrlings gemacht haben. Wir wollen keine Werbeslogans machen in Form von Karriere mit Lehre, sondern wir wollen wirkliche Gesetze vorlegen. Wir haben sie auch bereits vorgelegt. Wir würden uns über Ihre Unterstützung auch freuen, die eben die Studenten, Schüler und die Lehrlinge gleichsetzen soll. Denn wir sehen ja die Ungleichbehandlung schon, und wir sehen auch, wieviel ein Lehrling der öffentlichen Hand wert ist. Das heißt nämlich, daß für einen Lehrling 6000 Schilling ausgegeben werden, für einen AHS-Schüler 60.000 Schilling. Und hier sehen wir schon sehr frappierend die Ungleichbehandlung. Aber es sollen des weiteren auch noch Anreize und Leistungssysteme geschaffen werden, die den Einstieg in den Lehrberuf wieder attraktiver machen, zum Beispiel durch Erhöhung der Lehrlingsentschädigung und durch Einführung eines Leistungsstipendiums auch für Lehrlinge. (Abg. Vollmann: „Lehrlingsentschädigung!“) Fein, vielleicht können wir dann wirklich etwas gemeinsam machen, daß wir das durchbringen können. Und wie wir auch heute schon öfters gehört haben, sinkt jährlich die Lehrlingszahl um 3 bis 5 Prozent. Und hier gibt es auch wieder viele Zahlen, die zeigen, daß sie von Jahr zu Jahr weniger werden, daß die Talfahrt immer weitergeht. Und da muß ich der Kollegin Bachmaier-Geltewa recht geben. Diesen Facharbeitermangel können wir nicht weiter bestehen lassen. Wir müssen wirklich etwas tun. Aber anstatt eine richtige und raschere Form der Lehrlingsausbildung und eine Reform des Lehrplanes in der Berufsschule zu machen, kommt es mir vor, als ob größtenteils nur geredet wird und fadenscheinige Anträge gestellt werden, die dann doch nicht durchgesetzt werden können. Sehr geehrte Damen und Herren, ich fordere Sie auf, daß wir hier nicht nur Lippenbekenntnisse abgeben, sondern wirklich Nägel mit Köpfen machen. (Beifall bei der FPÖ. - 18.50 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

Abg. Ing. Löcker (18.50 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Mit vielem, was die Kollegin Dr. Bachmaier-Geltewa gesagt hat, kann ich mich einverstanden erklären. Sie haben gesagt, daß sich ein Zeitenwandel und ein Sinneswandel in verschiedenen Dingen ergeben haben und daß man keinen Klassenkampf betreiben soll. Allerdings hat sie vorher gesagt, daß Arbeitgeber das Abhängigkeitsverhältnis von Lehrlingen auszunützen pflegen. Und das, glaube ich, ist

auch eine Pflege des Klassenkampfes. Dem möchte ich also widersprechen. Aber vom Inhalt her muß ich ihr voll zustimmen, denn ein 16- bis 18jähriger, der in die Mittelschule geht, wird vom Staat jährlich mit einigen hunderttausend Schilling durch die Beistellung der Bildungsmöglichkeit subventioniert. Und ein junger Auszubildender, der den Berufsweg einschlägt, bekommt nicht nur nichts dazubezahlt oder sehr wenig, wenn ich an die Berufsschule denke, sondern er leistet auch seinen eigenen Beitrag zur Sozialversicherung und verschiedenen anderen staatlichen Systemen. Er muß dafür dann auch noch seinen Arbeitsweg selbst bezahlen oder bekommt ihn erschwert bezahlt, wenn man das so sagen kann, gegenüber einem Mittelschüler, für den es selbstverständlich ist, daß er die Freifahrt genießt. Hier wäre wirklich Abhilfe zu schaffen, um die Berufsausbildung attraktiver zu machen. Weil das Wort vom Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten gefallen ist, dem muß ich voll beipflichten. Es gibt ja sehr viele Worte, die einen Sinnverlust erreicht haben – allein die Worte Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Arbeitnehmer mit seiner Konsumkraft ist in der Volkswirtschaft der größte Arbeitgeber. Und folglich ist es eigentlich auch hier gesehen nicht richtig, wenn man so unterscheidet. Oder die Begriffe selbständig und unselbständig. Ich meine, ein sogenannter Selbständiger bekommt kein Krankengeld, wenn er krank wird, er bekommt keine Abfertigung, wenn er zu arbeiten aufhört, er bekommt kein Urlaubsgeld und kein Weihnachtsgeld, und der Unselbständige bekommt das alles, wofür ich selbstverständlich Verständnis habe. Ich meine nur, daß es höchste Zeit wäre, diese Begriffe einmal zu überdenken und passende neue Formulierungen zu finden.

Man muß irgendetwas Neues finden. (Abg. Vollmann: „Arbeitgeber und Dienstnehmer!“) Es ist nicht leicht, das weiß ich, Heinz. Da kann ich dir beipflichten. Aber es gibt ja keinen Arbeitgeber, der nicht selbst auch arbeitet, denn sonst könnte er ja gar nicht Arbeitgeber sein. Also wieso soll der eine der Arbeitnehmer sein und der andere der Arbeitgeber und so weiter. Wir sollten uns da vielleicht einmal zusammensetzen und sollten hier neue Begriffe schaffen, damit die Gefahr des Klassenkampfes nicht mehr auflebt. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 18.53 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

22. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 361/3, zum Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Alfred Prutsch, Grillitsch und Glössl, betreffend die Erhaltung des ländlichen Wegenetzes unter Einbeziehung des Bundes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (18.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 5. Oktober 1993 über die

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 361/3, zum Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Alfred Prutsch, Grillitsch und Glössl, betreffend die Erhaltung des ländlichen Wegenetzes unter Einbeziehung des Bundes, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Alfred Prutsch, Grillitsch und Glössl, betreffend die Erhaltung des ländlichen Wegenetzes unter Einbeziehung des Bundes, wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen (18.54 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer.

Abg. Riebenbauer (18.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich bin nun 13 Jahre auf Gemeindeebene politisch mitverantwortlich und ein ständiger Wegbegleiter eines Menschen, der seinen Mitbürgern dienen möchte, ist die Thematik und Problematik Wegebau. Als Verantwortungsträger des ländlichen Raumes fühle ich mich mit diesem so wichtigen Problem eng verbunden, denn sonst würde ich, wie man steirisch sagt, sicherlich neben den Schuhen stehen, wenn ich die Thematik Wegebau nicht kennen würde. Der Ausbau und die Erhaltung des ländlichen Wegenetzes hat das Ziel, die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen durch die Erschließung der landwirtschaftlichen Siedlungsbereiche, durch die Erschließung der Wirtschafts- und Kulturlflächen in Verbindung mit dem höherrangigen Straßennetz zu verbessern. Warum haben diese Wege für unsere ländliche Infrastruktur eine so große Bedeutung? Unsere Wege dienen erstens zur Erhaltung unserer herrlichen Kulturlandschaft, zweitens zur Wirtschaftsgüterversorgung, zum Beispiel zur Milchabfuhr, zur Brennstoffzufuhr und so weiter. Drittens dienen diese Wege genauso auch im ländlichen Raum zur Müllentsorgung und werden dadurch sehr stark beansprucht. Als vierter Punkt dienen diese Wege der Erschließung unserer Fremdenverkehrsgebiete als Naherholungsgebiete für unsere Städte und unsere Gäste. Und fünftens haben unsere Wege im ländlichen Bereich eine wichtige Zubringerfunktion für die ländliche Bevölkerung. Denken wir, daß 64 Prozent der steirischen Bevölkerung im ländlichen Raum leben. Ich glaube, das müssen wir immer wieder bedenken.

Was verstehe ich unter Zubringerfunktion? Unsere Wege haben die Verbindungsfunktion zu den Landes- und Bundesstraßen und genauso auch zum öffentlichen Verkehrsnetz. Unsere Wege haben aber auch eine Zubringerfunktion zu den Arbeitsplätzen in unseren Dörfern, Märkten und Städten. Genauso haben unsere Wege eine Zubringerfunktion zu den sozialen und kulturellen Einrichtungen auf dem Lande. Ich denke an die Fahrt zum Kindergarten, ich denke an die Fahrt zu den Schulen, zu den Stätten der Erwachsenenbildung genauso wie die Fahrten zum Arzt, zum Spital oder auch zur Kirche. Als Basiserschließung zum geplanten Verkehrsverbund und zu einem funktionierenden öffentlichen Wegenetz ist ein ausgebaut und gut erhaltenes ländliches Wegenetz eine wesentliche Grundvoraussetzung. Um den

steigenden Anforderungen und den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gerecht zu werden, sind im Hinblick auf den angestrebten EG-Beitritt optimale infrastrukturelle Voraussetzungen zu schaffen, damit wir in der Steiermark und in Österreich auch in diesem Bereich die Chancengleichheit haben. Von den 24.100 Kilometern des ländlichen Wegenetzes der Steiermark sind 14.400 Kilometer ausgebaut. Davon dienen 2000 Kilometer dem übergeordneten Wegenetz, 6500 Kilometer als Schulbusstrecke, 1600 Kilometer der Milchabfuhr und 10.000 Kilometer - Sie hören richtig - der Müllentsorgung. Einen beachtlichen Beitrag für die Erhaltung dieses ländlichen Wegenetzes haben unsere Gemeinden zu leisten. Unsere Bürgermeister in den ländlichen Regionen wissen und können ein Lied davon singen. Betroffen von diesen Erhaltungsmaßnahmen sind vor allem Gemeinden, die ihren Verpflichtungen aus finanziellen Gründen sehr hart nachkommen können. Kleine Gemeinden haben oft ein Wegenetz bis zu über 100 Kilometer zu erhalten und auszubauen. Und es ist in den Gemeinden und im Land draußen so üblich, daß auch die Interessenten zur Kasse gebeten werden. Jene Menschen müssen bei der Wegerhaltung mitzahlen, die ohnehin nicht zu den Begüterten des Landes gehören und sicherlich nicht die Reichsten sind. Und es wäre eben langfristig anzustreben, daß wir das erreichen, daß diese ländliche Bevölkerung von der Mitfinanzierung bei der Wegerhaltung ausgenommen werden kann. Deshalb meine Forderung kurz und bündig, stellvertretend für alle Menschen, die tagtäglich unser ländliches Wegenetz benutzen und benutzen müssen. Die Mineralölsteuereinnahmen betragen im Jahre 1991 19,6 Milliarden Schilling, und jeder, der dieses ländliche Wegenetz benützt, zahlt selbstverständlich auch seinen Beitrag zu dieser Mineralölsteuer. Mit einem Prozent dieser Mittel könnten wir schon wesentliche Schritte zur Verbesserung der Erhaltung des ländlichen Wegenetzes setzen. Und es ist momentan wirklich sehr aktuell, wir alle wissen genau, daß es eine Mineralölsteuererhöhung gibt, und deshalb verlangen wir, daß von dieser Mineralölsteuererhöhung ein Teil wenigstens für die Erhaltung dieses Wegenetzes hergenommen werden kann.

Ich möchte schon zum Schluß kommen. Wege verbinden Stadt und Land. Es ist ganz selbstverständlich, sonst könnte ich heute gar nicht da sein. Wege verbinden Menschen mit Menschen, Wege dienen den Menschen bei der Fahrt zur Arbeit genauso wie jenen, die sich glücklicherweise im ländlichen Raum erholen können. Viele Menschen auf dem Land müssen ihren Weg tagtäglich benutzen. Deshalb ist er für diese Menschen auf dem Lande eine wichtige Lebensader. Ich habe schon einmal gesagt, wenn das Land nicht mehr atmet, erstickt auch die Stadt. Ich bitte Sie, das zu bedenken und damit unsere und meine Sorge um die Erhaltung unserer ländlichen Wege zu verstehen und in diesem Sinne diesen Bericht wirklich nur als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. - 19.01 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag

des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

23. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 263/5, zum Antrag der Abgeordneten Pußwald, Dr. Lopatka, Frieß und Dr. Maitz, betreffend spezielle Ausbildung und gezielten Einsatz von Jugendrichter/innen und Anwälten/innen.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (19.02 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

In der genannten Vorlage wurde von seiten der Bundesregierung folgender Bericht erstattet:

Aus dem Justizministerium wurde darauf verwiesen, daß mit Jugendstrafsachen bedachte Richter und Staatsanwälte über erforderliche pädagogische Ausbildung verfügen und über besondere Kenntnisse der Psychologie und Sozialarbeit verfügen müssen. Bei der 19. österreichischen Jugendrichtertagung nahm man sich intensiv um diesen Sachverhalt an. Die Fachgruppe Jugendrichter befaßt sich in monatlichen Sonderveranstaltungen in Zusammenarbeit mit Univ.-Prof. Dr. Walter Spiel mit Problemfällen der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Hinzuweisen ist allerdings, daß der Einsatz entsprechender Richterinnen und Richter durch den unabhängigen Personalsenat erfolgt, somit der Einflußnahme des Justizministeriums entzogen ist. Die Einflußnahme auf Verteidigerinnen oder Verteidiger ist überhaupt nicht möglich, auch nicht auf dem Gebiet der Weiterbildung. Jedoch gibt es zu dieser Sachlage laufend Kontakte zwischen dem Bundesministerium und der Rechtsanwaltskammer. Das Frauenministerium unterstützt den Inhalt dieses Antrages. Aus dem Familienministerium ist keine Stellungnahme gekommen.

Im Namen des Ausschusses ersuche ich um Kenntnisnahme des Berichtes. (19.04 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (19.04 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie können beruhigt sein, vor dem großen Landwirtschaftsfinale will ich die Zeit nicht allzu lange aufhalten, weil schon alle gespannt sind, heute den dritten Höhepunkt zu erleben, nach der Verabschiedung dann die dringliche Anfrage, und dann wird die Landwirtschaft ihren Platz einnehmen. Aber trotzdem möchte ich - und das erlauben Sie mir - zur Frage Jugendrichter, zur Frage Jugendgerichtsbarkeit hier einige Gedanken anbringen. Vor allem auch deshalb, weil ich glaube, daß gerade diese Frage Jugendkriminalität, Behandlung der Jugendlichen vor Gericht, oft viel zu wenig beachtet wird. Es ist auch bedauerlich, daß vom Familienministerium keine Stellungnahme eingegangen ist, weil das nicht nur eine Frage des Justizministeriums sein kann. Und ich persönlich gebe gerne zu als Mitglied der Justiz, daß gerade der Frage der Jugendrichtertätigkeit oft viel zu

wenig Augenmerk geschenkt worden ist, vor allem auch deshalb, und es ist oft ein falsches Verständnis in der Justiz, daß Jugendgerichtsbarkeit nicht die hochqualifizierte juristische Arbeit bedeutet, sondern daß hier viele Faktoren, andere Faktoren im Vordergrund stehen, nicht die juristische Ausbildung, sondern die menschliche Ausbildung, die pädagogische Ausbildung. Und ich bedaure es, wenn also gerade hier gesagt wird, daß die Personalsenate relativ unabhängig die Richterposten besetzen, einfach deshalb, weil ich weiß, daß auch in der Vergangenheit hier nicht immer nach Kriterien vorgegangen worden ist, wo man gesagt hat, dort soll derjenige Richter sitzen oder diejenige Richterin, und eine Zwischenbemerkung, oft wurde gesagt, das ist etwas für Frauen, weil die haben mehr Gefühl, dort setzen wir die Frauen hin. Und in der Steiermark, das möchte ich noch dazusagen, ist erst vor 15 Jahren die erste Frau ernannt worden. Ich habe das noch in Erinnerung – oder vor 20 Jahren –, lange Zeit hat der Personalchef der Steiermark gesagt, ich brauche keine Frauen, das behindert nur den Dienstbetrieb. Eine Einstellung, die katastrophal ist, aber die geduldet und akzeptiert wurde. Zur Jugendgerichtsbarkeit: Frauen haben auf diesem Gebiet besondere Qualifikation, werden auch verstärkt eingesetzt. Was mir fehlt, ist, daß zu wenig Zusammenarbeit mit anderen Stellen besteht. Man sollte die Jugendgerichtsbarkeit nicht isoliert sehen. Hier ist es ganz wichtig, daß man versucht, so schwierig das auch ist, Jugendliche, die auf kriminelle Bahnen abgleiten, durch Sozialarbeiter mit Hilfe der Bezirkshauptmannschaft, des Sozialamtes wieder – um es so zu nennen – auf den rechten Weg zurückzuführen.

Und eines ist auch besonders gefährlich: Ich behaupte, daß es in manchen Bereichen besser ist, und es ist ja schon passiert, daß man bei geringeren Straftaten von der Verfolgung absieht. Manchmal ist es besser, wenn die Jugendlichen gar nicht zu Gericht kommen, weil allein die Stigmatisierung durch die Verhandlung, denn ich muß vom Lehrplatz weg, und die Eltern erfahren davon, nicht angenehm ist. Die Verhandlung mit den Richtern, die im Talar dort sitzen, dauert oft stundenlang, wo es oft nur um Bagatelldelikte geht. Jeder weiß in der Verwandtschaft und in der Nachbarschaft, der war bei Gericht, denn der hat etwas angestellt. Ich behaupte, daß wir in manchen Fällen, wenn das gütlich bereinigt wird, wenn die beiden Betroffenen, der Geschädigte und der Schädiger, sich ausgleichen, für die Resozialisierung des Jugendlichen mehr tun könnten. Insgesamt bin ich aber froh, daß dieser Antrag von seiten der ÖVP-Fraktion gestellt worden ist.

Ich möchte aber nur noch einen Gedanken hinzufügen, der mir auch am Herzen liegt, weil nicht immer die Gelegenheit dazu besteht, darüber zu sprechen. Ich habe gestern im „Standard“ folgendes gelesen: „Ein heißer Herbst steht bevor“ in der Frage der Bezirksgerichtsauflösung oder Bezirksgerichtszusammenlegung. Ich habe auch die Worte des Landesrates Hirschmann noch im Ohr – er ist momentan nicht da. Ich bin ihm dankbar dafür, daß er gesagt hat, diese Zusammenlegung von Bezirksgerichten löst keine Probleme, sondern bewirkt nur, daß in gewissen Regionen eine unnötige Abwanderung von

Einrichtungen stattfindet. Und einen Gedanken möchte ich auch sagen: Es ist nicht richtig, was von seiten des Justizministeriums gesagt wird. Man kann noch so viele Kompetenzen dort hinlegen. Und ich glaube, daß gerade in der Jugendgerichtsbarkeit die Tätigkeit des profilierten Richters vor Ort, der die Jugendlichen kennt, der die Familienverhältnisse kennt, der die Zustände in den Schulen kennt, der die Direktoren kennt, wichtig ist und daß gerade diese Kompetenz besonders wichtig wäre. Ich weiß es deshalb, weil beim Bezirksgericht nur Bagatelldelikte anfallen, wo nicht die Jugendkriminalität beheimatet ist. Die anderen Fälle werden in Graz oder in Leoben verhandelt, wo der Richter meistens weit weg ist und oft keinen Überblick hat, was mit dem Jugendlichen geschieht. Aber der Jugendrichter vor Ort im Bezirksgericht hat einen Überblick. Der weiß hoffentlich, wenn er seinen Beruf einigermaßen ernst nimmt, was mit den Burschen oder mit den Mädchen geschieht. Es sind ihm auch viele sehr dankbar, wenn man nach der Verhandlung, nach dem Urteil oder nach der Entscheidung den Weg weiter verfolgt. Daßer, und das möchte ich den Herren im Justizministerium in das Stammbuch schreiben, gerade auch die stärkere Verlagerung aus bisherigen Zuständigkeiten zum Bezirksgericht könnte bedeuten, daß die Jugendgerichtsbarkeit in der Steiermark verbessert und verstärkt wird, und ich würde bitten, und damit bin ich schon fertig, daß man auch diesen Gedanken, diese Idee und diese Überlegung bei der Beschlussfassung in der Landesregierung ins Auge faßt und berücksichtigt. Ich persönlich bin nach wie vor noch mehr überzeugt, daß es nicht notwendig und nicht sinnvoll ist, die bestehende Bezirksgerichtsstruktur in der Steiermark zu verändern. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 19.10 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

26. Bericht des Gemeinde-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 714/1, Beilage Nr. 67, Gesetz, mit dem die Gemeindewahlordnung 1960 geändert wird (Gemeindewahlordnungsnovelle 1993).

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (19.11 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Jahr 1992 wurde mit einem Bundesverfassungsgesetz das passive Wahlalter mit 19 Jahren neu festgelegt. Die Gemeindewahlordnung enthält noch immer das 20. Lebensjahr und ist heute verfassungswidrig. Die vorliegende Novelle zur Gemeindewahlordnung sieht nun im Paragraph 41 eine Herabsetzung auf das 19. Lebensjahr vor. Namens des Gemeinde-Ausschusses stelle ich den Antrag, diese Novelle zu genehmigen. (19.11 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Dieses Gesetz enthält eine Verfassungsbestimmung. Ich weise daher auf Paragraph 48 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages in Verbindung mit Paragraph 20 Landes-Verfassungsgesetz 1960 hin, wonach ein Landesverfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden kann.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bevor ich zum Tagesordnungspunkt 24 übergehe, unterbreche ich die Sitzung für zehn Minuten. (Unterbrechung der Sitzung von 19.13 bis 19.25 Uhr.)

24. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahlen 291/2, 629/3 und 636/2, Beilage Nr. 66, über die Anträge, Einl.-Zahl 291/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Kaufmann, Trampusch und Dr. Wabl, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes, LGBl. Nr. 37/1976, sowie der darauf basierenden Verordnung, LGBl. Nr. 48/1976, in der Fassung LGBl. Nr. 31/1978,

Einl.-Zahl 629/1, der Abgeordneten Kaufmann, Peinhaupt, Trampusch, Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dr. Ebner, Köhldorfer, Mag. Rader, Schinnerl, Weilharter, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Gross, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl, Dr. Klausner, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Tilzer, Ussar, Vollmann und Dr. Wabl, betreffend ein Gesetz über die Förderung der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark (Steiermärkisches Landwirtschaftsförderungsgesetz), und

Einl.-Zahl 636/1, der Abgeordneten Grillitsch, Bacher, Beutl, Dr. Cortolezis, Frieß, Dr. Frizberg, Glössl, Dr. Grabensberger, Dr. Hirschmann, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Kanduth, Dr. Karisch, Ing. Kaufmann, Ing. Kinsky, Kowald, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Majcen, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Schützenhöfer und Tasch, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes, LGBl. Nr. 37/1976.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gottfried Grillitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Grillitsch (19.25 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft hat in seinen Sitzungen am 21. September und am 5. Oktober 1993 die Beratungen über die obgenannten Anträge durchgeführt und hiebei Änderungen beschlossen. Da diese Änderungen von wesentlicher Bedeutung sind, war die Drucklegung des neuen Gesetzes in der Fassung dieser Gesetzesentwürfe erforderlich. Der Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft stellt daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle den nachstehenden Entwurf des Gesetzes über die Förderung der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark (Steiermärkisches Landwirtschaftsförderungsgesetz) zum Beschluß erheben. (19.26 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Kinsky (19.26 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Wenn wir heute hier in diesem Landtag ein neues Agrarförderungsgesetz zum Beschluß vorliegen haben, so glaube ich, ist es wichtig, sich auch zunächst die Situation unserer Land- und Forstwirtschaft vor Augen zu führen. Und ich meine, bis zum heutigen Tag kann die Agrarförderung im Rahmen ihrer budgetären Möglichkeiten in Österreich sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene im Prinzip nicht die schlechteste gewesen sein, denn sonst müßten wir nicht feststellen, daß in den uns umgebenden europäischen Staaten die Agrarpreise für die Bauernschaft noch wesentlich schlechter und die Einkommen wesentlich geringer sind als in Österreich. Und es ist bedauerlich für jeden Bauern in der Vergangenheit, der aufgehört hat oder aufhören mußte. Nur ist das leider Gottes eine nicht österreichisch spezifische Entwicklung, sondern eine Entwicklung in der gesamten westlichen Welt, die wir als Bauernschaft hinnehmen müssen. Ich glaube aber, daß die Bauernschaft auf der anderen Seite heute mit großen Sorgen und gewissen Ängsten in die Zukunft blickt, mit Sorgen, was die EG und den Beitritt in eine europäische Gemeinschaft betrifft, wenn Aussagen im Raum stehen, daß ein solcher EG-Beitritt einen Einkommenschwund für die österreichische Land- und Forstwirtschaft von 8,5 Milliarden Schilling bedeuten würde, und gleichzeitig glaube ich, daß speziell Regionen, wie die Ost- und Weststeiermark, ängstlich in die osteuropäischen Staaten blicken, Ungarn und Tschechoslowakei stehen vor der Privatisierung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion, die uns sehr rasch auf dem Weltmarkt und auch in Österreich zu enormen Absatzproblemen bringen könnten. Und in dieser Situation ist es, glaube ich, zunächst einmal ein positives Zeichen, daß es in den sehr langen Verhandlungen zu einem neuen Agrarförderungsgesetz Steiermark gelungen ist, weitgehend Einigkeit in fast allen Punkten zu erreichen. Ich glaube, alle drei im Landtag vertretenen Fraktionen haben konstruktiv hier mitgearbeitet, Kompromißbereitschaft gezeigt, und es liegt uns heute ein Gesetzesentwurf vor, der in seinen großen Zügen für die Bauernschaft positiv bewertet werden kann. Was ich persönlich in dem verhältnismäßig langen Zeitpunkt der Beratung nicht ganz verstehen konnte und was ich auch glaube, was der größeren Sicherheit für die Bauernschaft nicht dienlich war, sind immer wieder Aussagen in der Öffentlichkeit gewesen. Ich bin nämlich der festen Überzeugung, wenn es uns nicht gelingt, die Förderung der Bauernschaft und der Land- und Forstwirtschaft aus dem parteipolitischen Umfeld herauszunehmen und gemeinsam vorzugehen, dann kann das für die Bauern nicht gut sein. Ich glaube nicht, daß es die Bauern mehr Sicherheit verspüren ließ, daß man darüber sehr lange debattiert hat, wer nun die Förderungen auszahlen soll. Letztlich glaube ich zu dieser Thematik, ist es dem Bauern am wichtigsten, daß er eine Förderung erhält, und zweit-rangig, wer sie zur Auszahlung bringt. Ich glaube nur, daß im Verlangen, die Förderungsabwicklung dem

zunächst im Raum stehenden Verlangen, die Förderungsabwicklung der Kammer für Land- und Forstwirtschaft gänzlich zu entziehen und dem Land zu übertragen, ein parteipolitischer Gedanke dahintergestanden ist. Denn in dem Wissensstand, daß die Förderung der Landeskammer und der Kammer für Land- und Forstwirtschaft gesetzlich darauf basiert, daß sie eben diese Abwicklung durchführt, wollte man zuerst der Kammer die Förderungen entziehen, um ihr anschließend auch die Förderungsmittel zu kürzen oder ganz zu entziehen. Und eines ist uns ja klar, daß mit den Kammerumlagen allein eine Kammer niemals finanzierbar ist. Darum glaube ich, daß diese Debatte nur schädlich war. Und es sind hier immer wieder verschiedene Vorschläge in den Raum gestellt worden. Herr Kollege Peinhaupt, du hast einmal gesagt, ich habe das der Presse entnommen, es würden hier eh nur 200 bis 220 Beamte benötigt werden, um das abzuwickeln. Ich frage, ob das soviel günstiger gewesen wäre, 220 Beamte anzustellen, anstatt die Abwicklung so durchzuführen, wie sie in der Vergangenheit durchgeführt wurde. Und es geht nicht darum, wie du das heute schon bei einer Wortmeldung gesagt hast, daß wir vom Bauernbund glauben, daß die Bauern so blöd sind, daß sie keinen Antrag ausfüllen können, sondern es geht auch darum, daß es verschiedene Förderungen gibt, wo so mancher Bauer auch eine Beratung braucht, was für ihn in dem Folgejahr oder in dem heurigen Jahr günstiger ist. Das liegt darin begründet, ich weiß das aus eigener Erfahrung, von meinem eigenen Betrieb, daß ja die Förderungsmittel für gewisse Produkte variieren, nicht jährlich gleich sind. (Abg. Minder: „Aber schon für alle gleich!“) Infolgedessen ist es hier sicherlich richtig und gut, wenn man die Förderung durchführt im Zusammenhang mit Beratungen, und draußen vor Ort gibt es keinen Kammerangestellten, zumindest in meiner Bezirkskammer nicht, der ausschließlich Förderungen betreibt, sondern vornehmlich Hofberatungen. (Abg. Minder: „Aber für alle gleich und gerecht!“) Ich glaube auch, daß die Debatte um die Auflösung der Bezirkskammern hier nicht förderlich war. Ich glaube, daß die Bezirkskammern draußen vor Ort die Basis für die Bauernschaft darstellen. (Präsident Dr. Klausner: „Am Wort ist der Herr Ing. Kinsky. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ich bis jetzt neun Wortmeldungen habe und sicher noch weitere kommen. Es wäre sinnvoll, wenn wir die Redner ihre Ausführungen in Ruhe halten ließen!“)

Die Basis für die Bauernschaft für ihre Interessenvertretung ist die Bezirkskammer, und diese Kammer wurde von der Bauernschaft Steiermark als einziges Bundesland in freien Wahlen gewählt und mit großer Mehrheit über 80 Prozent bestätigt. Und hier kann es die Mehrheit der Bauern sicherlich nicht verstehen, daß man an dieser Institution versucht herumzugraben, und es wird auch sicherlich nicht der Sicherheit für die Zukunft dienlich sein. Ich kann auch nicht verstehen, wenn ich hier zitieren darf eine Aussendung der „Presse“ vom 20. Mai, wo drinnen steht: „Herrn Klubobmann Franz Trampusch geht es darum, daß nicht mehr das Wohlwollen des Herrn Landesrates Pörtl in Förderungen entscheidet.“ Und es heißt im gleichen Satz: „... und Frau Abgeordnete Monika Kaufmann will mehr Wahrheit in der Agrarpolitik.“ (Abg. Gennaro: „Jawohl!“) Da frage ich mich, be-

deutet diese Behauptung, daß der Herr Landesrat nur seinen persönlichen Freunden bis jetzt Förderungen erteilt hat, und bedeutet das weiter, daß er stetig die Unwahrheit gesagt hat, wenn man sich mehr Wahrheit wünscht? (Abg. Minder: „Transparenz!“) Ich verstehe solche Aussagen nicht, und ich kann auch nicht glauben, daß, seit solche Aussagen hier gepflogen werden, die Bauern für ihre Zukunft mehr Sicherheit verspüren.

Ich glaube, die Förderungshöhe wird jeweils im Rahmen des Budgets sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene beschlossen und die Förderungsrichtlinien ebenso. Meine Damen und Herren, und dann komme ich noch zu dem einen Punkt, wo es keine Einigung gegeben hat in den Beratungen. Hier geht es um den zu installierenden Beirat. Wir von seiten der ÖVP haben den Vorschlag eingebracht, den Beirat mit 16 Personen zu besetzen, einer davon ist der zuständige Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, derzeit Herr Landesrat Pörtl, aber selbstverständlich muß der Vorsitzende dieses Ausschusses auch ein Stimmrecht haben, genauso wie es beim Wirtschaftsförderungsrat ist. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Im Raumordnungsbeirat habe ich es auch nicht!“)

Aber das bedeutet, und das wird niemand ableugnen, daß letztlich der Landesrat für die Bauern draußen der ist, der die Agrarpolitik zu machen hat. (Abg. Vollmann: „Nicht der Landesrat, sondern der Landtag!“) Und letztlich bedeutet es, daß der zu installierende Beirat ihn überstimmen kann. Noch etwas, Frau Abgeordnete Kaufmann, ich verstehe nicht ganz, wie Sie in Ihrer letzten Aussendung Ihrer Agrarzeitung erklären, Sie und die Freiheitliche Partei hätten den Rechtsanspruch für Förderung erfunden und durchgesetzt. Ich sage hier, der Herr Kollege Peinhaupt hat das beantragt. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber ich war bei den Parteienverhandlungen dabei, auch bei der letzten Verhandlung, und hier waren Sie immer noch dagegen in Ihrer Fraktion und haben ersucht um einen Aufschub, um sich noch zu beraten. Und plötzlich lese ich in der Zeitung, daß Sie das erfunden haben. (Abg. Kaufmann: „Du mußt zweimal lesen, dann wirst du es verstehen!“) Ich verstehe es nicht. Frau Abgeordnete Kaufmann, ich hätte auch ein paar Wünsche an Sie, wo Sie vielleicht tätig werden könnten in einigen Bereichen, die den Bauern sicherlich helfen könnten. Sie haben auch in Ihrer Agrarzeitung geschrieben, daß wir keinen Landwirtschaftsminister brauchen. Es genüge der Finanzminister. Bitte, gehen Sie doch einmal zu Ihrem Finanzminister und erklären Sie ihm, er möchte doch endlich davon Abstand nehmen, und ich sage das jetzt ganz im Ernst, denn ich habe in der vergangenen Woche das hier erfahren, obwohl diese Passage aus der Steuerreform herausgenommen worden ist, aber der Herr Finanzminister einen Auftrag an die Beamten des Finanzministeriums erteilt hat, einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten, der dahin gehend lautet, daß in Zukunft auf land- und forstwirtschaftliches Vermögen im Erbschaftsfall der Verkehrswert heranzuziehen ist. Ich sage Ihnen eines: Wenn das kommen sollte, dann brauchen wir nicht mehr zu diskutieren, ob wir einen Beirat brauchen oder nicht, und brauchen nicht mehr zu diskutieren, wie dieser Beirat zusammengesetzt ist, weil dann brauchen wir das alles nicht mehr, weil

dann ist die Bauernschaft, ob klein, mittelgroß oder groß, erledigt. (Beifall bei der ÖVP.)

Eine zweite Sache: Ich war am vergangenen Dienstag beim Herrn Bundeskanzler bei einer Vorsprache zusammen mit fünf Vertretern anderer Bundesländer, wo wir ihm unsere Sorgen und Probleme der Forstwirtschaft dargelegt haben. Wir haben ihm auch gesagt, daß wir enttäuscht sind, und, Herr Kollege Getzinger, jetzt komme ich auf ein Thema, das Sie gerne ansprechen, daß es innerhalb dieser Steuerreform nicht gelungen ist, eine Ökosteuer auf fossile Brennstoffe festzulegen. Der Herr Bundeskanzler hat mir geantwortet, die Antwort hatte ich schon aus der Presse gekannt, dies sei deswegen nicht möglich gewesen, weil durch eine solche Ökosteuer hätte sich der Lebenshaltungsindex um etwas mehr als ein Prozent erhöht. (Abg. Trampusch: „Etwas ganz anderes war das Hauptthema!“) Nein, das Hauptthema beim Herrn Bundeskanzler bei unserer Vorsprache? Als erstes Thema unserer Sorge betreffs der Erbschaftssteuergeschichte, weil das unser Tod ist, egal wie groß wir sind, und das zweite Thema war die Ökosteuer. (Abg. Trampusch: „Sie waren wegen etwas ganz anderem beim Bundeskanzler, nämlich Stundung der ERP-Kredite für die Waldbesitzer!“) Das kann ich Ihnen schon erklären, weil wir im Rahmen der großen Krise, die wir in der Forstwirtschaft derzeit zu bewältigen haben und die wir noch kommen sehen, indem uns nämlich die Papierindustrie über kurz oder lang kein Durchforstungsholz mehr abkaufen wird, weil sie am Weltmarkt den Zellstoff billiger einkaufen wird, eine große Menge von Rohstoff im Land, der nachwächst, zur Verfügung haben. Und wir wissen auch, daß wir auf der anderen Seite heute nicht konkurrenzfähig sind mit der Investition solcher Anlagen. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler folgendes gesagt: Man sollte sich überlegen, was wichtiger ist – ein momentaner Effekt im Lebenshaltungsindex oder wir fahren weiter mit Brennstoffen billigster Natur. Wenn Sie heute die Inflationsrate der letzten 10 oder 15 Jahre berechnen, dann war diese Energie noch nie so billig wie heute – wissend, daß diese Verbrennung äußerst schädlich für uns Menschen ist. Was ist längerfristig und konstruktiver? Also auch hier hätte ich gerne eine Unterstützung, nachdem das auch im Bereich Ihrer Fraktion auf Bundesebene liegt. Ich glaube, die Situation für die Bauernschaft ist ernst genug. Bedenken Sie doch einmal, daß sich das Produkt der Forstwirtschaft, nämlich das Holz, in den letzten zwei Jahren halbiert hat. Und ich möchte wissen, welcher Arbeitnehmer oder welches Wirtschaftsunternehmen würde es verkraften, wenn sein Einkommen halbiert wird? Und auch das habe ich dem Herrn Bundeskanzler gesagt. Es hat ihn äußerst verwundert, daß die österreichische Forst- und Holzwirtschaft hinter dem Fremdenverkehr der größte Devisenbringer Österreichs ist. Wir stehen an zweiter Stelle mit einem Überschuß an Devisen von 16,4 Milliarden Schilling, das hat ihn sehr verwundert, hat es aber zur Kenntnis genommen – trotz der schlechten Preise, die wir haben. Hier frage ich, was ist noch möglich, wenn ich weiß, wir haben 80 Milliarden – und das hören wir jetzt aus den Zeitungen – Defizit im Bundesbudget, und wir hören, auch unser Landesbudget explodiert im Defizit. Wo nehmen wir die Gelder her, die die Bauernschaft in Zukunft brauchen wird? Denn

die 8 oder 8,5 Milliarden, die da herauschauen werden, Einkommensdefizit sind nicht verkraftbar. (Abg. Gennaro: „Helft ein bißchen mit, dann wird es gehen!“) Wir brauchen auch hier eine Einnahmensquelle, um das abdecken zu können, weil budgetär ist es nicht abzudecken. (Abg. Dörflinger: „Wo?“) Und auch aus diesem Grund, sage ich, muß eine Ökosteuer kommen. Mit der könnten wir dann die Einkommensdefizite der Bauernschaft abdecken. Ich gebe dem Kollegen Peinhaupt durchaus recht, wenn er in seinen letzten Sätzen seiner Wortmeldung heute ausführte und wo er einen flammenden Appell für den Weiterbestand der Bauernschaft hier abgegeben hat. Wir sollten uns alle im klaren sein, und ich habe das hier von diesem Rednerpult aus schon einmal gesagt, ausradierte Bauern sind nicht mehr in die Welt zu setzen. Schauen Sie sich das im Ostblock an. Fahren Sie in die Tschechei, wo man privatisieren will. Es gibt keinen Bauern mehr, der bereit ist, wieder anzufangen. Wenn wir keine Bauernschaft mehr haben und unser Land beginnt, so auszuschaun, wie das in weiten Bereichen des Ostblocks heute der Fall ist, dann garantiere ich Ihnen, haben wir einen gewaltigen Einbruch im Fremdenverkehr. Dann erst wird die Gesellschaft auch hier in Österreich merken, was Bauern wert sind und was Bauern, neben der Produktion von Lebensmitteln, alles leisten. Ich glaube, die Bauernschaft braucht für diese Leistungen der Umwelt- und Kulturlandschaftserhaltung endlich eine klare Aussage, was das dem Land wert ist.

Meine Damen und Herren, ich komme wieder zum Beginn und zum Abschluß: Ich glaube, parteipolitisches Geplänkel hilft den Bauern nichts. Wir sollten gemeinsam uns im klaren sein, daß der immer kleiner werdende Prozentsatz unserer Bevölkerung für unser Land lebenswichtig ist. Und auch diesem Grund ersuche ich Sie alle, gehen wir gemeinsam für das Fortleben der Land- und Forstwirtschaft auch in unserem Land vor. Es wird zum Vorteil aller Menschen in unserem Land sein. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 19.49 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Kaufmann (19.49 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe den Herrn Kollegen Kinsky bei den Verhandlungen als wirklich sachlichen Verhandler kennengelernt. Ich darf nur einen Satz an den Anfang stellen. Wir sprechen heute über ein Landwirtschaftsförderungsgesetz, und nicht über ein Kammerförderungsgesetz. Vor zirka eineinhalb Jahren hat meine Fraktion den Antrag auf die Änderung des Landwirtschaftsförderungsgesetzes gestellt. Mir erschien es dringend notwendig – denn ein Gesetz, das fast 20 Jahre alt ist, kann die Anforderungen, die heute an unsere Bauern gestellt werden, natürlich nicht mehr berücksichtigen. Ich denke hier an Ökologisierung, an Überproduktionsprobleme, die damals noch Fremdwörter waren, an Nebenerwerbsbauern und an die EG, die damals noch kein Thema war. Wir wollten all diese aktuellen Punkte, die auch zukunftsweisend sein sollten, in einem modernen Landwirtschaftsförderungsgesetz verankert wissen. Der ÖVP-

Bauernbund mit Landesrat Pörtl hat ein ganzes Jahr lang weder auf unsere Initiative noch auf unser Drängen, doch endlich über dieses Agrargesetz zu verhandeln, reagiert. Und das, obwohl – (Landesrat Pörtl: „Es gibt zwei Wahrheiten!“) Ein ganzes Jahr lang haben wir versucht, Sie zu Verhandlungen zu bringen, und Sie haben nicht darauf reagiert. Und das, obwohl die Landwirtschaft dringend Änderungen braucht. (Abg. Gennaro: „Weil's wahr ist!“ – Landesrat Pörtl: „Zwei Wahrheiten!“) Also, auf das bin ich schon gespannt, wo Sie mich da der Lüge bezichtigen wollen. Obwohl für den einzelnen Bauern immer mehr spürbar wird – (Abg. Gennaro: „Nicht nervös werden, wenn die Monika die Fakten auf den Tisch legt!“) Der Kollege stört mich nicht, da brauchen Sie sich keine Sorgen machen. Obwohl für den einzelnen Bauern immer mehr spürbar wird, daß die derzeitige – (Abg. Trampusch: „Wie ernst die ÖVP die Bauern nimmt, sieht man daran, daß nur die halben Abgeordneten da sind!“) Sitzen eigentlich nur die Bauernvertreter hier? (Präsident Dr. Klausner: „Meine Damen und Herren, am Wort ist die Frau Monika Kaufmann. Ich bitte Sie, fortzufahren!“) Frau Karisch, eins, zwei, drei, drei Stück. (Abg. Dr. Maitz: „Zuerst zählen und dann reden!“) Drei! (Abg. Dr. Maitz: „Das ist ein purer Zufall. Ich habe heute bei den wichtigsten Sachen leere Reihen gesehen!“ – Präsident Dr. Klausner: „Meine Damen und Herren, wir haben hier nicht Querunterhaltungen, sondern eine Wortmeldung der Frau Abgeordneten Kaufmann. Ich bitte, sie reden zu lassen!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird für den einzelnen Bauern immer mehr spürbar, daß die Agrarpolitik eigentlich keine Bauernpolitik mehr ist. Ja, ganz im Gegenteil. (Beifall bei der SPÖ.)

Ganz im Gegenteil, Herr Kollege Tasch. Die Agrarpolitik entfernt sich immer mehr – (Abg. Tasch: „83 Prozent haben den Bauernbund gewählt. Es ist ein Witz, Gennaro, daß du mitreddest. Du verstehst nichts von Ackerbau und Viehzucht!“) Herr Kollege Tasch, darf ich dir vorschlagen, daß du dich nachher einfach selber zu Wort meldest und uns das alles erzählst. (Abg. Tasch: „Ich bin bis 1989 Vollerwerbsbauer gewesen!“)

Die Agrarpolitik entfernt sich immer mehr von den Bedürfnissen der Bäuerinnen und Bauern. Sie dient nur mehr dazu, sich selbst und den ganzen bürokratischen Verwaltungsapparat zu erhalten. Und wenn es nicht bald zu jenen Änderungen kommt, wie wir sie anstreben, werden wir in absehbarer Zeit dänische Verhältnisse haben. Und was bedeuten dänische Verhältnisse, meine sehr geehrten Damen und Herren? Das bedeutet, daß es in Dänemark bereits mehr Beamte, die sich mit der Agrarverwaltung beschäftigen, gibt als praktizierende Bauern, also mehr Agrarbeamte als Bauern. Ein Grund dafür, um diese Verhältnisse zu vermeiden, ein Grund dafür zum Antrag zum Landwirtschaftsförderungsgesetz ist der Versuch, jene, die in der Agrarpolitik das Sagen haben und somit die Entscheidungen treffen, wachzurütteln. Und in diesem Fall ist es eben Landwirtschaftsminister Fischler und für die Steiermark Herr Agrarlandesrat Pörtl. Dazu ist es allerdings auch notwendig aufzuzeigen, daß sich die Agrarpolitik in vielen Bereichen an der Grenze befindet. Das beste Beispiel dafür ist das Agrarbudget des Bundes. Es beträgt insgesamt

20 Milliarden Schilling, davon werden 13 Milliarden nur für Förderungen aufgewendet. Dazu kommen vier Milliarden von den Ländern. Trotzdem: Trotz des Geldes, trotz der jährlichen Aufstockung von 400, 500 Millionen Schilling ist es heuer in den ersten drei Monaten dieses Jahres so gekommen, daß bereits 4500 Bauern sowie 2600 Hofübernehmerinnen aufgehört haben, als Landwirte tätig zu sein. Die Schlußfolgerung daraus ist, es wird zwar immer mehr Geld aufgewendet, trotzdem hören die Bauern auf. Denn dieses Geld kommt leider in erster Linie der Aufrechterhaltung dieses Systems zugute. Den großen Brocken dieser Förderung schlucken die Bauernverwaltung, die Lagererhaltung und die Exporteure. Ich sehe dort hinten eine Reihe von Bauern sitzen, ich kann sie leider nicht persönlich fragen, ob sie persönlich etwas gemerkt haben, daß das Budget jährlich aufgestockt wird. Ob sie es auf ihren Höfen spüren, daß mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Sie können es kaum spüren, denn nur ein geringer Teil dieser Mittel kommt wirklich zu den Bauern hin. Hinzu kommt auch, daß auch die Nahrungsmittelproduktion an einem Grenzbereich angelangt ist. Immer weniger Bauern produzieren immer mehr. Hinzu kommt, daß die Agrarindustrie überhaupt keine Bauern mehr zur Nahrungsmittelproduktion benötigt. Denn Wissenschaft und Forschung machen es möglich, einen Bauernersatz zu schaffen. Am Weltmarkt bei der Ernährungsmesse in Köln haben Food-Designer – und das, meine Damen und Herren, sind jene, welche anstelle der Bauern zukünftig für Ihr Essen zuständig sind – neue Arten von Nahrungsmitteln vorgestellt. Käse aus Protein und Aromastoffen oder Branntwein ohne Obst oder Getreide sollen die Perspektiven für die Nahrungsmittel der Zukunft sein. Nahrungsmittel aus dem Labor ohne Erde, ohne Sonne, ohne Natur und vor allem ohne Bauern. Und es ist für mich auch kein Zufall, daß den Nobelpreis in diesem Jahr Gentechnologen erhalten haben. Dies alles sollte uns sehr hellhörig werden lassen.

Die nächste spürbare Grenze – und hier decke ich mich nicht mit dem Kollegen Kinsky – ist die gesellschaftliche Akzeptanz. Der Kuchen, der zum Verteilen ist, wird immer kleiner, und gleichzeitig wächst die Sensibilität der Öffentlichkeit. Fragen, wie „Wer bekommt wieviel für was?“ werden in Zukunft sicher lauter und sehr laut gestellt werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landwirtschaft war bis jetzt ziemlich abgekoppelt von der Wirtschaft und vor allem vom Markt. Der Bauer produziert unter einer Käseglocke abgeschottet von Konkurrenz und Wettbewerb. Eine solche Politik ist ein Einbetonieren, und es bleibt kaum ein Spielraum für Innovationen, für Änderungen, denn in diesem System ist alles vorgegeben. Es ist sicherlich auch mit ein Grund, warum die Jugend in Scharen davonläuft, warum die Jugend nicht mehr Bauer werden will. Wir alle wissen, ein junger Mensch will verändern, will verbessern, will vergrößern, will Aufstiegsmöglichkeiten. All dies ist in diesem System nicht möglich. Es gibt keinen anderen Beruf, außer vielleicht den des Pfarrers, in dem es so viele Verbote, Gebote, Kontrollen, Reglementierungen und Emotionen gibt wie beim Beruf des Bauern.

Die letzte und die schwierigste Grenze, die ich aufzeigen möchte, ist die Grenze zur EG. Es ist heute schon viel darüber gesprochen worden, aber dennoch

möchte ich auch ein paar Worte dazu sagen. Die derzeitige Diskussion läuft so: Chancen und Risiken in der EG. Realistisch müßte man aber auch diskutieren, Chancen und Risiken ohne EG. Es wird nichts nützen zu lamentieren und zu jammern, bis die EG kommt oder bis vielleicht die Bevölkerung nein sagt, denn auch mit dieser Möglichkeit sollte man als Politiker rechnen. Gerade im Agrarbereich ist es für mich erschreckend, wie dilettantisch die Verhandlungen in Brüssel ablaufen. Uns Bauern will man weismachen, und man verhandelt auch so, als könnten wir uns die Rosinen aus dem EG-Gugelhupf herausklauben, und alles Negative nehmen wir nicht oder verhandeln wir einfach weg. Ich möchte es fast als bewußtes Anlügen betrachten. Es werden hier falsche Hoffnungen erweckt, die kaum erfüllt werden können. Dabei ist der Herr Landwirtschaftsminister Fischler schon längst in der EG - gedanklich -, und er freut sich darauf, endlich die Verantwortung loszuwerden beziehungsweise diese auf Brüssel schieben zu können. Die Verarbeitung ist zum Großteil als EG-reif zu bezeichnen - aber sie wurde es auf dem Rücken der Bauern. Denken wir hier nur an die Schließung der Molkereien. Ich denke hier an Kühlanlagen gerade im Grenzland, wo die Milchabholung jetzt nur mehr alle zwei Tage erfolgt. Hier werden die Bauern zu Investitionen gezwungen, wobei ein Weiterproduzieren nicht mehr möglich ist. Für die Bauern gibt es kaum eine wirkliche Vorbereitung. Dies mußte sogar der Minister zugeben bei einer Anfrage im Parlament. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe hier das Protokoll von der Sitzung, wo Herr Landwirtschaftsminister konkret gefragt wurde: „Welche konkreten Maßnahmen haben Sie seit der Abgabe des Beitrittsansuchens in Brüssel gesetzt, damit unsere landwirtschaftlichen Betriebe nach einem Beitritt konkurrenzfähig bleiben können?“ Die Antwort des Ministers: Er hat eine umfangreiche Studie beim Wirtschaftsforschungsinstitut in Auftrag gegeben.

Es wurden zehn Expertenteams gebildet, und es gibt eine Arbeitsgruppe für Strukturpolitik. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die konkrete Antwort auf diese Anfrage. Das sind die konkreten Vorbereitungen für die Bauern auf die EG. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit unserem neuen Landwirtschaftsförderungsgesetz, das nach einem gemeinsamen Initiativantrag mit der FPÖ letztendlich doch verhandelt werden mußte, ist uns ein großer Schritt in die richtige Richtung gelungen. Wir haben die Verantwortlichen nicht nur wachgerüttelt, sondern wir konnten sie auch davon überzeugen, daß die Agrarpolitik nicht nur reagieren, sondern auch bewußt und gezielt agieren muß: (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Gennaro: „Das hat den Nagel auf den Kopf getroffen!“) Daß es notwendig ist, neue Schwerpunkte zu setzen und damit auch die Rahmenbedingungen für unsere steirischen Bauern zu verbessern. Ein wesentlicher Schwerpunkt dieses Gesetzes ist sicher der ökologische Grundgedanke, der sich wie ein roter Faden durch das gesamte Gesetz zieht. Durch die verstärkte Direktförderung dieser Produktionssparten, die sich mit biologischer Produktion beschäftigen, können viele Nischen wahrgenommen werden, und es werden zusätzliche Einkommenschancen geboten. Gerade in der Zukunft, und ich habe es vorher schon erwähnt, wird es sehr wichtig sein, den Unterschied zwischen

Lebensmitteln - wie sie der biologische bäuerliche Betrieb produziert - und Nahrungsmitteln - wie sie die Industrie erzeugt - hervorzustreichen und aufzuzeigen. Direktzahlungen sind ein weiterer Schwerpunkt: Nicht das System und nicht das Produkt, sondern die Menschen auf ihren Betrieben fördern, ist ein klarer Grundsatz. Nur so sind Innovationen und wirkliche strukturelle Veränderungen möglich. (Abg. Kowald: „Seit wann?“) Bist du noch Bauer? Ja oder nicht mehr? (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Gennaro: „Er schwebt in höheren Sphären!“) Aber auch die Förderung von Direktverarbeitung und Direktvermarktung für den einzelnen Bauern und für Zusammenschlüsse mehrerer Bauern eröffnet neue Möglichkeiten und Chancen.

Und nun noch einige Worte zum Rechtsanspruch auf Direktzahlungen: Mir fällt sicherlich keine Perle aus der Krone, wenn ich sage, daß es der Vorschlag des Kollegen Peinhaupt war, diesen Rechtsanspruch auf Förderungen einzuführen. Nur, wie die Forderung grundsätzlich ausgeschaut hat, wäre es in der gesamtpolitischen Verantwortung nicht möglich gewesen, denn die Folgewirkungen wären nicht absehbar gewesen. Die zweite Fassung des Kollegen Peinhaupt war auf Bergbauern und Bauern in Ungunslagen, daß die Förderung den Rechtsanspruch der Förderungen bezogen hat, und war für uns auch akzeptabel. Und hier möchte ich mich bei meinem Kollen aus dem Klub, beim Finanzlandesrat Ressel und vor allem beim Landeshauptmannstellvertreter Schachner bedanken. Denn es ist nicht selbstverständlich, trotz der angespannten Budgetlage, trotz der schwierigen Lage und trotz der gesamtpolitischen Verantwortung, die jeder einzelne meiner Kollegen trägt, hier die Solidarität für die Bauern zu beweisen. Und ich möchte mich dafür wirklich bedanken. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Tasch: „Ist das Solidarität, wenn man den Bauern die Vertretung nimmt?“) Wer will etwas? Das mußt du mir genau erklären. Das verstehe ich jetzt nicht. Da hast du jetzt nicht ganz mitgedacht, Herr Kollege Tasch. (Abg. Tasch: „Wenn man der Bauernschaft die Vertretung nimmt, ist das so, als wenn man der Kirche die Priester entzieht. Das ist ein verbaler Anschlag auf die Kammer!“) Das war vor einer Viertelstunde, Herr Kollege Tasch.

Ob der Rechtsanspruch auf Direktzahlungen für Bergbauern und Bauern in Ungunslagen auch eine spürbare Verbesserung bringen wird, bleibt noch abzuwarten: Denn nur vom Anspruch allein hat kein Bauer irgendetwas. Es wird von der Höhe der Förderungen abhängen. Und hier, Herr Landesrat Pörtl, hier bist du aufgefordert zu handeln. (Landesrat Pörtl: „Das gibt es nicht!“) Entschuldigung, ist für die Agrarsachen nicht mehr der Landesrat Pörtl zuständig? An wen muß ich mich wenden?

Wir werden beim diesjährigen Budget sehen, ob es wieder nur Lippenbekenntnisse waren oder ob es wirklich zu einer Erhöhung dieser Förderungen, die seit fast fünf Jahren gleichgeblieben sind, kommen wird. (Abg. Kowald: „Zu wem sagst du das?“) Wenn du mich ausreden läßt, erfährst du es, zu wem ich es sage. (Beifall bei der SPÖ.)

Es bleibt leider zu befürchten, daß es wieder zu einer Erhöhung der Personalkosten und der Verwaltungsaufwendungen für die Landwirtschafts-

kammer kommen wird. In den letzten Jahren waren es jährlich rund 10 Millionen Schilling mehr für Personalkosten. Für 1993 waren es 160 Millionen Schilling für rund 550 Kammerbedienstete. Demgegenüber stehen zirka 40.000 Bauern und Bäuerinnen im Berggebiet und im Grenzland, die sich mit rund 78 Millionen Schilling begnügen müssen. (Abg. Gennaro: „Ein Wahnsinn!“) Wir werden von unserer Forderung, daß es zu Einsparungen und zu Umschichtungen zugunsten der Bauern und zu Lasten der Verwaltung kommen muß, nicht abrücken. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Gennaro: „Das ist mehr als notwendig!“) Das war auch mit ein Grund, warum wir auf die Installierung eines Landwirtschaftsbeirates bestanden haben. (Landesrat Pörtl: „Ich freue mich darauf!“) Herr Landesrat, ich freue mich auch darauf – ganz ehrlich. Es wurde darüber ja schon sehr viel gesprochen und geschrieben. Die Aufgaben dieses Beirates sind im Gesetz klar beschrieben. Ihm obliegt es, die Landesregierung und den zuständigen Landesrat in allen Angelegenheiten, die die Förderungen der Land- und Forstwirtschaft betreffen, zu beraten. Des weiteren hat er eine Funktion bei der Erstellung von Richtlinien und Verordnungen. Hier soll er mithelfen und auch beratend tätig sein und dem zuständigen Landesrat hilfreich zur Seite stehen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Gennaro: „Jetzt brauchst, Herr Landesrat, die Verantwortung nicht mehr allein tragen!“ – Präsident Mag. Rader: „Ich habe manchenmal den Eindruck, daß sich die Stimmung der nähert, die auf einem Jahrmarkt herrscht. Das ist bei diesem Thema nicht angebracht. Ich bitte die Frau Kollegin, weiterzureden!“)

Ich danke, Herr Präsident. In diesem Beirat wird auch darüber verhandelt werden, in welchen Fällen Beratung und Förderung sinnvollerweise zu trennen sind. Die Vorschläge des Beirates können – müssen aber nicht – vom zuständigen Landesrat in der Landesregierung eingebracht werden und werden dort beschlossen. Daher finde ich die Aufregung, daß der Landesrat als Vorsitzender des Beirates kein Stimmrecht in diesem Gremium hat, völlig unnötig und überflüssig. Beschlossen werden diese Sachen in der Landesregierung. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Es wird ihn schon jemand nominieren!“) Ich bin wirklich davon überzeugt, daß jede Fraktion den Beirat mit solchen Mitgliedern besetzen wird, die das nötige Fachwissen, die nötige Verantwortung und die für diesen Bereich unverzichtbare Sensibilität mitbringen werden. (Abg. Weilharter: „Sonst werden wir ihn nominieren!“ – Abg. Tasch: „Woher wollt ihr die Leute für den Beirat nehmen? Die einzige Bäuerin bist du!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich vielleicht erklärend wirken. Herr Kollege Tasch hat das noch nicht ganz verstanden. Es ist noch nicht ganz durch. Herr Kollege Tasch, es ist nämlich nicht so, daß der Beirat nur mit Landtagsabgeordneten besetzt werden muß. Wenn du das Gesetz gelesen hättest, würdest du das wissen. Wir sind auf jeden Fall davon überzeugt, daß die Fraktionen dieses Verantwortungsgefühl aufbringen und die richtigen Leute dafür einsetzen, um das Landwirtschaftsförderungsgesetz zu einer echten Hilfe für die Bauern auszubauen.

Damit dieser Beirat möglichst rasch und effektiv seine Arbeit aufnehmen kann, erlaube ich mir, folgenden Beschlußantrag einzubringen:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Landwirtschaftsbeirat gemäß den Bestimmungen der Paragraphen 17 und 18 des neuen Landwirtschaftsförderungsgesetzes erstmalig innerhalb von 14 Tagen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes neu zu bestellen. Zweitens: Das ressortzuständige Mitglied der Landesregierung als Vorsitzender des Beirates (Paragraph 18 Absatz 1) wird aufgefordert, spätestens innerhalb von zwei Wochen nach der Bestellung des Beirates die konstituierende Sitzung einzuberufen. Drittens: Darüber hinaus wird der Beiratsvorsitzende aufgefordert, möglichst rasch nach der Konstituierung des Beirates eine Sitzung zwecks Beratung und Beschlußfassung der Geschäftsordnung gemäß Paragraph 18 Absatz 7 einzuberufen.

Ein paar Worte seien mir an dieser Stelle noch gestattet. Ich denke zurück an den Anfang der Diskussion, als unser Gesetzesentwurf geradezu verteuftelt wurde. Da war die Rede von Demolieren der Kammer und Kampf, von Demonstrationen und Aufstand, ja wir wurden sogar als Meuchelmörder beschimpft. Heute liegt unser Antrag als Dreiparteienantrag vor, in dem es bis auf einen einzigen Punkt nach langen, meist sachlichen Arbeitssitzungen doch zu einer Übereinstimmung gekommen ist. (Abg. Dr. Maitz: „Aber schon sehr verändert!“ – Abg. Trampusch: „Das ist Demokratie!“) Für die Zukunft und für die kommenden Verhandlungen zu Landwirtschaftsgesetzen kann ich nur vorschlagen, die Energie und das mißbrauchte Wort Kampf für das Überleben unserer steirischen Bauern und Bäuerinnen einzusetzen, und nicht für den Forstbestand veralteter Strukturen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 20.13. Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (20.13 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich sage nicht, daß nach 40 Jahren Ressortverantwortung für die Land- und Forstwirtschaft bei der ÖVP der Grund liegt, daß dieses Landwirtschaftsförderungsgesetz beschlossen wird, wenn auch in vielen Bereichen es vielleicht notwendig gewesen wäre, diesen Reformschritt schon früher zu tun. Unabhängig davon, meine Damen und Herren, bin ich persönlich zutiefst davon überzeugt, daß in dieser Frage höchster Handlungsbedarf gegeben ist. Meine Damen und Herren, das haben mir auch die Beratungen aller Vertreter im Ausschuß beim Zustandekommen dieses Gesetzes gezeigt. Und ich glaube, daß alle davon überzeugt waren und es als Ziel erkannt haben, daß es darum geht, eindeutige Zielbestimmungen festzuschreiben. Und vor allem, daß wir durch diese Zielbestimmungen von den Unsicherheiten, von dem Wenn und Aber im Förderungsdschungel, den es bisher gegeben hat, wegkommen. Vielleicht auch, meine Damen und Herren, daß eine klare Definition der Förderungen insgesamt erfolgt, so daß die Betroffenen, das sind unsere Bauern, mehr Transparenz und mehr Durchschaubarkeit in diesem Gesetz haben. Ein zweiter Grund dürfte wohl sein, meine Damen und Herren, weil sich alle zur uneingeschränkten Be-

deutung und Notwendigkeit unseres Bauernstandes bekennen. Ich nehme nur einen Bereich heraus, das ist die sehr wichtige und wesentliche Aufgabe im Bereich der umweltschützerischen Tätigkeit, im Bereich der Ökologie. Das, meine Damen und Herren, ist nicht nur eine Aufgabe der Bauern, sondern ist an uns alle ein gesamtgesellschaftspolitischer Auftrag. Und, meine Damen und Herren, daher finde ich es selbstverständlich, daß aus den Budgetmitteln eine Abgeltung oder Zuschüsse über dieses Förderungsgesetz an die Bauern bezahlt werden. Und der dritte Grund, meine Damen und Herren, ist sicherlich die Sicherung der bäuerlichen Existenzen.

Hier, meine Damen und Herren, ein paar Dinge, betreffend das Gesetz im Detail. Die Verankerung des Rechtsanspruches ist sicherlich eine Notwendigkeit, und wenn es auch nur für eine bestimmte, für eine kleinere Gruppe, aber vor allem für die am härtesten betroffene Gruppe der Bergbauern ist, so soll es der erste Schritt sein, daß unsere Bauern ein Recht auf ihr Einkommen haben. Meine Damen und Herren, betreffend den Paragraphen 18, der sogenannte Förderungsbeirat hat seine Begründung darin, daß es bei den Förderungen insgesamt zu einer Objektivierung kommt. Es wurde allzu oft hier im Haus erwähnt und auch mit Beispielen belegt, daß es immer Bauern gegeben hat, die näher der Kammer, die näher dem Bauernbund waren, und es wurde sehr oft in Besprechungen draußen von den Betroffenen uns geklagt, daß es dort und da zu Bevorteilungen oder zu Benachteiligungen kommt. (Abg. Riebenbauer: „Das stimmt nicht!“) Aus diesem Grund, Herr Kollege Riebenbauer, ist es sicherlich notwendig, die Transparenz herzustellen und vor allem die Objektivierung durch den Beirat. Und wenn der Kollege Kinsky angesprochen hat, daß diesem 15er oder 16er Beirat, den er urgiert hat, der Landesrat Pörtl nicht angehören sollte, so sage ich und darf ich ihn revidieren, es ist gedacht an einen 16er Beirat. Das heißt also, 15 Mitglieder und erweitert um den Vorsitzenden. (Abg. Dr. Maitz: „Ohne Stimmrecht!“) Ohne Stimmrecht. Wenn Sie, meine Damen und Herren, Herr Kollege Maitz, wenn Sie von der ÖVP Ihrem Landesrat nicht soviel Vertrauen zubilligen oder wenn Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, in die Agrarpolitik und in die Kompetenz des Landesrates Pörtl so wenig an Vertrauen setzen, daß Sie ihn vielleicht nicht in diesen Beirat nominieren, dann werden wir uns, die kleineren Fraktionen, überlegen, vielleicht sollten wir ihn dann von uns aus nominieren. Er hat, wenn Sie es ernst meinen, meine Damen und Herren von der ÖVP, durchaus ein Stimmrecht. (Abg. Dr. Maitz: „Polemisiere woanders!“) Herr Kollege Maitz, Sie brauchen ihn nur für diesen Beirat vorzuschlagen. Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt davon, daß dieses Gesetz ein Schritt in die richtige Richtung ist für unsere Landwirtschaft, und ich bin eigentlich betrübt darüber, daß es den so großen Bauernvertretern des Bauernbundes nicht gelingt, sich zu überwinden, dem Gesamtentwurf auch inklusive diesem Paragraph 18 zuzustimmen. Wenn Sie Vertrauen haben in die Landesregierung und vor allem in das ressortverantwortliche Regierungsmitglied, dann stimmen Sie auch unserem Vorschlag, dem Paragraph 18, diesem 15er Beirat, zu. Beweisen Sie es, daß Erich Pörtl durchaus Kompetenz hat, daß er durchaus Fachwissen hat

und daß er für die Agrarwirtschaft zuständig ist. Stimmen Sie dem Paragraph 18 zu, springen Sie über den eigenen parteipolitischen Schatten zum Wohle unserer steirischen Landwirtschaft. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 20.19. Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der Herr Kollege Kowald spricht als nächster.

Abg. Kowald (20.19 Uhr): Herr Präsident! Liebe Kollegen!

Heute in der Früh beim Füttern habe ich mir gedacht, mit Überraschungen wirst du heute wieder rechnen können, wenn der eine oder andere etwas behauptet, eine Meinung vertritt, die er vielleicht beherrscht oder auch nicht beherrscht. Im Laufe des Tages konnte man sich davon überzeugen, und auch jetzt in jüngster Zeit. Jeder hat seinen Ruf, was er daheim macht, wie er dasteht, was er arbeitet. Darüber kann jeder nachdenken und kann sich auch sein eigenes Bild machen und einen Beitrag leisten, und zwar deshalb, weil der eine oder andere gefragt hat, wer was arbeitet und was er macht – das nur zum Nachdenken.

Werte Anwesende! Diese Landwirtschaftsförderungsthematik war in den letzten Monaten Gesprächs- und Zündstoff Nummer eins. Viele haben sich damit befaßt. Leute, die wirklich etwas verstehen davon, haben Lehrunterricht gegeben, und andere waren Gott sei Dank auch gelehrige Zuhörer, Teilnehmer und Schüler. Ich sage das deshalb, weil im Rahmen dieser Verhandlungen auch ans Tageslicht gekommen ist, was Sachkompetenz betrifft, was Sachkenntnisse anbelangt und wer etwas versteht. Im Gesetz geht es vor allem darum, daß die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfrüchtige Landwirtschaft gestaltet werden. Die Ideenvielfalt und die Leistungsfähigkeit der Bauern ist ebenso notwendig wie die Rahmenbedingungen und die Förderungsrichtlinien. Das ist auch unsere Aufgabe, hier einen Beitrag zu leisten. Wenn ich so denke, von den ursprünglichen Aussagen, hüben wie drüben, wenn ich mich so zurückerinnere an eine Situation, als wir das erste Mal zusammengekommen sind, ist es darum gegangen, wo sind die Vorschläge zu diesem Landwirtschaftsförderungsgesetz. Jetzt warten wir einmal ab, was heute herauskommt, weil das sind dann unsere Vorschläge. Dann sind wir wieder auseinandergeschieden, und es hat dann wieder Papiere gegeben. Jedenfalls war es gleich durchschaubar. Man hatte ein Ziel – ein gemeinsames Ziel, nämlich daß man die bewährte Arbeit und Leistung, die die Kammer mit ihren Mitarbeitern auf diesem Gebiet geleistet hat, entzieht. (Abg. Weilharter: „Hast du kein Vertrauen?“) Der eine hat eben dieses, der andere hat das. Und dir habe ich besonders mit großer Freude zugehört, weil ich mir auch daraus ein Bild machen konnte, wie weit man diesbezüglich noch einen Bezug hat. Und genauso hat es auch in anderen Angelegenheiten genug Falschmeldungen gegeben über Rundfunk, Fernsehen und so weiter. Über die Förderungsvergaben hatte man sich auch hier ein Bild gemacht. Tatsache ist, daß hier verschiedene Verlautbarungen in den Raum gestellt worden sind, so zum Beispiel, daß 1,9 Milliarden Schilling Landesmittel 1,2 Milliarden Schilling an Auf-

wand verschlingen würden. Aber da seid ihr selber drübergestolpert, weil das hat keiner geglaubt. Machen wir eines, daß die Arbeit gut war und daß hier in dieser Richtung viel geleistet worden ist. Eines ist klar zum Ausdruck gekommen, daß die Allianz zwischen SPÖ und FPÖ in diese Richtung war, daß man die Landwirtschaftsförderung mit Mehrheit im Landtag ändert. Das ist einmal so. Das ist eben die bürokratische Sache, die man hier in der Form verändern will. Ich kenne das von anderen Angelegenheiten. Wenn man zuviel von oben abhängig ist, wo nicht die Praktiker in dem Sinn, die betroffen sind, drinnensitzen, kann es Probleme geben, und deswegen habe ich den Eindruck, daß man auch das Ergebnis bei der letzten Kammerwahl, wo es die Zustimmung gegeben hat, in so großem Ausmaß von 80 Prozent, auf dem Gebiet wegradieren will. Aber die Leute wissen das draußen. Ich sage das ganz offen – er ist jetzt nicht da, der Kollege Dörflinger, wahrscheinlich ist er schon gegangen, aber ich stelle auch fest, wie der Bezug zur Landwirtschaft ist, aber diesen parteipolitischen Schaukampf – (Abg. Minder: „Er ist noch da!“ – Abg. Trampusch: „Bei uns sind noch mehr da als bei euch!“) prozentmäßig vielleicht, der ist doch auch hier auf diesem Gebiet zu merken gewesen. Wenn ich so denke, was man alles gesagt hat, wenn ihr nicht brav seid, werden wir euch auf der anderen Seite helfen. So ist es gestanden, und ich glaube, ich habe es sogar da. Ich glaube, Dörflinger war es, der das erzählt hat. Er hat dann in den eigenen Reihen genug Scherereien gehabt. Er hat auch angekündigt, man wird Rache nehmen in einer Zeit, wo andere Mehrheitsverhältnisse da sind. Und jetzt wollen wir es denen einmal heimzahlen auf Kosten der Landwirtschaft. Freunde, das es hier um Parteipolitik gegangen ist, ist ja nicht übersehbar. Eines ist auch klar: Man wollte die Landwirtschaftskammer in den gleichen Level stellen, wie das bei der Arbeiterkammer gewesen ist und wie die Skandale in dieser Form gearbeitet haben. Und ich muß noch etwas sagen – der Herbert ist jetzt nicht da –, aber diese Aussage, daß 500 Beamte für die Abwicklung der Förderungsangelegenheiten zuständig sind und gebraucht werden, ist mittlerweile erkannt worden, daß das nicht der Fall ist. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das steht im Rechnungshofbericht!“) Aber letztlich ist es so, daß 54 Mitarbeiter sich mit dieser Thematik befassen. Mehr sage ich nicht. Herr Klubobmann, ich sage nicht mehr. Man ist draufgekommen, wie das gegangen ist. Und so könnte man vieles noch sagen. Es ist so, daß in den letzten elf Jahren die Administration bei den gesamten Förderungsmaßnahmen gerade 3 Prozent vom ganzen Umfang ausgemacht hat und daß es immer wieder neue Erkenntnisse gibt in der Abwicklung und in den Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Maßnahmen – manchesmal innerhalb von einem Jahr. Du weißt das eh. Man muß ja öfters umdisponieren, Herr Klubobmann. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Alle zwei Jahre!“) Als Wirtschaftler weißt du es genauso wie ich, daß man eben verschiedene Situationen aufgreifen muß, um das auch dementsprechend zu regulieren. Und da sind wir auch alle bereit. Man hat genug Beispiele, wo man auf das hinsetzen kann. Und das politische Hickhack können wir uns nicht leisten und brauchen wir auch nicht. Es werden auch die noch draufkommen, die das angezettelt haben.

Mittlerweile gibt es auch andere Gelegenheiten, wo man draufkommt.

Jetzt möchte ich zur Beiratszusammensetzung kommen: Das ist das politische Spiel mit den Bauern. Es geht um die Machtposition. Ich bin während der Parteienverhandlungen dabeigesessen und habe die Gelegenheit gehabt, neben einer sehr schönen Frau zu sitzen. Man hat dabei ausgerechnet, bei 15, paritätisch zusammengesetzt, acht zu sieben für uns. Jetzt frage ich mich, acht zu sieben für uns? Ich habe nachgedacht, wieso. Weil sieben hat die ÖVP und acht haben wir, habe ich als Antwort bekommen. Ich fragte wieso? Weil wir beide zusammenhalten. Ach so, acht zu sieben, ich habe Verständnis, weiß aber eines auch, und das sage ich ganz offen, daß nicht alle so denken. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Es steht 15 zu null!“) Es denken nicht alle so. Aber immerhin ist dieser Wortlaut gefallen, und für mich war das das Signal. Und ich weiß, daß es in diesem Bereich vielleicht vorher Gespräche gegeben hat und daß sich das manche gerne so vorstellen. Das mag schon sein. Ich verlasse mich aber auch auf die Fairneß und auf die Fachkompetenz der Mitglieder, die mich dort erwarten. Ich sage das ganz offen in diesem Zusammenhang. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wieso fürchtest du dich so?“) Ich sage es, weil das auch hier in diesem Zusammenhang aufgezeigt werden muß. Man hat dann, wie der Herr Präsident Rader einen kleinen Anker geschmissen hat, wir wären schon für 16, und du weißt ganz genau, warum du den Anker geschmissen hast, nur der Landesrat darf nicht mitstimmen, weil der ist nur Zuhörer. Er darf das, was dort gesagt und beschlossen wird, nur in die Landesregierung mitnehmen, wenn er will, haben wir heute gehört von der Frau Kaufmann, und wenn er das so mag. Ich sage das deshalb, weil hier kein Kompromiß und keine Sachlichkeit zu verspüren war. (Abg. Minder: „Was heißt unsachlich, wenn zwei zusammengehen?“)

Liebe Frau Kollegin, ich sage das deshalb, weil sich in der Sachlichkeit und in der Fachkompetenz so viele anhängen. Und es hat hier vor 14 Tagen oder drei Wochen jemand gesagt, ich erwarte mir mehr Sachlichkeit. Davon habe ich aber nichts gemerkt. Und ich rechne auch damit, daß das eine oder das andere auch eingesehen wird, so wie wir jetzt nach zwei Jahren auch so manches einsehen. Darf ich dir das auch sagen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wenn du einen guten Vorschlag hast, dann steht es 15 zu null!“) Jetzt muß ich euch einmal sagen: Die ÖVP hat diesen Punkt in dem Sinn dann auch behandelt, weil man glaubt, daß so etwas auch dementsprechend mit Fachkenntnissen Rechnung getragen wird. Praxis und Verständnis ist notwendig. Nur, eines ist auch klar, man will damit das Verhältnis acht zu sieben demonstrieren und zum Ausdruck bringen. Das lasse ich mir nicht nehmen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Aber es ist so, ihr habt nur sieben und die anderen acht. Du hast es bis jetzt nicht verstanden. Das ist die Realität!“) Das freut mich, daß du das eingesehen und gesagt hast, acht zu sieben, da müssen wir nicht mitstimmen. (Abg. Gennaro: „Hast du die Zeitung nicht gelesen?“) So, die Zeitung habe ich schon gelesen. (Abg. Trampusch: „Dann warst du bei den Verhandlungen nicht dabei!“) Schau, so meine ich, daß ich von seiten – weil man immer wieder von Kompromissen redet –

der SPÖ keinen einzigen Vorschlag gehört habe, wo man auf einen Kompromiß eingegangen ist. Mir ist nichts bekannt, wenn ich die ganzen Vorschläge anschau, daß man irgendwo abgewichen ist. Und wie ich schon gesagt habe, ist es eben so, daß selbst die „Kleine Zeitung“ am 7. Oktober geschrieben hat, es wird ein gemeinsamer Anschlag auf die ÖVP-Bauern sein. (Abg. Gennaro: „Kinsky hat etwas anderes gesagt!“ – Abg. Trampusch: „Kinsky hat gesagt, das ist ein Kompromiß!“) Ich weiß schon, Gennaro, daß es dich ärgert, weil du gesagt hast, ob ich die heutige Zeitung nicht gelesen habe. Das mag schon sein, aber der eine oder der andere wird noch öfters daraufkommen, wie die Leute da sind.

So, jetzt muß ich euch noch etwas sagen bezüglich des Rechtsanspruches auf Direktförderung. Ich habe mir das sehr genau angeschaut. Ich darf da nämlich schon ein bißchen etwas erzählen, wenn das Mikrofon auch dementsprechend wirkt. Da steht nämlich im ersten Papier weder bei den Freiheitlichen unter Paragraph 5 noch im SPÖ-Antrag etwas von der gesetzlichen Verankerung drinnen. Eines war, Herbert, wir zwei sind dort drüben füreinander gesessen. (Abg. Peinhaupt: „Position vom 15. Dezember 1992!“) Wir zwei sind dort drüben füreinander gesessen, da hast du gesagt, wie ich zum Rechtsanspruch stehe. Da habe ich gesagt, die gesetzliche Verankerung, wie man dazu steht, hast zu mir gesagt, daraufhin habe ich gemeint, das ist genau meine Vorstellung, und da gehen wir voll miteinander ins Gesetz. Stimmt es? Genau so war das, über den Tisch hergeredet, und das hast mit einem Nebengespräch auch schon zugesagt, daß dies so war. Ich bin froh darüber, daß die Direktförderung gesetzlich verankert ist, und ich freue mich darüber, daß es gemeinsam gekommen ist, gemeinsam von uns. Du hast das Wort zuerst in den Mund genommen.

So, während der Parteienverhandlungen habe ich überhaupt nichts gehört, daß einer von den sozialdemokratischen Verhandlungsteilnehmern gesagt hat, ja, da sind wir dafür. Da hat es geheißen, das können wir nicht machen, Herr Kollege Getzinger, das ist eine Augenauswischerei, das ist eine Optik, das hat Folgewirkung auf andere Berufsgruppen, das können wir alles nicht machen. Zusage hat es weit und breit keine gegeben. Ich höre und staune am nächsten Tag im Radio, lese in den Zeitungen, man ist auf den Zug aufgesprungen und hat gesagt, wir sind für die gesetzliche Verankerung der Direktförderung, weil das notwendig ist. Der Heilige Geist hat euch erleuchtet über Nacht, und da habt ihr euch gedacht, die Schlagzeilen, die müssen wir uns auch holen. Wenn es auch eine Roßtäuscherei ist, aber die Schlagzeilen haben wir. (Abg. Trampusch: „Lieber Heiliger Geist als geistlos!“) Ja, und deswegen ist es so, daß wir oft nachher draufkommen, daß das gepaßt hat. Schau, die Direktförderung ist ein Bestandteil im landwirtschaftlichen Förderungsbereich. Angefangen hat man mit einem Betrag von 13 Millionen Schilling. Da haben die Leute gesagt, ist nicht viel. Aber wir haben immer gesagt, du mußt es erst haben. Und die 500 Millionen Schilling, die jetzt auf diesem Gebiet verteilt und eingesetzt werden können (Abg. Peinhaupt: „424 Millionen!“), fast 500 Millionen Schilling, sind Gott sei Dank eine Entwicklung, wie wir sie uns wünschen. So, und jetzt muß ich auch meinen, daß auf diesem Gebiet

vieles geschehen ist. Das wissen wir, daß auf diesem Gebiet von den Verantwortungsträgern einiges gemacht worden ist. Das wissen wir ganz besonders. Und daß diesen Bereich, was landwirtschaftliches Kulturerhaltungsprogramm anbelangt, viele kopiert haben. Kopiert in dem Sinne, weil jeder gesagt hat, aha, das brauchen die Bauern, da sind wir dabei, das müssen wir auch verlangen. Ich freue mich darauf, wenn es darum geht, die Mittel aufzubringen. Und ich sage, an diesem Thema wird die Bekenntnis und die Einstellung zur Landwirtschaft zu messen sein. Was mich im besonderen Ausmaß gefreut hat, daß im Rahmen dieser Gesetzesverhandlungen auf Parteilbasis die ÖVP-Verhandler doch als Ideenlieferanten auftreten konnten und daß so manche auf der Seite, die uns gegenüber gesessen sind oder miteinander gesessen sind, vieles aufgenommen haben. Wie du letztes Mal gesagt hast, Gennaro, du verstehst nichts von der Landwirtschaft, darf ich eines sagen, wenn aus den Parteisekretariaten heraus die Meinung vertreten worden ist, das können wir aufgreifen, dann hat auch die Kaufmann die Zustimmung gegeben und andere auch. (Abg. Gennaro: „Das ist der beste Witz des heutigen Abends!“) Ich muß sogar sagen, da hast sogar du noch manchmal einige positive Beiträge leisten können, weil du ein bißchen eine Praxis mitgebracht hast. Manche haben da weniger gezeigt.

Schauen Sie, ein paar Sachen muß ich euch noch erzählen. Da hat es Aussagen gegeben, keine einzige Förderung darf mehr eingesetzt werden, wenn es um die Einlagerungen geht, weil die Kühllhäuser sind voll, und es verdienen manche dabei. Die Einlagerung ist auch ein Versorgungselement, haben wir dann aufgeklärt, daß in Überschubzeiten Ware aus dem Markt genommen wird, um dann wieder in einer Zeit der größeren Nachfrage den Konsumenten mit bester Ware bestens versorgen zu können. Noch etwas muß man hier sagen, daß alles, was eine Überproduktion verursacht, nicht gefördert werden soll. Ich habe mir nur gedacht, was würden wir mit unserem Rindviehexport machen, wenn wir da nicht Förderungsmöglichkeiten hätten? Gott sei Dank wurde das eingesehen. Es hat mich sehr gefreut. Und jetzt ist es einmal so, wie ich schön gesagt habe, daß man viel Aufklärungsarbeit leisten konnte. Die Kooperationsbereitschaft war auf unserer Seite sicher zu sehen, der Konsenswille wurde an den Tag gelegt, und ich bin froh, daß so mancher aus dem Parteisekretariat heraus eingesehen hat, daß es Leute gibt, die ein bißchen mehr Praxis haben und auf dem Gebiet Aufklärungsarbeit leisten können. Im großen und ganzen sehe ich das so, daß die Förderungsabwicklung kein parteipolitisches Spiel sein darf. (Abg. Trampusch: „Ich freue mich, denn wenn man deine Schilderung bis jetzt hörte, konnte man meinen, ich war bei den Verhandlungen nie dabei!“) Damit wir uns klar verstehen! Es hat Leute gegeben, die groß aufgezeigt haben, es hat parteipolitisches Spiel gegeben (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Trampusch: „Jetzt haben wir ihn überzeugt!“), und wenn es um das Konkrete ging, sind sie still geworden, weil auch in diesem Sinne beste Arbeit geleistet worden ist und weil man das beweisen kann, daß man nie jemand fragt, woher er kommt, was er macht, sondern wenn jemandem zu helfen ist, helfen wir. Und jetzt darf ich noch etwas sagen, daß jeder Antrag eine Beratung ist. In der Bezirkskammer

Leibnitz hatte man die 12.000 Anträge bezüglich Förderungen in einem Jahr auszustellen, und man hat sie gemeinsam in dieser Richtung mit den Bauern als Beratung gemacht. Und da darf ich sagen, daß jeder Antrag eine Beratung ist, daß das gerne angenommen worden ist und daß das manchen nicht paßt, daß so viele reinkommen und sich das anhören, ist so bekannt, und daß man hier einen Beitrag leisten will, daß sich das ändert, ist auch durchschaubar, weil diese Leute in der Kammer beste Arbeit leisten. Wir fordern deshalb, daß auch in nächster Zeit die Bauern ihre Vielfalt erhalten dürfen und die Vielfalt an Förderungen für die speziellen Strukturen in unserem Bereich auch noch eine Existenz und eine Chance hat. Die Förderungspolitik braucht insgesamt eine positive Einstellung und ein Bekenntnis zur Landwirtschaft. Sie verlangt Sachkompetenz, Fachkenntnisse und Verantwortungsträger mit Gefühl. Sie braucht Praktiker, damit sie die Leute aus dem Parteisekretariat heraus überzeugen können. Die Bauern lassen sich nämlich, wenn man sie nicht richtig arbeiten läßt, nicht mehr importieren, um unsere schöne Landschaft in diesem Land zu erhalten. Und nachdem die Bauern eine klare Richtlinie brauchen und eine ehrliche Politik, fordere ich alle auf, positive Beiträge für die ganze Landwirtschaftsförderungspolitik zu leisten. (Beifall bei der ÖVP. – 20.40 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (20.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Trotz des Wortschwalls, mit dem uns jetzt Herr Kollege Kowald bedacht hat, scheint doch außer Zweifel zu stehen, daß das Landwirtschaftsförderungsgesetz höchst novellierungsbedürftig war, insbesondere aus der Perspektive der Demokratiepoltik. Ich glaube, daß dieses Landwirtschaftsförderungsgesetz einfach nicht mehr dem Stand der Anforderungen hinsichtlich der demokratischen Entscheidungen in unserem Bundesland entsprochen hat. Es ist aber auch eine Ökologisierung dieses Landwirtschaftsförderungsgesetzes angestanden. Und ich glaube, daß sie tatsächlich gelungen ist. Ich glaube, daß mit diesem Landwirtschaftsförderungsgesetz ein guter Rahmen für die Arbeit des Beirates zur Vergabe der Förderungen der Landesregierung beziehungsweise des zuständigen Landesregierungsmitgliedes, Herrn Landesrat Pörtl, gegeben wurde, innerhalb dessen man sich demokratisch legitimiert, aber auch ökologisch orientiert sehr gut bewegen kann.

Ein deutliches äußeres Zeichen für diese Ökologisierung, meine Damen und Herren, ist etwa die Bedeutung, die dem Biolandbau in diesem Landwirtschaftsförderungsgesetz beigemessen wird. Dieser Biolandbau – ich habe das schon mehrfach von dieser Stelle aus betont – ist tatsächlich so etwas wie ein Vorreiter für ein neues Selbstverständnis unserer Bauernschaft in der Steiermark. Diese Biobauern, es sind mittlerweile bereits über 2000 an der Zahl in der Steiermark, und die Zahl ist stark ansteigend, und diese Entwicklung ist sehr erfreulich, bekennen sich zu sehr harten Geboten hinsichtlich der Ökologie in der Landwirtschaft, nämlich: keine Verwendung

von künstlichen Agrarchemikalien, artgerechte Tierhaltung – Bätterhaltung von Legehühnern, Betonspaltenböden in der Schweinezucht sind völlig undenkbar im Bereich der biologischen Landwirtschaft – und letztendlich Verantwortung für unsere Kulturlandschaft. Diese Verantwortung wird nicht ganz uneigennützig wahrgenommen, werden doch die Kulturlandschaftselemente, wie Hecken, Raine, Streuobstwiesen, auch als Biotope für Nützlinge angesehen. Wenn dem biologischen Landbau die Chemie als Möglichkeit der Schädlingsbekämpfung abgeschnitten ist, muß man also biologische Maßnahmen und Möglichkeiten ergreifen. Es werden also Nützlinge gefördert, und aus diesem Grund, aus eigennützigen Gründen – und das meine ich hier sehr positiv –, werden diese wichtigen Landschaftselemente gefördert, teilweise sogar neu angelegt. Und, meine Damen und Herren, es ergeben sich ganz einfach viele Umweltprobleme, die im Zusammenhang mit der Intensivlandwirtschaft entstehen, Probleme mit dem Boden, mit der Erosion, mit dem Grundwasser, Geruchsprobleme, die im Bereich der biologischen Landwirtschaft jedenfalls nicht auftreten. Besonders schmerzlich empfinde ich daher, daß der Herr Landwirtschaftsminister Fischler, das ist der mit dem Feinkostladen in Europa, die Basisförderung des Biolandbaues in Österreich für heuer auf die Hälfte reduziert hat, obwohl sich das Land Steiermark ursprünglich bereiterklärt hätte, die Förderung voll auszubezahlen, also diesen 40prozentigen Anteil auch für diese stark gestiegene Anzahl von Biobauern voll zu bezahlen. Der Herr Landwirtschaftsminister hat nicht entsprechende Budgetvorsorge getroffen oder aber auch, und das wäre besonders tragisch, er bekennt sich nicht in dem Maße zu einer umweltverträglichen Landwirtschaft, wie er es zumindest bei Sonntagsreden tut. Meine Damen und Herren, selbstverständlich können nicht alle Bauern in der Steiermark von einem Tag auf den anderen zu Biobauern werden. Aus diesem Grund soll und kann die Landwirtschaftsförderung nur den Rahmen, den Korridor, bilden, in dessen Rahmen sich die Bauern hinbewegen zu einer naturnahen Form von Landwirtschaft. Das Ziel allerdings muß und soll die Biolandwirtschaft sein. Ich erwähne hier immer wieder das Modell Niederösterreich, das Modell „Ökopunkte Landwirtschaft“. Hier ist es tatsächlich der Agrarbezirksbehörde in Niederösterreich gelungen, ein Modell zu entwickeln, die Landwirtschaftsförderung auf einer sehr konkreten Ebene so umzuorganisieren, daß den Bauern ein steter Anreiz hin zu einer Entwicklung zur naturnahen Landwirtschaft gegeben wird. Diejenigen, die dieser naturnahen Landwirtschaft näher sind, erhalten auch eine höhere Förderung.

Eine wesentliche Schwerpunktverschiebung wurde im Rahmen dieses Gesetzes vorgenommen – ein Abgehen von den Förderungen, die zu rein quantitativen Produktionssteigerungen führen, hin zur produktionsunabhängigen Direktförderung, die qualitative und qualitätsbezogene Leistungen forciert. Das ist der eigentliche politische Quantensprung, wie ich es empfinde, im Bereich der Landwirtschaftsförderung in unserem Bundesland.

Es wurden aber auch viele Einzelmaßnahmen als Rahmen vorgegeben. Im Bereich der Energieversorgung setzt man zum Beispiel eindeutig auf die

Förderung erneuerbarer Energieträger, und zwar nicht nur der Biomasse, sondern selbstverständlich auch der Sonnenenergie, die ebenso große Beiträge zu unserer Energieversorgung im ländlichen Bereich, aber auch durchaus in den Städten, leisten kann. Ich gebe hier dem Ing. Kinsky recht, wenn er meint, daß wir letztendlich unser Steuersystem allmählich umbauen sollten, umbauen zu einer Besteuerung der fossilen Energieträger. Allerdings muß im Gleichschritt, meiner Meinung nach, dazu ein Abbau der Besteuerung der Arbeitskraft erfolgen. Dann würden nämlich die Auswirkungen auf die Inflationsrate sich nicht in den Größenordnungen bewegen, wie sie derzeit zitiert werden.

Maßnahmen im Bereich Wasser wurden festgelegt, etwa zur Hebung des Grundwasserspiegels – ein Problem, mit dem wir insbesondere im unteren Murtal zu kämpfen haben. Erstmals ist auch der Rückbau bestehender wasserbaulicher Anlagen, also etwa Dränagierungsanlagen, aus Mitteln der Landwirtschaftsförderung möglich. Es obliegt dem zuständigen Regierungsmitglied, hier auch die entsprechenden, regional sehr unterschiedlichen Maßnahmen zu setzen. Es geht, meine Damen und Herren, schlicht und einfach nicht mehr darum, heute, 1993, ein weiteres Bundesland zu gewinnen, ein Spruch, wie er in den 50er Jahren, teilweise auch noch in den 60er Jahren vielleicht auch seine Berechtigung gehabt hat. Wir haben sehr eindrucksvoll heute von Herrn Präsident Wegart diese Zeit geschildert bekommen. Damals ging es tatsächlich in erster Linie noch um die Sicherstellung der Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten, mit Lebensmitteln. Heute geht es auch um andere, nämlich ökologische Güter. Wir haben dieses Problem, Gott sei Dank beziehungsweise den Bauern sei Dank, nicht mehr. Im Bereich der Abwasserentsorgung wird verstärkt die Option der dezentralen Anlagen eröffnet. Es kann durchaus der Fall sein, daß eine zentrale Anlage auch aus ökologischen Gründen nicht die beste ist. Es ist sehr erfreulich, daß hier von der Rechtsabteilung 3 mittels Erlaß zu der Frage der Pflanzenkläranlagen eine eindeutige wasserrechtliche Stellungnahme nun vorliegt. Auch werden im Bereich des neuen Landwirtschaftsförderungsgesetzes die tiergerechten Haltungssysteme gefördert. Auch hier gerät die Landwirtschaft ja tatsächlich unter den massiven Druck des Tierschutzes. Ich darf nochmals verweisen auf die Enquete zu diesem Thema am 28. dieses Monats. Ich glaube jedenfalls, daß mit dem Artikel-15 a-Vertrag, der uns heute als Regierungsvorlage vorgelegt wurde, in diesem Bereich der tiergerechten Haltungssysteme jedenfalls noch nicht das letzte Wort gesprochen wurde. Ich habe schon darauf verwiesen, daß ich jedenfalls die Batteriehaltung von Legehühnern für nicht mehr zulässig erachte.

Ich komme nun zu einem weiteren Kernbereich des neuen Landwirtschaftsförderungsgesetzes im Schnittfeld mit ökologischen Anforderungen, nämlich zum Bereich der Kulturlandschaftspflege, dem der gesamte Paragraph 15 gewidmet ist. Es geht hier, und ich zitiere, um Beiträge zur Erleichterung der Almbewirtschaftung und zur Sicherung des Almbesatzes – eine sehr, sehr wesentliche ökologische Maßnahme. Es geht aber auch um Zuschüsse für die Erhaltung und Schaffung von Rainen, Hecken, Streuobstwiesen,

Biotopverbänden und anderen hochwertigen Biotopen. Diesen Punkt, meine Damen und Herren, der als Rahmen, wie gesagt, in diesem Gesetz festgelegt ist, möchte ich, möchte meine Fraktion, möchte die SPÖ mit einem Beschlußantrag verstärken. Ich darf Ihnen diesen Beschlußantrag zu Gehör bringen:

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Trampusch, Vollmann und Minder, betreffend die Setzung gezielter Maßnahmen für die Förderung von Streuobstwiesen. Als Begründung führe ich an: Streuobstwiesen mit ihren hochstämmigen Obstbäumen haben in unserer Kulturlandschaft eine sehr wertvolle Funktion. Neben einer Bereicherung des Landschaftsbildes, das Anziehungspunkt für den Tourismus ist, stellen sie als hochwertige Biotope wertvolle ökologische Güter dar. Sie dienen auch dem Naherholungsbedürfnis der Menschen. Darüber hinaus bedeutet ein Schutz dieser Streuobstbäume, daß mannigfaltige alte, teilweise vom Aussterben bedrohte Obstsorten erhalten werden können. Die Förderung von Streuobstbäumen hat nicht nur zum Zwecke eines schönen Landschaftsbildes zu erfolgen, sondern es sollten auch zusätzliche bäuerliche Einnahmequellen erschlossen werden. Zu denken ist hier an die Förderung der Produktion von qualitativ hochstehenden Mosten und Obstbränden sowie von sortenreinen Apfel- und Birnensäften. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle, beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Landwirtschaftsförderung gezielte Maßnahmen zur Förderung, insbesondere finanzieller Natur, von Streuobstwiesen zu setzen. Diese Maßnahmen sind dem Beirat ehestens baldig zur Beratung vorzulegen. Ich werde diesen Antrag später dem Herrn Präsidenten überreichen.

Meine Damen und Herren, Sie haben die wesentlichsten Gründe für diese Förderung von Streuobstwiesen bereits gehört, einerseits das Argument mit dem Landschaftsbild. Es geht aus Umfragen bei Touristen in Österreich hervor, daß es das Landschaftsbild ist, die Kulturlandschaft ist, weshalb die Touristen nach Österreich kommen. Ich glaube, daß es uns einiges wert sein sollte, auch aus Mitteln der Fremdenverkehrsförderung dieses Landschaftsbild zu erhalten und bei Bauern Zahlungen zu tätigen, sofern sie einen Beitrag zur Erhaltung dieses wertvollen Landschaftsbildes leisten. Erwähnt wurde auch der Naherholungswert der Streuobstwiesen. Erwähnt wurden weiters die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Nutzung, Moste, Obstbrände, Apfel- und Birnensäfte, aber besonders lege ich Wert auf den Bereich der ökologischen Wertigkeit dieser Streuobstwiesen. Ich hatte die Freude, vor einigen Tagen bei der Vorstellung des Ökokatasters für die Gemeinde Lannach dabei zu sein. Die Mitarbeiterin des Volkswbildungswerkes, die diesen Ökokataster ausgearbeitet hat – diese Tätigkeit wurde auch vom Land Steiermark unterstützt –, hat einen sehr eindrucksvollen Vortrag über die ökologische Wertigkeit von Fichtenmonokultur und die ökologische Wertigkeit von Streuobstwiesen gehalten. In Fichtenmonokulturen kommen im Schnitt etwa fünf bis zehn Tierarten vor, auf Streuobstwiesen etwa 200 Tierarten. Allein das kann Indikator sein für die ökologische Wertigkeit derartiger Wiesen. Last not least geht es natürlich auch um die Erhaltung seltener Obst-

sorten. Es geht darum, daß ich der Ansicht bin, daß es nicht unser Recht ist, künftigen Generationen eine – wie soll ich sagen – „ausgeräumte“ Landschaft zu überlassen, eine Landschaft zu überlassen, bei der Sortenvielfalt jedenfalls nicht mehr der Fall ist. Ich glaube auch nicht, daß es wünschenswert wäre, daß dieser Jahreskatalog der Arche Noah – nicht zu verwechseln mit einem Tierschutzverein in der Steiermark, in Graz –, das ist ein Verein, der sich um die Erhaltung von seltenen Nutzpflanzen kümmert, daß dieser Jahreskatalog immer dicker wird, er enthält nämlich Sorten, die vom Aussterben bedroht sind. Und, wie gesagt, es kann nicht Ziel unserer Politik sein, daß dieser Katalog stets dicker wird und die Aufgabe der Erhaltung dieser seltenen Sorten von privaten Initiativen übernommen wird. Im 19. Jahrhundert hatte die Steiermark noch fast 700 Apfelsorten und über 600 Birnensorten. Mittlerweile sind es deutlich – nämlich um Zehnerpotenzen – weniger. Wir sollten uns keinesfalls nur auf finanzielle Maßnahmen beziehen, wenngleich diese finanziellen Maßnahmen natürlich durchschlagskräftig und notwendig wären. Mit ist aber bewußt, daß es hier ein Finanzierungsproblem gibt, das wahrscheinlich nur im Rahmen einer Kulturlandschaftsabgabe zu lösen sein wird. Wir sollten aber, wie gesagt, nicht nur finanzielle Maßnahmen setzen, sondern durchaus auch solche Maßnahmen, wie sie etwa in der heutigen „NZ“ beschrieben werden. Es wird Herr Mag. Karl-Heinz Wirnsberger vom Ländlichen Fortbildungsinstitut zitiert, der meint, daß selbst bei den Baumschulen in der Steiermark eine Vielzahl der bedrohten Sorten, Apfel- und Birnensorten, gar nicht mehr erhältlich sind. Das bedeutet, daß im Bereich dieser Baumschulen Aufklärungsarbeit zu betreiben ist, daß also Informationsarbeit und Bewußtseinsarbeit zu machen ist. Meine Damen und Herren! (Abg. Tasch: „Ich würde vorschlagen, ein paar Monate auf einem Bauernhof zu arbeiten. Das ist realitätsfremd!“) Kollege Tasch, offensichtlich kennst du meine Familienwurzeln nicht. Ich habe schon nicht nur mehrere Monate, sondern deutlich länger auf Bauernhöfen gearbeitet.

Wir können gerne nachher noch genauer darüber reden, aber viele Kolleginnen und Kollegen auch deiner Fraktion sind anderer Ansicht. (Abg. Tasch: „Du kennst dich überhaupt nicht aus!“ – Abg. Trampusch: „Tasch, das kannst du im Bauernbund erzählen!“) Außerdem kritisierst du das Zitat von einem Mitarbeiter des Ländlichen Fortbildungsinstitutes, es stammt nicht von mir. Allerdings schließe ich mich diesem Zitat an. Es ist tatsächlich sehr schwierig, heute hochstämmige Obstbaumsorten bei Baumschulen in der Steiermark zu erhalten. Davon kannst auch du dich sehr gerne überzeugen, Kollege Tasch.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Abschluß. Wir sollten der morgigen Tagung über Streuobstwiesen im Raiffeisenhof, veranstaltet vom Naturschutzbund, gemeinsam unter anderem mit der Landwirtschaftskammer und mit der Rechtsabteilung 6 der Steiermärkischen Landesregierung, die für den Naturschutz zuständig ist, mit der das Jahr der Streuobstwiesen 1994 eingeleitet wird, ein deutliches Zeichen geben, ein Signal geben, daß auch wir es ernst meinen mit der Förderung und der Erhaltung der Kulturlandschaft. Ich würde mich persönlich sehr

freuen, wenn sich die ÖVP und die FPÖ doch dazu durchringen könnten, diesem Antrag beizutreten, umso mehr, als es ja nichts anderes als eine Präzisierung des Landwirtschaftsgesetzes selbst ist. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 20.56 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Grillitsch.

Abg. Grillitsch (20.56 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Wenn einmal meine Gehirnprothese am Wort ist, so wie der Abgeordnete Chibi, dann kann es nur gut gehen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Agiere nicht parteipolitisch!“) Und ich werde sicher nicht parteipolitisch agieren. Das haben andere schon gemacht, und ich kann den Bauern eigentlich nur gratulieren, und ich wünsche, daß Weilharter und die Frau Kaufmann durch die Lande ziehen und das vortragen, was sie heute hier vorgetragen haben. Für mich war es nichts Neues, meine Damen und Herren, ich war jede Minute – und der Herr Landesrat und andere Kollegen werden es bestätigen – bei den Parteienverhandlungen mit dabei, und der Klubobmann Trampusch wird es auch bestätigen können. Ich konnte miterleben, welche psychischen Schwierigkeiten er auch als Klubobmann hatte, um diese Frau in den Griff zu kriegen. Manchesmal ist es ihm ganz unheimlich geworden, und er hat gesagt, na, wir werden dann schon wieder zu einem Konsens kommen. Er hat auch genau gewußt, daß die gnädige Frau im Auftrage des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Schachner-Blazizek irgendwelche Vorstellungen verwirklichen soll, die das erwirken sollten, so wie wir es seit 1991 in der Steiermark erleben, von den Sachproblemen abkommen, auch wenn sie noch so ernst sind, parteipolitische Plänkeleien, Spielereien entwickeln und in dem Fall die Bauernschaft in eine Unsicherheit hineinzutreiben, die sie für das erste nicht verdient, und für das zweite kann man das einfach nicht tun. Und ich habe in den Parteienverhandlungen des öfteren gesagt, meine Damen und Herren, die Dinge sind mir zu ernst. Wir reden auf der anderen Seite weltweit über das GATT-Abkommen. Es gibt große Schwierigkeiten in der europäischen Agrarpolitik, es gibt sicher auch Schwierigkeiten in der österreichischen Agrarpolitik, und es ist nicht die Zeit dazu, vor allem jetzt nicht, daß man solche Spielereien dort vollzieht. Und, meine Damen und Herren, wir sind uns in den sachlichen Fragen sehr bald einig gewesen. Der Herr Kollege Kinsky hat das sehr sachlich und sehr klar auch dargelegt. Und es hat keine großen Differenzen in der sachlichen Auseinandersetzung gegeben, und man hat es bei der zweiten Verhandlung auch schon gespürt, na bitte, die Unsicherheit in der sachlichen Behandlung, wo sie einerseits gewußt haben, daß ein Großteil der Förderungen vertraglich über den Bund mit der Kammer abgesteckt ist, daß die Landesförderungen unsere Bereitschaft sofort bekommen haben, wo keine Beratung notwendig ist. Dann machen wir es bitte direkt, weil dort kommt sie den Bauern auch am schnellsten zu Hilfe. Und wenn eine Beratung notwendig ist, dann über die Kammer. Und, meine Damen und Herren, das ginge auch gar nicht anders. Die illusorischen Vorstellungen, stellen wir

jetzt 50 oder 60 Leute beim Land ein, ganz so willkürlich dahergeplappert, oder die Gemeinden sollen das machen, auch so willkürlich dahergeplappert, oder jeder Bürgermeister draußen, und wir haben heute über die Bürgermeister schon gesprochen, der gar nicht in der Lage ist von der Arbeit her, es sei denn eine größere Gemeinde, wie in unserem Bezirk Pöls, Judenburg, damit ich das auch gleich sage, ihr seid in der Lage. Aber Oberkurzheim mit einem Bürgermeister und einem Sekretär und so viele von den steirischen Gemeinden könnten diese Aufgabe gar nicht abwickeln. Die Bürgermeister haben einfach die Fähigkeiten, kommen aber mit der Zeit nicht herum. Schau es dir doch einmal in deinem Bezirk an. Schau dir doch die Tätigkeit der Kammer an. Und dort war die Hautzielrichtung. Nicht die Förderungen waren das Interessante, sondern die Schußrichtung war die Landwirtschaftskammer, um das zu erreichen und zu vernichten, was auch bei der Wahl nicht gelungen ist. Eine demokratische Institution, die über sechs Jahrzehnte besteht. (Abg. Weilharter: „Bei uns ist der Kammerobmann auch Bürgermeister!“ – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Es geht um die gerechte Aufteilung der Förderungen!“) Herbert, ich sage das auch ganz offen, vor einigen Tagen bin ich mit älteren Bauern im Bezirk beisammengesessen. Da hat es Bewegungen gegeben, auch vor 1945, den Landbund und dann den Bauernbund – ein sehr großer nationaler Kreis. Der alte Hartleb wird euch hoffentlich ein Begriff sein – der Vizekanzler Hartleb. Das war ein Kämpfer für die Gründung der steirischen Kammer. Er war auch kurzzeitig Präsident. Der Verbindungsmann in unserem Bezirk war nicht der Heinzl, war nicht der Stegmüller oder wie die Großen alle geheißt haben, sondern das war der Etschmoar von St. Georgen, zu dem sie gepilgert sind. Und ich habe es auch nicht gewußt, daß es bei dir daheim Etschmoar heißt. Da haben sie gesagt, ja, das ist der Großvater vom Peinhaupt. Der war ein sehr besonnener, vernünftiger Standesvertreter. (Abg. Peinhaupt: „Vielleicht bin ich auch ein besonnener!“) Und deshalb wird heute von den Bauern nicht verstanden, daß du dich, Herbert, auf diese spielerische Wiese begibst. Bei der Frau Kaufmann ist für mich selbstverständlich: In dem Moment, wo diese Dame gesagt hat, was geht den Pörtl die Landwirtschaft an, der Ressel hat ja das Geld im Land, und der Ressel gibt ja das Geld her, habe ich dann gewußt, was diese Dame – Erich, so war es ja – auch wirklich will. Und meine Damen und Herren, wir brauchen diese Spielwiese nicht, und wir können sie in der jetzigen Zeit uns auch gar nicht leisten. Und, Herr Klubobmann Trampusch, du wirst mir bestätigen, daß ich des öfters darauf hingewiesen habe, daß das einfach in der Form nicht geht, daß ich versucht habe klarzulegen, welche Agenden wir im Landtag haben, welche Agenden der Landtag der Regierung weitergibt. Und der Herr Landesrat hat in der Regierung die Agrarkompetenzen. Und wir waren großzügig, daß wir sogar gesagt haben, jawohl, auch diesen Förderungsbeitrag. Wir sind nur in letzter Konsequenz durch euer Machtdenken dann nicht gleichgeworden, aber darauf komme ich später noch zu sprechen. (Abg. Gennaro: „Seit 1945 habt ihr ein Machtdenken gehabt, und das tut euch weh!“)

Lieber Kurt, ich bin bald fort, und dann bist du am Wort. Ich bin bald fort, Herr Genosse Gennaro, und

dann hast du die Möglichkeit zu sprechen. Ich weise diesen Vorwurf energisch zurück, Frau designierte Landesrätin Minder, wenn der von Ihnen kommt. Aber gleich für alle: Das ist eine Ungerechtigkeit, die abenteuerlich ist. Wir haben im Herbst einen Rechnungshofbericht hier liegen gehabt. Und es hat keine Beanstandungen gegeben. (Abg. Gennaro: „Den hast du aber nicht gelesen!“) Und sollten Sie, und wir haben das auch bitte immer wieder in den Verhandlungen gesagt, Beispiele haben, wo Dinge bei der Förderung passiert sind, daß dort Ungerechtigkeiten passiert sind, dann bitte legen Sie diese Dinge auf den Tisch. Wir werden dann darüber reden und nachschauen. Denn wir wollen keine Ungerechtigkeiten. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ich verstehe, daß du dich wehrst!“) Das wollen wir einfach nicht, und das haben wir auch in der Vergangenheit nicht gewollt. (Abg. Gennaro: „Jetzt kommen mir dann die Tränen!“) Und wir haben die Agrarpolitik der siebziger und achtziger Jahre – das sage ich auch ganz bewußt – kämpfend mitbewältigt. Sie wissen, wie sie im Jahre 1970 war. Sie wissen aber auch, wo sie im Jahre 1986 gestanden ist. Es war der Herr Minister Weihs noch ein sehr vernünftiger und bauernfreundlicher Minister. Es ist bei seinem Nachfolger Haiden schon etwas schwieriger geworden, und beim Schmidt war es dann so, daß er den Bankrott vom Haiden räumen sollte. Schade, daß Herr Landesrat Ressel jetzt nicht da ist. Denn der könnte es aus Verhandlungen beweisen. Er war zur damaligen Zeit Nationalrat und ist einem Ausschuß vorgestanden, wo er eigentlich den Bankrott der Agrarpolitik – die ich jetzt gemeint habe, Haiden, Schmidt – miterlebt hat und wo er an der Korrektur teilhaben durfte. Es hat Riegler neue Wege gelegt. Er hat fast 4 Milliarden übernommen, wo Ihrerseits, ich habe das schon öfters gesagt, die Absicht war, die Bauern sollten das zahlen. Das ist Ihre Politik. Und wir sind stolz darauf, daß es die Bauern auch merken, wer sie vertritt und wer hinter ihnen steht. Und wir sind auch stolz darauf, daß es uns auch immer wieder gelungen ist, in der schwierigen Zeit bei Zweidrittelmehrheiten, die notwendig waren für die Marktordnungsänderungen, auch das politische Gleichgewicht und die politische Gemeinsamkeit für diese Fragen zu erreichen. Meine Damen und Herren, deshalb bin ich so allergisch, wenn man mit einem Berufsstand ein Spiel treiben will, der es gar nicht verdient. Da nützt es nichts, wenn ihr euren Superökologen hier herausschickt, der die ökologischen Werte der Land- und Forstwirtschaft oft sehr vernünftig darlegt, der wohl von 700 Obstsorten redet, aber dabei ganz vergißt, daß sich der steirische Obstbau auch mit entsprechender Unterstützung der Förderung der Schulen und auch der Wissenschaft zum europäisch besten Obstbau entwickelt hat. Wir haben die Südtiroler bereits übertroffen. Und es gibt viele solche Bereiche. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Die verkaufen die Äpfel weltweit, und unsere liegen in den Lagerhäusern. Das ist der Unterschied!“ – Abg. Trampusch: „Weil sich beim Lagern mehr verdienen läßt als beim Export!“) Herr Kollege, nicht auf das Rob der Frau Kaufmann setzen.

Sind wir doch froh, daß wir sie haben. Ich wollte diese Frage ausklammern. Aber wenn er es haben will, dann kann er es hören. Auch dort wurden neue Wege in die Vermarktung gelegt. Und wir haben große

Probleme in der Änderung der Strukturen unserer Vermarktungseinrichtungen. Aber ohne Vermarktungseinrichtungen, glaube ich, ginge es überhaupt nicht. Wenn Sie mir das nicht glauben, dann fahren wir bitte einmal gemeinsam in die Länder, wo es die Vermarktungseinrichtungen nicht gibt. Dann wissen wir, wo wir daheim sind. (Beifall bei der ÖVP.) Und wir haben uns auch zu dem Weg einer flächendeckenden Landwirtschaft bekannt. Wir stehen auch dazu, meine Damen und Herren. Wir stehen zu diesem Programm. Ich habe mich selbst gefreut darüber, daß gerade in den letzten Tagen aus den einzelnen Regionen die Meldungen gekommen sind, wo auch der wirtschaftliche Anteil der Landwirtschaft noch besteht.

In den Bezirken Radkersburg, Feldbach bis herunter Leibnitz, Hartberg liegen wir durch die kleinen Strukturen im Durchschnitt bei 27 Prozent agrarischem Bevölkerungsanteil, und es gibt viele Existenzen. Ebenso ist es auch im bergbäuerlichen Bereich. Und wenn Sie hier von Umverteilungen sprechen, dann sagen Sie uns bitte, wo man etwas nehmen kann. (Abg. Kaufmann: „Bei der Verwaltung!“) Die Situation der Landwirtschaft ist allgemein nicht gut. Es wird Ihnen auch die Entwicklung des „Grünen Berichtes“ bekannt sein, und gerade das vorige Jahr ist besonders schlecht, nicht, weil der Fischler Landwirtschaftsminister ist oder der Pörtl der Landesrat, sondern weil eben die Marktoraussetzungen und die währungspolitischen Maßnahmen in Europa entsprechende Weichen auch für uns gebracht haben, die man intern gar nicht beeinflussen kann. Und wir haben uns immer auch um eine Agrarpolitik mit und für den Konsumenten bemüht. Ich sage das auch ganz bewußt, weil da immer so Dinge hergeschleudert werden und das gar nie richtig gesagt wird, daß wir in Österreich nicht nur die höchste Qualität haben, daß wir auch in der Umwelt führend sind, daß wir auch in die Gesundheitsdiskussion, die geht ohne Natur auch nicht, unsere entsprechenden Dinge und Leistungen einbringen, und letztlich über die Agrarpolitik beeinflussen wir auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, und vor allem hier in der Steiermark. Und wenn Sie es nicht wahrgenommen haben, die Tourismusentwicklung in der Steiermark im vergangenen Jahr wäre sicher nicht gelungen, wenn nicht auch die Bauern, die die Landschaft pflegen, ihren entsprechenden Anteil mit eingebracht hätten.

Agrarpolitik, meine Damen und Herren, und damit komme ich schon zum Schluß, braucht gerade in der jetzigen Zeit keine Verunsicherung. Agrarpolitik, wie überhaupt Wirtschaftspolitik, kann in einer Zeit einer leichten Rezession keine parteipolitischen Spielereien vertragen, und da müssen Sie umdenken. Ich komme aus einer Region, wo wir das erlebt haben. Und der Gennaro weiß es noch, wie auch er dort manchmal falsch gelegen ist, wo wir aber durch die Gemeinsamkeit aller politischen Gruppierungen und aller dort Lebenden doch einiges zustande gebracht haben. Die Bauern wissen, daß sie zusammenhalten müssen. Das haben sie über die Geschichte bewiesen, das werden sie auch jetzt beweisen. Und die Bauern wissen auch, wer sie Jahrzehnte wirklich ehrlich und verantwortungsbewußt vertreten hat, und sie wissen, wer sie auch in Zukunft verantwortungsbewußt vertreten wird. Das sind wir, das sage ich ganz offen. Und wir haben in den siebziger Jahren unter dem heutigen

Herrn Landeshauptmann, damals als Agrarlandesrat, begonnen mit der Politik für den ländlichen Raum. Koiner, Riegler, Schaller, und jetzt wird Pörtl diese Politik für die Bauern weiterführen. Ich sage Ihnen noch etwas. Wir werden unsere Politik mit den Bauern machen, weil die Bauern auch wissen, wem sie vertrauen dürfen. Ich darf Ihnen zum Abschluß – (Abg. Gennaro: „Die Bauern, die aufgehört haben, haben eine andere Meinung!“) Ja, wenn du aufgehört hast, dann kannst rausgehen, und dann sagst mir das Gegenteil. Dann kommen wir auch wieder zusammen. Bitte!

Und ich darf Ihnen abschließend – (Abg. Peinhaupt: „Er hat noch seinen Obstgärten!“ – Abg. Schrittwieser: „Das heutige Gesetz ist eine Erlösung für die Bauern!“ – Präsident Mag. Rader: „Ich bitte, sich die Zwischenrufe für die Frau Kollegin Dr. Karisch aufzubehalten, sie ist anschließend am Wort. Sie können sie dann machen. Vielleicht kann der Kollege Grillitsch einsteilen fertigmachen!“)

Herr Präsident, ich danke sehr und darf den Abänderungsantrag gemäß Paragraph 34 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Grillitsch, Ing. Kaufmann, Ing. Kinsky, Kowald, Alfred Prutsch und Riebenbauer einbringen, betreffend die Anträge, Ein.-Zahlen 291/1, 629/3 und 636/2 (Beilage Nr. 66 zu den Stenographischen Berichten), betreffend ein Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landwirtschaftsförderungsgesetz novelliert wird:

Erstens: Paragraph 18 Absatz 3 ist ersatzlos zu streichen. Zweitens: Die Absätze 4 bis 7 werden zu 3 bis 6. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 21.16 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Am Wort ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Die ihr zugeordneten Zwischenrufe sind bereits vorher gefallen. Sie kann daher unbeschadet und schnell zu Ende reden.

Abg. Dr. Karisch (21.16 Uhr): Ich werde mich bemühen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bin keine Expertin der Landwirtschaft. Ich besitze keinen Bauernhof, nicht einmal einen Heimgarten, wie der Herr Kollege Gennaro.

Ich habe höchstens Blattläuse bei Blumentöpfen. Ich ziehe Blattläuse mit Ameisen.

Ich melde mich hier als Frau zu Wort, weil ich bei der früheren Debatte zu den landwirtschaftlichen Lehrverhältnissen den Eindruck hatte, daß es Diskriminierungen für verschiedene Frauengruppen in der Landwirtschaft gibt, und das möchte ich gerne hinterfragen. Es war die Rede vom Huber-Plan seitens des Kollegen Peinhaupt und seitens des Herrn Landesrates Pörtl. Der Huber-Plan, der gewisse Frauen, wenn sie einen Bauern heiraten, diskriminiert. Das heißt, der Ehemann wird diskriminiert. Wie geht das vor sich? Wir wissen alle, daß Bauern heute schwer eine Frau finden, es ist oft gar nicht leicht. Nehmen wir ein Beispiel: Ein junger Bauer mit einer ganz kleinen Wirtschaft findet eine Friseurin oder eine Kellnerin, die ihn heiratet. Sie arbeitet noch weiter, um ein bißchen Geld

dazuzuverdienen, und nach diesem Huber-Plan, so habe ich das verstanden, verliert er dann ganz unabhängig von seinem Einkommen die Förderung, ja er muß sogar bis zehn Jahre zurück Förderungsmittel zurückzahlen. Heiratet er sie nicht, dann kann er die Förderung behalten. Heiratet er eine andere Frau, die eine Bäuerin ist, dann kann er die Förderung auch behalten. Meine Damen und Herren, das ist etwas, was ich überhaupt nicht verstehe, und ich hoffe, daß dieser Huber-Plan keine – ich glaube, das ist der Herr Huber, der der Bruder der Frau Trattnig ist – Durchschlagskraft hat, denn das wäre eine große Diskriminierung für eine bestimmte Frauengruppe. Wir bräuchten dann in Zukunft nicht nur eine Hilfe beim Ausfüllen von Formularen, wie uns der Herr Kollege Peinhaupt das erzählt hat, sondern sogar eine Eheberatung für Bauern. Und das können wir doch nicht wollen. Ich möchte daher den Herrn Kollegen Peinhaupt bitten, daß er sich an den Herrn Huber wendet beziehungsweise daß er sich in seiner Partei bemüht, daß man dieses Element, das gegen die Freiheit der Menschen geht und gegen die Freiheit der Bäuerinnenwahl der Bauern geht, daß man dieses Element, das so gar nicht freiheitlich ist, eliminiert. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 21.20 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich darf nur klarstellen, daß die Eheberatung für Bäuerinnen jedenfalls nicht Gegenstand der Förderungspolitik ist. Am Wort ist jetzt der Herr Abgeordnete Peinhaupt.

Abg. Peinhaupt (21.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich darf gleich eingangs auf meine Vorrednerin eingehen. Ich habe das heute schon einmal erklärt: Der Huber-Plan hat eine eigene Bewertungsstufe für den Arbeitsplatz Bauernhof. Wenn am Hof gearbeitet wird, wird das vom Steuersäckel bezahlt. Wenn nicht am Hof gearbeitet wird, kann das selbstverständlich nicht bezahlt werden. Und zu Ihrer näheren Erläuterung, Frau Kollegin Karisch: Eine Wiese wird nicht frisiert, sondern gemäht.

Aber ich wollte eingangs eigentlich auf die Vorredner eingehen. Als erster Redner am heutigen Tag ist mir Landesrat Pörtl im ORF untergekommen, in dem er sich als Schiedsrichter dargestellt hat. Lieber Herr Landesrat, herzlichen Dank. Du hast unsere Botschaft verstanden, als Unparteiischer auch dem Beirat vorzustehen – als Schiedsrichter. (Landesrat Pörtl: „Jetzt weiß ich es!“ – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Er bekommt die gelbe und die rote Karte!“) Aber das Beispiel vom Fußball ist ja nicht so weit hergeholt. Denn der Herr Landesrat hat auch heute schon einmal gesagt, daß er stolz ist auf diese gewachsenen Strukturen. Ein Fußballtrainer ist es nicht, wenn er vier zwei vier spielen muß und der Gegner das Spiel nicht erlaubt. Und noch dazu hat Herr Landesrat gesagt, die Leute gehen an der Kassa vorbei.

Bezogen auf den Bauernstand gebe ich dir da vollkommen recht. Unsere Gesellschaft geht an der Kassa vorbei, und darum brauchen wir die Verantwortung der Gesellschaft über die Landwirtschaft. Als nächsten Vorredner habe ich den Herrn Ing. Kinsky gehabt. Ich konnte seinen Ausführungen sehr viel abgewinnen.

Ich darf aber nur ein paar Kleinigkeiten berichtigen: Er hat gesagt, wir haben nicht die schlechteste Förderung gehabt, da stimme ich ihm zu, aber auch nicht die beste Förderung. Wenn er sagt, daß die Agrarpreise im Ausland schlechter sind, stimme ich ihm auch zu. Wenn er aber sagt, daß das landwirtschaftliche Einkommen im Ausland schlechter ist, stimme ich ihm nicht zu. Denn gleich wie bei uns wird auch im Ausland der Förderungsbetrag zum landwirtschaftlichen Einkommen, und das mag vielleicht für viele von Ihnen neu sein, hinzugerechnet. Das ist nämlich die einzige Berufsgruppe, die nicht das Recht auf Kalkulation ihrer Produkte hat – das nur nebenbei bemerkt. Auch die EG-Problematik wurde von dir, lieber Kollege, angeschnitten. Und du hast die Schneider-Studie in den Mund genommen, die sich aber allerdings auf die Ausgangslage 1990 bezieht. Rechnet man aber diese drei Jahre jetzt auf, hätten wir einen landwirtschaftlichen Einnahmenverlust nicht mehr von 7,9 Milliarden Schilling, sondern zwischen 15 und 20 Milliarden Schilling. Weiters wurde von dir kritisiert, daß man in die Presse gegangen ist und gewisse Äußerungen getätigt hat. Ich darf kurz zitieren: „Sie demontieren, Sie zerschlagen, Sie sind Meuchelmörder“ und so weiter, und so weiter, von den Zündern ganz abgesehen. Das war aber eine Zeitschrift, wo nicht Sie federführend waren, sondern der ein gewisser Bauernbunddirektor vorsteht, der in der Steiermark vorgibt, seine Bauern zu vertreten, aber anscheinend mit dem Semmering die steirischen Bauern verläßt und vergißt. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.) Denn ich kann das auch mit Beispielen belegen. Ein Beispiel wäre der Rundholzimport in Rinde – ein Verbot gegen diesen Import. Wer hat dagegen gestimmt? Der Bauernbund, dieser Herr Direktor. Was war zum Beispiel, als die Bauernschaft aufgefordert worden ist, nach Wien hinauszufahren, um dort zu demonstrieren wegen der fehlenden Viehexportkontingente? (Abg. Dr. Maitz: „Ein Kollege, der im Haus nicht anwesend ist, kann sich auch nicht verteidigen!“) Ich war auch nicht anwesend, als er mich beschimpft hat. (Abg. Dr. Maitz: „Ich würde ersuchen, ihm diese Angriffe selbst ins Gesicht zu sagen!“) Ich werde der Aufforderung gerecht. Ich kann ihm das jederzeit auch direkt ins Gesicht sagen. (Abg. Gennaro: „Ist das ein Stil?“ – Präsident Mag. Rader: „Um die Situation zu klären: Es wurden heute auch pausenlos Minister zitiert und angegriffen, die auch nicht im Hause sind. Solange es kein persönlicher Angriff des Herrn Abgeordneten ist, wird er es aushalten. Wenn es ein persönlicher ist, dann werde ich ihn zur Verantwortung ziehen. Ich bitte Herrn Abgeordneten Peinhaupt, jetzt weiterzureden!“) Ich danke, Herr Präsident. Ich wollte noch erklären, daß auch der vielbesagte Direktor maßgebend war, daß viele steirische Bauern sich auf den Weg nach Wien gemacht haben, um dort wegen der fehlenden Viehexportkontingente zu demonstrieren. Man hat sie zum Finanzminister geschickt. Erst später in der Steiermark ist man draufgekommen, daß der Minister Fischler selbst das Exportkontingent gekürzt hat. Lieber Kollege Kinsky, du hast auch noch davon gesprochen, daß ich einmal in einer Presseaussendung gesagt hätte, daß 200 Beamte vom Land zu übernehmen wären. Ja selbstverständlich, wenn auch die Beratung der Förderung vom Land bewerkstelligt werden

würde. Aber diese 200 Beamten werden nicht neu eingestellt. Sie werden ja auch jetzt vom Land in der Kammer mit einem Kostenaufwand von 160 Millionen Schilling bezahlt - das wissen wir ja. Du hast auch noch betont, daß es wichtig ist, die Förderungen und Beratungen in einer Hand zu lassen. Betriebswirtschaftlich ist es nicht richtig, denn Gutachten beweisen, daß eine wertfreie Beratung das Um und Auf wäre. Nur ist sie nicht finanzierbar und wahrscheinlich auch nicht exekutierbar.

Ich darf jetzt auf den zweiten Redner der ÖVP eingehen, nämlich auf die Ideenbörse Kowald: Denn heute bin ich draufgekommen, daß ich meine ganzen Ideen und Gedanken für die bäuerliche Landwirtschaft vom Sepp Kowald habe. (Abg. Kowald: „Danke, daß du etwas gelernt hast!“) Ich rede jetzt aber nicht vom steirisch-deutschen Edelschwein, weil das fällt da nicht hinein. (Abg. Kowald: „Da kennst du dich so nicht aus!“) Lieber Sepp, ich glaube, du hast ein Kurzzeitgedächtnis. Denn du hast hier am Rednerpult mit falschen Tatsachen gespielt. Du bist hergegangen und hast gesagt, ja, in der Kammer machen 54 Beamte die ganzen Förderungen. 54 Beamte stimmt gar nicht. Eine Presseausendung des Herrn Kammeramtsdirektors hat sich auf 52 belaufen. Tatsache ist, daß insgesamt 75 Beamte rein mit dem administrativen Aufwand der Förderung betraut sind. Und wißt ihr auch, wie viele in Kärnten betraut sind? Drei Beamte. (Abg. Kowald: „Die sind schon arm!“) Der Präsident der Landwirtschaftskammer selbst hat ja, und ich hoffe, er macht diese Drohung nicht wahr, in einer Mitarbeiterbesprechung gesagt, wir müssen jetzt verstärkt die Berater mit den Förderungen zu den Bauern hinausschicken. Der Sepp Kowald hat auch noch einmal das Loblied der Direktförderungen, die sich teilweise noch auf die Produkte beziehen, gesungen, indem er gleich 500 Millionen hergenommen hat, 448,6 sind es genau. Nur sollte man dieser Zahl auch gegenüberstellen, daß 424,10 Millionen Schilling die Kammerverwaltung braucht. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Da bleibt nicht viel übrig!“ - Abg. Kowald: „Da redet einer, der sich nicht auskennt!“) Kollege Grillitsch, du hast sehr sachlich argumentiert, hast aber zeitlich einiges nicht im Griff gehabt. Du hast den Förderungsvertrag zwischen Bund und Land hinsichtlich des zu erstellenden Landwirtschaftsförderungsgesetzes genannt. Tatsache ist, daß die Positionen Ende des Jahres 1992 eingelangt sind, der Förderungsvertrag aber am 9. Juni 1993 erneuert worden ist, wissentlich, daß die Kammerreform im Laufen ist. Du hast auch noch den Rechnungshofbericht zur Diskussion gestellt. (Abg. Grillitsch: „Das verlangt die Bundesverfassung!“) Nein, soweit sind wir noch nicht. (Abg. Grillitsch: „Wer wird es machen?“) Ich kenne die Förderungsverträge auch. Lieber Fritz, diskutieren wir darüber bitte im Unterausschuß weiter, und du wirst sehen, daß du diesmal nicht recht hast. Du hast aber auch noch vom Rechnungshofbericht gesprochen, den wir auch hier im Haus diskutiert haben. Du hast wohlwollend gesagt, es gibt keinerlei Ansatzpunkte, hier Kritik zu üben. Ich muß schon ganz ehrlich sagen, das Ledigliche, was überprüft worden ist, ist ja, daß die Förderungen von der Kammer weitergegeben worden sind. Und Kritikpunkte hat es schon gegeben. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Gar nicht wenige!“) Im Wegebau, in der

Betriebshilfe, wo binnen zwei Jahren der Personalaufwand von 11,2 auf 34,4, ich hoffe, ich habe es richtig im Kopf, angestiegen ist und wo definitiv drinnensteht, daß durchschnittlich im Jahr 500 Mitarbeiter der Kammer mit Förderungsagenden betraut sind. Das hat der Rechnungshofbericht ausgesagt.

Du hast auch über die Vermarktungseinrichtungen gesprochen. Ja, ich spreche mich auch für die Vermarktungseinrichtungen aus, für starke Vermarktungseinrichtungen. Aber sie sind nur so lange gut, solange ihnen das Hemd nicht näher ist als der Rock. Und mit Rock meine ich in diesem Fall die Bauernschaft. (Abg. Grillitsch: „Was heißt das?“) Ich könnte dir jetzt eine Studie von Prof. Millndorfer zitieren mit dem Lebenszyklus der Bürokratie. (Abg. Grillitsch: „Wir reden von der Landwirtschaft!“) Auch für die Landwirtschaft. Ich kann dir die Studie geben. Ich hoffe, du hast verstanden. Gibt es noch Unklarheiten zu dem Punkt? (Abg. Grillitsch: „Das möchte ich klar gestellt haben!“)

Lieber Fritz Grillitsch, machen wir ein Abkommen. Wenn du etwas nicht verstanden hast, dann bitte ich dich, daß wir uns nach meiner Rede draußen treffen, und ich werde versuchen, daß ich dem Abhilfe schaffen kann. (Abg. Kowald: „Sage es jetzt. Du kennst dich selbst nicht aus!“)

Aber um jetzt auf den sachlichen Bereich zu sprechen zu kommen - Fritz, im sachlichen Bereich lasse ich dich ungeschoren - da möchte ich wohl eines klipp und klar feststellen. Man kann keiner Partei vorwerfen, daß sie Bauern zerschlägt und die kleinen Bauern vernichtet, wenn sie im Tierzuchtgesetz bewiesen hat, sich für die Bauern einzusetzen, im Landwirtschaftsförderungsgesetz bewiesen hat, sich für die Bauern einzusetzen, und letztendlich auch im Tierschutzgesetz. Gestern konnte man ja deutlich hören, wie Verantwortliche der Landesregierung mit den von den Freiheitlichen eingebrachten Vorstellungen in die Medien gegangen sind und das als Nonplusultra des Tierschutzgesetzes verkauft haben. Eines, meine lieben Damen und Herren, freut mich natürlich. (Präsident Mag. Rader: „Ich bitte den Herrn Berichterstatter, Bericht zu erstatten, und nicht zwischenzurufen. Sollte er das Wort wünschen, wir er das sicher melden!“) Mich freut besonders, daß sowohl die Abgeordnetenkollegen zur Linken als die zur Rechten und auch in der Mitte im Landwirtschaftsförderungsgesetz mit einem blauen Mascherl herumlaufen. Ich bin ganz besonders stolz darauf, daß wir mit Schwergewicht freiheitliche Vorstellungen, die bauernnah sind, die helfen werden, die bäuerliche Landwirtschaft abzusichern, in diesem Gesetz verankert haben. Ich nenne nur ein paar: Die Jungbauernförderung, die ansonsten vergessen worden wäre, die Kontrolle über die Absatzförderung und über die Bevorratung, eine autarke Landwirtschaft, den Rechtsanspruch, eine verstärkte Ökologisierung mit dem Ziel, daß man das Geld, das man nicht mehr in den Export investieren muß, produktneutral an die Betriebe zurückführen kann, und letztendlich, das war ein Vorschlag der Landwirtschaftskammer, das ausgearbeitete Kulturlandschaftsprogramm. Das einzige, was mir bei diesem Programm abgeht und fehlt, ist nämlich eine bemessbare Einheit. Wenn man nach Bayern hinaus schaut, gibt es Studien über die Quantifizierung der bäuerlichen Leistung

hinsichtlich der Kulturlandschaft. Bei uns gibt es das nicht. In Bayern schaut es so aus, daß man in etwa 1,5 Milliarden Mark rein nur aus diesem Bereich in die Landwirtschaft bringt. Ich glaube, daß da noch Handlungsbedarf gegeben wäre, und da sollte auch Landesrat Pötl als für die Landwirtschaft zuständiger Landesrat sich stark machen. Es ist aber auch die Beratung im Gesetz festgeschrieben. Und eines, das ist ja wohl das heikelste Thema, das ist der Paragraph 18, die Einführung des Landwirtschaftsförderungsbeirates oder des Landwirtschaftsbeirates. Die Landwirtschaftskammer hat ihre Kammerfunktionäre, das heißt die Bezirkskammerräte, mit einer Informationsbroschüre falsch informiert. Sie kennen diese Hochglanzbroschüre, in der drinnen steht, daß der Landwirtschaftsförderungsbeirat in der gleichen Zusammenstellung ist, wie er bereits bei der Erstellung des „Grünen Berichtes“ sich gezeigt hat. Das stimmt nicht, denn weder ist er sozialpartnerschaftlich besetzt noch sonst irgendwas. Es geht um den 16er und 15er Beirat. Wir haben der ÖVP bis zur letzten Sekunde den 16er Beirat angeboten. Wir haben gewußt und sind mit der Zielsetzung an diese Beiratsbesetzung herangegangen, wie ich schon eingangs erwähnt habe, wir brauchen die Verantwortung der Gesellschaft über die Bauernschaft. Ich nehme jetzt nur ein Beispiel aus dem Bundesbahnbereich her. Die Bundesbahnen können aus den Erträgen, aus Frachtkosten und Personenkosten, nur 20 Prozent des Personalaufwandes zahlen, und 80 Prozent werden vom Staat subventioniert. Ginge das ohne politische Verantwortung? Nein! Und unsere Landwirtschaft geht schweren Zeiten entgegen. Und wir brauchen, und ich sage es mit Absicht, die Verbrüderung mit der Gesellschaft. Wir müssen uns selbst aus dieser Isolation herausholen. Der Förderungsbeirat hat 16 Mitglieder, davon sind 15 stimmberechtigt, der Vorsitzende ist der Landesrat, er ist nicht stimmberechtigt. Aus dem ganz einfachen Grund, er kann nicht selbst beraten, was er dann beschließt. Und jetzt komme ich zurück auf die Eingangsposition. (Abg. Kowald: „Hör auf!“ – Abg. Tasch: „Ihr glaubt, ihr habt die Gescheitheit mit dem Löffel gegessen!“) Tasch, und ich habe geglaubt, du bist jetzt auf unserer Seite.

Ich glaube, das ist demokratiepolitisch durchaus vertretbar. Lieber Kurt Tasch, mit deiner Argumentation zwingst du mich zu dieser Aussage. Wenn die ÖVP diesen Beschluß, diesen Paragraphen, nicht mitbeschließen kann, so ist sie soweit, daß sie demokratische Verhältnisse nicht zur Kenntnis nehmen kann. Lieber Kurt Tasch, ich bin auch jetzt dazu bereit, dir in ganz kurzen Punkten zu sagen, was uns zu dem Schritt Kammerreform und jetzt im speziellen Landwirtschaftsförderungsgesetz bewegt hat. Uns wird immer vorgeworfen – (Abg. Tasch: „Du vertrittst nicht einmal 10 Prozent der Bauern!“ – Abg. Dr. Maitz: „Oberdemokrat!“) darf ich jetzt ausreden, bitte? –, daß es eine Verpolitisierung ist. Aber ich war doch relativ lange beim Bundesheer und habe gelernt, daß man einen Auftrag bekommt. Daß man auf Grund dieses Auftrages eine Lage zu beurteilen hat und sich dann einen Entschluß bildet. Und in dieser Lagebeurteilung sind ja auch die vier Hemmfaktoren, die von führenden Wirtschaftswissenschaftlern europaweit festgestellt worden sind. Das ist die institutionelle Skelorse, das ist der interventionistische Staat, wenn

du das verstehst (Abg. Tasch: „Das wirst du mir erklären!“), Formulare, Formulare von der Wiege bis zur Bahre. 56 Förderungen, alle auf einem verschiedenen Zettel, und so weiter, und so fort. Der institutionalisierte Krebs, das ist das Wachstum der ineffizienten Strukturen auf Kosten der gesunden, das darf ich auch dazusagen. Und die gesellschaftliche Immunschwäche, das geht leider nicht mehr, daß man den Problemaufzeiger einfach wegrationalisiert. (Abg. Dr. Lopatka: „Bist du Arzt!“) Du, ich weiß nicht, ich schaue nicht nur ins neue Land hinein. Im Gegensatz zum Kollegen Kowald schaue ich mir ja nicht nur die Zeitungen an, sondern lese auch Positionen und Studien. Ich glaube, Ihnen abschließend sagen zu dürfen, daß dieses Gesetz ein der Bauernschaft dienliches, gutes Gesetz ist und daß wir mit mehr Zuversicht über diese Förderungsvergabe in die Zukunft gehen können. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 21.38 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Ing. Kaufmann.

Abg. Ing. Kaufmann (21.38 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn man sich heute die Debatten angehört hat, dann ist mir ein Trampusch-Wort in Erinnerung gekommen, das er in der ersten oder zweiten Sitzung geprägt hat. Damals sagte Klubobmann Trampusch: „Was wollt denn ihr Jungen da reden? Ihr wißt ja nicht, wie es uns gegangen ist. 40 Jahre haben wir ja nicht einmal fragen dürfen. Jetzt dürfen wir wenigstens fragen und auch bestimmen.“ Und aus dieser Einstellung heraus ist leider die Landwirtschaft unter die Räder gekommen. Denn wenn jemand geglaubt hat, daß das Landwirtschaftsförderungsgesetz, das eigentlich in Teilen sachlich verhandelt worden ist, auch sachlich jetzt argumentiert wird, dann sehe ich mich in dieser Annahme getäuscht. Wir haben gemeinsam beschlossen, daß wir mit dem Landwirtschaftsförderungsgesetz die Erhaltung einer wirtschaftlich gesunden bäuerlichen Landwirtschaft in einem funktionsfähigen ländlichen Raum gewährleisten wollen. Aber wie sieht die Tatsache aus? Wenn man sich heute teilweise die Redner anhört, dann wurde nur Parteipolitik betrieben. Und ich darf hier gleich auf die Kollegin Kaufmann eingehen, die gesagt hat, Agrarpolitik ist keine Bauernpolitik mehr und dient nur der Bürokratie. Sie hat das damit begründet, daß ein Teil der Mittel, und zwar immer mehr Mittel, wie sie es ausdrückte, weniger Effizienz zeigt. Sie hat aber eines vergessen, und das hat sie im nächsten Satz gesagt: Die Agrarindustrie ohne Bauern, die sogenannten Fruchtdesigner, sind die Gegner unserer bäuerlichen Landwirtschaft. Und in einer Zeit, wo ein Kampf stattfindet zwischen bäuerlicher Landwirtschaft und Vertretern einer Agrarindustrie, werden immer mehr Mittel aufgewendet werden müssen, um die bäuerliche Landwirtschaft zu schützen. Auch wenn immer mehr Bauern aufhören, so ist das eine Folge dieses Wettkampfes am Markt. Und wenn die Frau Kollegin Kaufmann gesagt hat, das Agrarsystem ist ein System unter der Käseglocke, in dem der Bauer weg von der Marktwirtschaft produziert, dann müssen wir fragen, wollen wir unseren kleinen steirischen Bauern in einem freien Wettbewerb mit amerikanischen

Großfarmern, mit australischen Großproduzenten? Das überlebt er nicht. Ich glaube also, wenn wir heute von Landwirtschaftsförderung sprechen, dann müssen wir nach neuen Wegen suchen. Dieses Landwirtschaftsförderungsgesetz hat in Ansätzen, die sehr weit von der ÖVP bestimmt und mitgetragen wurden, aufgezeigt, daß es solche Ansätze geben könnte. Aber ich muß auch eines dazusagen: Wenn man immer nur aus parteipolitischer Polemik aufzeigt, was alles anders gemacht werden müßte, ohne eine Lösung anzubieten, dann wird sich nichts verändern.

Ich möchte hier nicht näher darauf eingehen, sondern möchte Herrn Landesrat Strenitz, der leider nicht anwesend ist, aus seinem Rundfunkinterview zitieren. Auf die Frage Spitalsbeirat sagte er wortwörtlich: „Ein Spitalsbeirat wäre ein Rückfall in die Steinzeit des parteipolitischen Proporz. Fachkräfte erarbeiten derzeit Unterlagen, wie die Mittel verwendet werden sollen, und nicht politisch Engagierte.“ (Abg. Vollmann: „Das ist ein Unterschied, dort gibt es einen eigenen Aufsichtsrat!“) Ich glaube, Ähnliches gilt auch für den Landwirtschaftsbeirat, der jetzt installiert werden soll. Wir haben es ja heute gehört. Es geht darum, daß der Landwirtschaftsbeirat einfach ein Beratungsorgan sein soll, Hilfe für den Herrn Landesrat genannt, der diesen Rückfall in diesen parteipolitischen Proporz garantieren soll. Und das lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. (Abg. Dörflinger: „Erklärst du mir, wieso ihr bei den Spitälern einen Beirat haben wollt?“) Ich zitiere nur Herrn Landesrat Strenitz, der mir diesen Denkanstoß gegeben hat, lieber Kollege Dörflinger. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wenn du dem Strenitz nicht hilfst, werden wir das auch brauchen!“)

Danke, Herr Landesrat Schmid. Ich muß also weiterfahren und glaube, Herr Kollege Dörflinger, über eines muß sich die FPÖ jetzt im klaren sein. Herr Kollege Dörflinger, ist ein Beirat ein parteipolitisches Druckmittel, wie es Herr Landesrat Strenitz ausführte, oder ist er es nicht? Wenn er es ist, dann ist auch der Landwirtschaftsbeirat ein parteipolitisches Druckmittel, und das lehnen wir als Bauern entschieden ab. Wir wollen unter keiner parteipolitischen Knute stehen, wenn es um die Gesundheit von Menschen geht, und dort dieses Druckmittel nicht erlaubt ist, und noch viel weniger, wenn es um die Existenz einer Berufsgruppe geht. Wir sind daher der Überzeugung, daß nur ein Sechzehnerbeirat, in dem auch der Herr Landesrat stimmberechtigt ist, jene Ausgewogenheit hat, die diesen parteipolitischen Proporz verhindert.

Vielleicht noch ein Wort zum Kollegen Getzinger und den Streuobstwiesen: Als Oststeirer bin ich über alle Initiativen erfreut, die uns Streuobstbäume erhalten. Das Kulturlandschaftsprogramm der Landeskammer hat das schon lange dargestellt, aber es hat auch die Finanzmittel aufgewiesen, die dafür notwendig sind. Ich sage aber ganz offen: Als Bauern sind die Streuobstbäume für uns keine Frage des Einkommens. Bei einem Preis des Pressobstes von einem Schilling wird gerade die Arbeit bezahlt. Daher kann und muß die öffentliche Hand diese Mittel zur Verfügung stellen. Und das einfachste wäre, wenn das Kulturlandschaftsprogramm der Landwirtschaftskammer, das schon lange vorgestellt wurde, aus öffentlichen Mitteln finanziert wird. Ich glaube aber, nach-

dem die Zeit schon fortgeschritten ist, sollten wir eigentlich unsere Kräfte dafür einsetzen, gemeinsam für die Bauern in einer Zeit der EG-Anpassung aufzutreten, unsere Kräfte gemeinsam zu solidarisieren, um jene Mittel zu erreichen, die notwendig sind, um unsere Bauern auf die EG vorzubereiten. Ich finde es daher unzulässig, wenn immer wieder auf jene Institutionen geschimpft wird, die die Bauern als Fachinstitutionen vertreten, und das ist die Kammer. Einen Satz dazu muß ich aber sagen. Es ist oftmals die Einladung an die FPÖ, Kollegen Peinhaupt, Kollegen Pranckh, ergangen und auch an die SPÖ, Kollegin Kaufmann und andere SPÖ-Vertreter, einmal eine Bezirkskammer zu besuchen, um die Kammer auch vor Ort in ihrer Arbeit kennen und schätzen zu lernen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich werde es dem Kollegen Peinhaupt sagen!“)

Aber leider, Herr Kollege Vesko, war niemand bereit, einmal einen Tag eine Kammer zu besuchen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das kennen wir zur Genüge!“) Wie oft warst du schon in einer Kammer? (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Bis dahin kennen wir das!“) Ich glaube also, daß nur der über eine Sache reden soll, der davon auch etwas versteht.

Ich darf nur appellieren, daß wir im Landwirtschaftsförderungsgesetz nicht Parteipolitik in den Vordergrund stellen, sondern das in den Vordergrund stellen, Herr Kollege Schrittwieser, worum es geht, nämlich um die Bauern, für die wir dieses Gesetz gemacht haben. Daher appelliere ich an alle im Landtag vertretenen Fraktionen, nicht einem parteipolitisch besetzten Beirat, sondern einem Sechzehnerbeirat mit stimmberechtigtem Vorsitzenden die Stimme zu geben, damit wir auch in der Landwirtschaft kein Spielball der Parteipolitik werden und aus diesem parteipolitischen Hickhack herauskommen. Damit würden wir alle den Bauern dienen. (Beifall bei der ÖVP. – 21.50 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich darf darauf hinweisen, daß unsere Redner so anregend sind, daß die Rednerliste noch immer wächst. Ich habe derzeit noch drei Wortmeldungen. Nächster Redner ist der Herr Kollege Trampusch.

Abg. Trampusch (21.50 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus!

Darf ich vorweg etwas aufklären, Kollege Kaufmann. Ich habe gerade nachgezählt. Es sind leider in diesem Hohen Haus nur sieben Kollegen, die miterlebt haben, wie in der Steiermark vor allem die ÖVP seinerzeit die Gründung der Spitalsgesellschaft durchgesetzt hat mit der Hauptbegründung, die Spitäler müssen aus dem politischen Bereich heraus, und deshalb wird die KAGES gegründet. Und deshalb ist es jetzt nicht ganz vergleichbar, wenn man sagt, auch dort wollen wir einen Beirat. Weil das wäre genau das Gegenteil von dem, was die ÖVP vor einigen Jahren erst verlangt hat. Aber es gibt so wenige Zeitzeugen für diese seinerzeitige Haltung der ÖVP. Und es ist noch ein Unterschied, damit man das ausräumt. Die KAGES ist eine Landesgesellschaft. Das ist jetzt nicht eine Anzahl von einzelnen Förderungsnehmern, denn die einzelnen Patienten suchen ja nicht um Förderung an. Andere Förderungsnehmer im Bereiche unserer Gesellschaft, wie die Landwirtschaft, das sind Einzel-

fälle, um die wir uns berechtigterweise kümmern müssen. Daher kann man solche Vergleiche nicht anstellen. Ein Beirat für die Spitalsgesellschaft wäre daher von der Funktion ganz was anderes als etwa für die Landwirtschaftsförderung. Ich glaube, das sollte man aber wirklich auch einmal registrieren. Aber nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, etwas Grundsätzliches. Daß wir eine funktionierende Landwirtschaft brauchen, ist unbestritten, daß wir auch die hohe Aufgabe haben in einer sozialen Demokratie - und ich nenne das nicht parteipolitisch -, den Schwächeren zu helfen in der Gesellschaft, und dazu gehören sicher auch weite Bereiche der Landwirtschaft, müßte auch - (Abg. Dr. Lopatka: „Deshalb wollen wir den Spitalsbeirat!“) du kommst jetzt wieder zurück zum Spital, ich bin schon bei der Landwirtschaft, aber das hast du noch nicht mitbekommen.

Aber weil gerade die Bauernschaft sicher auch diese Hilfe braucht, ist es selbstverständlich die Aufgabe der Gesellschaft, hier zu helfen. Dieser Schutz kann aber nur erreicht werden, wenn wir zu einer sehr gerechten und sehr sensiblen Verteilung der vorhandenen Mittel kommen, die ja nicht unbegrenzt sind. Daher braucht die Förderung für die Landwirtschaft ein Höchstmaß an Objektivität und Gerechtigkeit und bedarf der Veränderung und der Anpassung an neue Gegebenheiten. Und eines gleich vorweg: Niemand hat einen Alleinvertretungsanspruch, auch nicht der Bauernbund. Das sollte man aber wirklich auch einmal ins Treffen führen, weil ich habe gerade auch aus der vorigen Wortmeldung herausgehört, daß man sehr vereinfacht. Parteipolitik ist das, was die anderen wollen, Bauernpolitik ist das, was der Bauernbund will. So einfach kann man sich die Sache heute nicht mehr machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ein Nächstes, über das wir nachzudenken haben. Wir haben leider - ich sage wirklich leider - ein Bauernsterben, das durch viele Ursachen begründet ist. Wenn man den Grünen Bericht aufmerksam liest, dann haben sich im Laufe von zehn Jahren, nämlich von 1980 bis 1990 in der Steiermark die Vollerwerbsbetriebe von 24.763 auf 17.472 verringert, fast 30 Prozent weniger Vollerwerbsbetriebe. Da war aber eine ÖVP-Dominanz in der Regierung, in der Landwirtschaft sowieso. Wenn alles so gut gewesen wäre, wie das heute dargestellt wird, dann hätte es ja gar nicht dazu kommen dürfen. Also das heißt, da ist vieles zu verändern. (Beifall bei der ÖVP.) Der Zu- und Nebenerwerb hat stark zugenommen. Aber er wird zum Teil nicht ernst genommen. Und hier sollten wir auch neue Wege gehen.

Das Nächste: Wer mit offenen Augen durch die Dörfer geht, sieht doch, daß Reichtum und Armut oder sagen wir Existenzangst nebeneinander leben. Wir haben Landwirte, denen es gut geht, und wir haben viele, denen es sehr schlecht geht. Unsere Hauptaufgabe muß es sein, denen zu helfen, denen es schlecht geht. Ich glaube, da werden wir wohl einen gemeinsamen Nenner finden müssen, ohne daß einem gleich Parteipolitik unterstellt wird. Und da ist bei der bisherigen Förderung einiges zu ändern. Mit diesem Auftrag und mit dieser Erkenntnis sind wir in die Parteienverhandlungen gegangen, nicht aus parteipolitischen Gründen, wie das immer dargestellt wird. Nur, eines ist auch klar. Änderungen und Erneuerungen und Umstrukturierungen ergeben immer auf der

einen Seite neue Chancen, auf der anderen Seite aber auch Ängste bei jenen, die bisher Nutznießer des alten Systems waren. Und auch das zeigt sich sehr augenscheinlich in der Diskussion. Die Bauernschaft selbst diskutiert doch draußen ganz anders als manche Bauernvertreter hier im Hohen Haus. Und die Bauern und Nebenerwerbslandwirte brauchen keine Angst zu haben vor Veränderungen, auch nicht die FPÖ. Wir wollen, der Bauernbund muß Angst haben davor, das ist der Unterschied. (Beifall bei der SPÖ.)

Und weil der Kollege Grillitsch so freundlich zu mir gesagt hat, ich habe bei den Verhandlungen auch einmal Probleme gehabt, mentale Probleme. Das stimmt schon, aber nicht so sehr mit dem, was dort eingebracht worden ist, sondern wenn man daran denkt, man setzt sich an den Verhandlungstisch, und dann hört man Schlagworte, die nicht üblich sind. Sicherlich war das mit dem Meuchelmörder ein Ausrutscher, aber es war ja nicht der einzige. Ich habe in Erinnerung von Brandstifter bis zu den Termiten, das ist eine jüngste Formulierung, die ich gelesen habe, von zerbröseln, zerfleddern, ausradieren, in den Abgrund stürzen, zernegern, ein Ausdruck vom Herrn Landesrat. Ich habe ihn nicht gefragt, was zernegern heißt. Zernegern ist für mich das Zerstreuen schwarzer Ureinwohner, und nichts anderes. Ich weiß es nicht.

Aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, markante Sprüche genügen nicht, und Angstmacherei auch nicht, sondern eine sachliche Verhandlung und die Erreichung von Kompromissen ist in der Frage sicher das Richtige. Das ist versucht worden, das ist erreicht worden, aber es stimmt nicht, daß da nur eine Gruppe immer die Vorschläge eingebracht hätte, und die anderen hätten sich überzeugen lassen. Es hat wohl wechselweises Überzeugen gegeben. Und dazu bekenne ich mich auch. Nur, manche haben das heute so dargestellt, daß ich mich gewundert habe, bei welchen Verhandlungen sie waren, es waren nicht die, bei denen ich dabei war. Aber was heißt denn das, wenn wir von Veränderungen reden? Änderungen der Förderung heißt weg von der Überproduktion, da sind wir uns - glaube ich - einig. Und wir wissen auch, daß es zu einer gerechteren Verteilung kommen muß. Jetzt sage ich wirklich etwas, weil jedes Mal, wenn jemand sagt, die Verteilung ist nicht gerecht, heißt es, bitte Beispiele. Darf ich eines bringen? Ich mache es mir nicht leicht. Aber ich habe sehr prominente Zeugen, und darum getraue ich mir das zu sagen. Da hat es am 22. September eine Weinkost des deutschen Generalkonsuls im Raiffeisenhof gegeben. Und da hat ein Tischnachbar, den ich sehr schätze, voll Stolz - (Abg. Kowald: „Warst du dort?“) Ich war dort, ja. Ich habe mir nur einen Unterschied gemerkt, Herr Kollege. Wir Österreicher tun zuerst trinken und dann reden, und die Deutschen tun zuerst reden und dann trinken, weil wir haben sehr lange auf den Wein gewartet. Aber das gehört nicht da her. Aber nur, dort hat ein mir sehr bekannter ehemaliger Politiker, der auch ein guter Weinbauer ist, voll Stolz erklärt, er hat heuer den größten Reibach seines Lebens gemacht. Zuerst hat er einen Hagel gehabt, dann sind die Schätzer von der Kammer gekommen, die haben 50 Prozent Schaden geschätzt - wörtlich -, obwohl die Beeren genau das gebraucht haben, damit die Trauben dann wirklich größer geworden sind, und er hat eine ausgezeichnete Lese gehabt. Er hat gesagt, so etwas ist mir schon

lange nicht passiert. Nur, ich bin hellhörig geworden, weil ich habe mir gedacht, wäre das einem kleinen Weinbauern genauso passiert, daß er voll Stolz erklären kann, er hat 50 Prozent Schaden ersetzt bekommen, und in Wirklichkeit hat er eine größere Ernte gehabt als je zuvor. Bitte, darüber müssen wir nachdenken – und das bitte kann jeder von euch hinterfragen –, da stimmt doch einiges nicht. (Abg. Kowald: „Sage mir, wer das war!“) Ich sage es dir gerne, frage den Herrn Präsidenten Gady, und frage den Herrn Direktor Strempfl, die sind mit mir an dem gleichen Tisch gesessen. (Abg. Dr. Maitz: „Sage den Namen!“) Wer es gesagt hat? Gerne! Wollt ihr es wissen?

Der ehemalige Landesrat Dr. Heidinger war das. Ist das klar? Damit wir miteinander deutsch reden. Ich wollte es nicht sagen. Aber das war nur ein kleines Beispiel, was draußen in der Praxis wirklich passiert. Ich habe, Herr Kollege, dieses Beispiel ja nicht erfunden. Das ist ja voll Stolz dort eingebracht worden vor Zeugen. Ich habe es nur hier gesagt, daß es anscheinend doch solche Fälle gibt. Nichts anderes will ich damit sagen.

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir sagen, mehr Geld zu den Bauern, dann heißt das ja auch eine Umstrukturierung in anderen Bereichen. Denn für die Landschaftserhaltung und für die Landschaftspflege brauche ich viel weniger Dünger, viel weniger Saatgut, viel weniger Spezialmaschinen und viel weniger Silos für die Lagerhaltung. Und da fangen die wirtschaftlichen Interessen der Lagerhausgenossenschaften, Raiffeisen und so weiter, an. Das ist ja zusätzlich ein Problem, mit dem wir zu kämpfen haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Denn eines ist auch klar: Früher war die Kirche im Dorf der höchste Punkt; heute ist es der Silo der Lagerhausgenossenschaft. Da hat sich doch einiges verändert. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch etwas, niemand will die Bauernkammern auflösen. Das ist doch ein Märchen. Ich sage respektvoll, die Bauernkammern leisten wertvolle Beratungs- und Vertretungstätigkeit. Dazu bekenne ich mich. Aber das sollen sie auch tun, denn die EG, die ins Haus steht, bringt uns nicht nur neue Probleme, sondern auch Aufgaben. Aber die Verteilung von Steuergeldern ist überall durch politische Kontrollen und nicht durch eine Kammer bedingt. Die Beispiele sind in der Steiermark bekannt. Die Handelskammer hat rund 36.000 Mitglieder. Sie vergibt ja auch nicht alle Gewerbeförderungen. Die Arbeiterkammer hat 461.000 Mitglieder. Sie vergibt auch nicht die Mittel der Arbeitsmarktverwaltung. Und die Bauernkammer (Betriebsinhaber und Angehörige) hat in etwa 58.000 Mitglieder. Die Bauernkammer erhebt einen Alleinverteilungsanspruch. Und das ist nicht richtig, und das soll geändert werden. Es ist aber sicherlich erlaubt, hier neue Vorschläge und Wege zu gehen. Nichts anderes ist mit diesem Landwirtschaftsförderungsgesetz versucht worden. Die Bauernkammer soll sich auf die Vertretung und Beratung konzentrieren. Das ist ihre wichtigste Aufgabe. Und dazu stehen wir auch. Wenn diese Mittel gerecht verteilt werden, dann wird es diese Monopolstellung der Vergangenheit nicht mehr geben. (Abg. Kowald: „Kannst du mir einen Fall sagen?“) Des Bauern-

bundes, falls du das nicht weißt. Herr Kollege, bei der Knappheit der Mittel ist das auch kurzfristig, denn je mehr Kräfte in die Verantwortung miteingebunden werden, umso mehr Verantwortliche wird es auch geben, damit jenen möglichst viel Geld in der Landwirtschaft zukommt, die es wirklich brauchen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und das ist auch die Aufgabe des Förderungsbeirates. Die politische Verantwortung des zuständigen Landesrates bleibt davon unberührt. Daher werden wir dem ÖVP-Abänderungsantrag auch nicht zustimmen, der da eingebracht worden ist und lautet, daß der Paragraph 18 ersatzlos zu streichen ist, sondern wir bleiben bei dem Antrag, der heute eingebracht wurde von Kollegin Kaufmann und anderen, zu dem sich jetzt auch Vertreter der ÖVP bekennen mit der Abänderung, mit dem Kollegen Maitz und anderen besprochen, daß dort, wo in dem Beschlußantrag innerhalb von 14 Tagen gestanden hat, immer das Wort ehestmöglich steht. Wir vertrauen dem Hohen Landtag und allen, die das mitbeschließen, daß dann dieser Beirat in der Form auch ehestmöglich installiert wird. In dem Sinne bitte ich um die Annahme dieses Beschlußantrages. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 22.05 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

Abg. Ing. Löcker (22.05 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Kollege Trampusch hat gesagt, daß der Silo der Genossenschaft größer sei als der Kirchturm. Aber ich habe auch noch kein Gebäude der Sozialversicherungsanstalt mit einem Wochenendhaus verwechselt. Das ist mir auch noch nicht passiert. (Abg. Vollmann: „Meinst du die Burgen der Handelskammer?“) Darüber können wir reden. Ich möchte gerade auf das Thema kommen. Ich werde es ganz ruhig machen, Heinz. (Abg. Trampusch: „Die Macht hat überall ihre Symbole!“)

Aber wenn der Kollege Trampusch sagt, daß die Handelskammer auch nicht die Wirtschaftsförderung vergibt und die Arbeiterkammer die der Arbeitsmarktverwaltung, da muß man schon sagen: Wir wissen schon, zu welcher Couleur der Sozialminister und die ganzen Vergabeausschüsse des Sozialministeriums gehören. Dort sind die Mehrheiten eindeutig geklärt. Da brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Dort gibt es eine andere Sprachregelung. (Abg. Vollmann: „Wohin gehört der Landwirtschaftsminister?“) Aber ich möchte keine Zwischenrufe provozieren, sondern einen beruhigenden Beitrag leisten.

Es geht um die Ausgliederung der Vergabe von Förderungen. Wenn man einen Wirtschaftsbetrieb erfolgreich führen will, dann muß man zuerst einmal wissen, was man machen will. Dann muß man ein Organigramm erstellen, damit man weiß, welche Funktionen und welche Schaltstellen notwendig sind und mit welchen Personen man sie besetzt, um erfolgreich bestehen zu können. Die Politik und die Demokratie kennen dieses Instrument nicht. Aber es gibt hier Wahlen, es gibt hier Geschäftsordnungen, und es gibt hier Gesetze, nach diesen zu handeln ist. Eigentlich ist die Wahl darübergestülpt. Und die Wahl,

zum Beispiel in diesem Landtag, hat ergeben, daß die Sitze, wie sie hier sind, vergeben worden sind und daß in der Landesregierung vier ÖVP-, vier SPÖ- und ein FPÖ-Regierungsmittglied sitzen. Die Geschäftsordnung der Landesregierung sieht Kompetenzabgrenzungen vor, für welchen Bereich der politische Referent jeweils zuständig ist. Man würde also glauben, laienhaft, daß ein politischer Referent für seinen Bereich verantwortlich ist beziehungsweise jene Organe, die für ihn mitarbeiten. Nun stelle ich in der Steiermark fest, daß dort, wo zum Beispiel die SPÖ das Referat leitet, dieses sehr geschlossen als Block geführt und verwaltet wird, und daß alle Referate, die vorwiegend von der ÖVP verwaltet werden, dann unter dem Titel Nachvollziehung des Wahlergebnisses demokratisiert werden. Das heißt also, in den der ÖVP nach Wahlrecht genau anteilmäßig verbliebenen vier Regierungssitzen werden jetzt überall Beiräte eingerichtet, und die werden dann demokratisch so besetzt, daß nicht einmal der Referent mehr ein Abstimmungsrecht hat und daß die ÖVP keine Mehrheit hat. Sprich also, von den neun Regierungsreferaten sind fünf ohnehin nicht der ÖVP angehörig, und die restlichen vier werden demokratisiert, so daß der Referent dort auch nichts zu sagen hat. Der Kollege Kaufmann hat schon früher erwähnt, ich brauche es deswegen nur kurz wiederholen, daß der Kollege Strenitz ganz laut aufgeheult hat. (Abg. Vollmann: „Die Wahrheit sagst du momentan nicht!“) Ich komme schon hin auf die Wahrheit. Ich möchte grundsätzliche demokratiepolitische Überlegungen anstellen, grundsätzliche. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Im Wohnbaubeirat ist das auch so!“)

Der Kollege Strenitz hat gesagt, das wäre ein Rückfall in die Steinzeit der Demokratie, wenn in einem Referat, wo der Abgang, der durch das Land bedeckt werden muß, die Steigerungsraten von 1990 von 1,4 auf über 3 Milliarden im kommenden Jahr wahrscheinlich gewachsen sind. Diese Größenordnung, also plus 1,6, 1,7 Milliarden Schilling, und hier wäre ein Beirat zur Kontrolle des Einsatzes dieser Mittel ein Rückfall in die Steinzeit der Demokratie. (Abg. Vollmann: „Frage den Herrn Landeshauptmann, wie er die Feuerwehrmittel vergibt!“) Und wenn nun in der Landwirtschaft ein zuständiger Referent und Landesrat da ist, der sich auf eine demokratisch, mit etwa 85 Prozent gewählte Mehrheit in der ureigenen landwirtschaftlichen Vertretung berufen und stützen kann, wenn das dann sozusagen demokratisch wirksam werden soll, dann ist das nicht möglich. Dann wird mit der Mehrheit dieses Landtages drübergefahren. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist ganz etwas anderes. Nicht Äpfel mit Birnen vermischen als Bauer!“)

Herr Kollege Vesko, ich kann Referent sein in einer Abteilung. Wenn ich aber keinen Einfluß als Referent mit meiner Partei auf den Einsatz der Mittel meines Referates mehr habe, dann bin ich ein Papierreferent. Und in diese Richtung soll das gesteuert werden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was ist im Wohnbeirat? Da hat der Stoppacher den Vorsitz!“) Die Mehrheiten sind demokratisiert. Ich möchte nur auf etwas hinweisen: Ich fürchte langsam, daß die politischen Referenten sich für ihre Bereiche nicht mehr verantwortlich fühlen werden, weil sie ohnehin sagen können, daß die Beiräte so entschieden haben. Ich glaube es auch nicht, weil wir gute Landesräte haben.

(Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Der Beirat berät, und entscheidet nicht!“) Bitte, erklären Sie mir, wieso sagt der Landesrat Strenitz, das ist ein Rückfall in die Steinzeit der Demokratie, und dasselbe wird woanders verlangt? Erklären Sie mir das. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Weil er es nicht verstanden hat!“) Ja, gut! Im übrigen, der Herr Kollege Vesko macht mich aufmerksam. Die SPÖ unterstützt das neue freie Spiel der Kräfte sehr heftig, auch das der Freiheitlichen Partei. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die Beiräte sind schon vorher bestimmt worden - Wohnbaubeirat!“) Er unterstützt das. Aber die Häuslbauer haben nicht demokratisch abgestimmt über ein Gremium so wie über die Landwirtschaftskammer als ihre Interessenvertretung. Das gibt es im Wohnbau nicht. Die Häuslbauer haben davon nie demokratisch Gebrauch gemacht. Man muß schon die Basis berücksichtigen, die historisch gewachsene Basis.

Und nun sage ich an die Adresse der SPÖ abschließend etwas. Ihr habt heute eine Freude, wenn die ÖVP unterliegt. In Wirklichkeit aber wird ein Gremium geschaffen, wo neulich die FPÖ das Zünglein an der Waage ist, und in Zukunft wird die FPÖ, ohne daß ich sie damit schmälern will, aber als noch immer kleinste Partei dieses Landtages entscheiden, wie in allen Referaten dieses Landes das Geld verteilt wird. Und ob das dann auf Dauer gesehen demokratiepolitisch in Ordnung und dem Wählerwillen entsprechend ist, daran möge man später einmal denken. (Beifall bei der ÖVP. - 22.12 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung stammt vom Herrn Abgeordneten Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (22.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kollegen!

Erstes Ziel und Zweck des Landwirtschaftsförderungsgesetzes ist die Erhaltung der Vollerwerbslandwirte und der Nebenerwerbslandwirte. Und ich glaube, wenn ich das als Überschrift heute nach soviel Diskussion an den Tag lege, dann möchte ich den Zweck nur damit unterstreichen, um ein paar Beispiele vorweg zu bringen. Ich glaube, es ist einfach entscheidend, nachdem ich aus der Südoststeiermark komme, aus dem Grenzland, ist es sicher wichtig, daß wir im Gesetz die Bergbaugebiete und vor allem das Grenzland drinnen haben. Das Grenzland ist sicher eine entscheidende Sache hier in diesem Gesetz, natürlich auch die Erholungslandschaft, das gehört wirklich dazu, Boden, Wasser, Luft und natürlich auch der Fremdenverkehr im Thermenland. Ja, bestmögliche Versorgung mit Lebensmitteln und vor allem auch in Krisenzeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann hiezu nur eines sagen, es freut mich, und das möchte ich sagen, wenn auch vorher hier die Devise war, dann haben die Freiheitlichen alles zu reden, es freut mich trotzdem, daß wir gemeinsam einen Initiativantrag mit der FPÖ und unserer Fraktion, den Sozialdemokraten, einbringen konnten für das neue Landwirtschaftsförderungsgesetz, denn sonst wäre es nicht dazu gekommen. Das möchte ich hier auch einmal sagen. Und dazu stehe ich natürlich auch. Und wenn dies

auch ein Dreiparteiantrag geworden ist auf Grund dieser Verhandlung, der nur in einem Punkt keine Einigung fand, im Paragraphen 18, dann muß ich sagen, ich sehe hier nicht ein so großes Problem, Herr Landesrat, denn ich glaube, wenn es wirklich um die Bauern geht und es unpolitisch sein soll, so wie Sie es vorher genannt haben, dann kann dort ja wirklich nicht ein so großes Politvertreten sein. Ich muß ganz ehrlich sagen, auch mein Kollege aus meiner Region hat vorher hier am Rednerpult – das hat mich bewegt, obwohl ich sehr verkühlt bin und heute, glaube ich, gesundheitlich nicht unbedingt auf der Höhe bin, herauszugehen – gesagt, hier wird nur Parteipolitik gemacht. Ich glaube, so ist es ja wirklich nicht, denn ein jeder, der vom Land kommt, und ich als Bürgermeister einer Landgemeinde weiß, glaube ich, sehr wohl, welche Probleme es dort gibt und wo die Probleme zu Hause sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die Abgeordnete Kaufmann heute gesagt hat, auf vier Bauern fällt ein Beamter, dann muß da irgendetwas nicht stimmen. Das kann doch nicht richtig sein. Ich glaube, soviel Kontrolle brauchen die Bauern mit Sicherheit nicht und auch nicht soviel Beratung. (Abg. Kowald: „Wen hast du mitgezählt?“) Ich habe das zitiert, ihr könnt es umrechnen, aber das wäre vielleicht eine Hausaufgabe. (Abg. Dr. Lopatka: „Was hast du in der Schule im Rechnen gehabt?“)

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen die Direktförderung, und ich glaube, die Direktförderung schon in Blickrichtung EG. Schauen Sie, und wenn Sie schon sagen, wen ich alles mitgezählt habe, ihr alle wißt, daß wir über 500 Kammerangestellte haben in der Steiermark, und natürlich kosten die auch sehr viel Geld. (Abg. Kowald: „Sie arbeiten fleißig!“) Ich habe nicht gesagt, daß die nichts arbeiten, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Kollege. (Abg. Kowald: „Die tun was für ihr Geld!“) Aber ich kann auch eines dazu sagen, auch die Gemeinden machen sehr viel bei den Erhebungen. Und wenn ich gehört habe, wie viele Erhebungen im Jahr gemacht werden und daß alles die Kammer macht, dann muß ich ganz ehrlich sagen, ihr müßt keinen Kontakt mit euren Bürgermeistern haben, weil das glaube ich nicht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kowald: „Wenn alle so arbeiten würden, dann würde es in Österreich anders ausschauen!“) Ja, ich glaube es schon. Ich weiß, daß ihr da Angst habt. Aber ich habe vorher auch entnommen, daß es geheißen hat, nur die halben haben mit den Förderungen zu tun. Manche haben gesagt 50, manche 70, inzwischen hat es geheißen, die halben haben damit zu tun. Ist die andere Hälfte parteipolitisch eingesetzt? Das hoffe ich nicht, wenn es wirklich um Politik geht. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Dr. Lopatka: „Du bist heute sehr sachlich!“ – Abg. Kowald: „Verwechselst du das mit der Arbeiterkammer?“) Entschuldige, daß du schon bei einem anderen Thema bist um diese Uhrzeit, das habe ich nicht gewußt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte ein bißchen auch auf unseren Bezirk eingehen, und da muß ich sagen, ich mußte mit Verwunderung vor ein paar Jahren feststellen, als die Schließung der Molkerei erfolgt ist, daß man das so tatenlos hingenommen hat. In welche Richtung ist das gegangen? Heute, wenn ich wirklich draußen bei uns unterwegs

bin, und ich glaube, das kann ich auch aus meiner Gemeinde sagen, dann haben wir fast kein Rindervieh mehr. Ist klar, inzwischen haben sie sich ein Kühlgerät kaufen müssen, meinetwegen auch der Hygiene halber. Aber ich muß auch dazusagen, wie kann man eine Molkerei zusperren, die damals einen Spitzenkäse erzeugt hat, und man ein Jahr vorher groß herausgeschrien hat, daß sie Weltklasse ist. Aber die Molkerei ist zugesperrt worden. Ich möchte aber auch ein kleines Geschichtchen – müßte ich fast sagen – erzählen, wie es zugeht mit den Förderungen. Ich habe das schon einmal erzählt, aber ich muß es noch einmal bringen, weil es heute geheißen hat, es geht um Parteipolitik. (Abg. Kowald: „Das hat damals nicht gestimmt!“)

Lieber Freund Kowald, es hat damals gestimmt, und ich erzähle es dir noch einmal, wahrscheinlich hast es schon vergessen oder hast dir eingebildet, es kann nicht so sein. Aber der Kammerobmann von Feldbach heißt Zach und ist der Nachfolger des Abgeordneten Kaufmann. Und wenn es nicht stimmt, wird er ja sicher herauskommen zur tatsächlichen Berichterstattung, nehme ich an. Schauen Sie, als die Grenzlandförderung erhöht worden ist, der fiktive Einheitswert von 200.000 Schilling auf 350.000 Schilling, hat man natürlich neue Erhebungen durchführen müssen, um zu wissen, ob nicht der eine oder andere doch eine Förderung zusätzlich bekommt. Und auf diesem Wege ist folgendes passiert: Ich habe zur Kammer angerufen, ob ich wissen kann, wer hier noch zusätzlich eine Förderung bekommt. Es ist mir persönlich ausgerichtet worden, weil nach Intervention habe ich dann selber am Telefon mit ihm reden wollen, es ist mir persönlich ausgerichtet worden, daß man mir das nicht sagen kann, denn der Ortsbauernobmann hat die Unterlagen. Nur, der Bauer ist dort gesessen in der Gemeinde und hat das nicht verstanden, warum er keine Auskunft bekommt. Da frage ich, was ist Parteipolitik? Ich weiß nicht, aus welchem Grund er es mir nicht gesagt hat. Er wird ja nicht angenommen haben, daß ich das nicht weiter erklären kann. Ich glaube, das wird man nicht unterstreichen. (Abg. Kowald: „Er hat dich am Telefon nicht gekannt!“) Ja, in einem hast du sicher recht. Wir haben noch kein Telefon, wo wir uns sehen. Aber ich glaube, wenn ich mich vorstelle dort als Bürgermeister, und er weiß sehr wohl, wer ich bin, wird das das Problem nicht sein. (Abg. Kowald: „In der Zwischenzeit kennt er dich!“ – Abg. Gennaro: „Überall die gleiche Vorgangsweise!“) Ja, im Bezirk ist das schwierig, bei 55 Bürgermeistern und einer anders gesinnt ist, ist das sicher fast nicht verständlich. Aber inzwischen wird er schon dazugelernt haben. Und ich muß sagen – (Abg. Dr. Lopatka: „Du bist schon berühmt, aber nicht so berühmt!“ – Abg. Kowald: „In der Zwischenzeit kennt er deine Stimme!“) Ja, weiß ich, selbstverständlich. Inzwischen können wir mehr. Es ist klar, eine Steigerung ist möglich. Aber ich muß sagen, gerade durch dieses Beispiel halte ich es sehr wohl für sehr gut, daß es einen Rechtsanspruch für diese Grenzlandförderung und für die Bergbauern gibt, denn hier – und das kann ich aus meiner Zeit sagen – war es nämlich früher so, daß manche vergessen haben. Jetzt hätte er trotzdem einen Rechtsanspruch, um diese Förderung in Anspruch zu nehmen. Jetzt brauchen wir nicht vergessen. (Abg. Kowald: „Warum hast du im Ausschuß nichts

gesagt?“) Ich habe es in meiner Fraktion sehr wohl gesagt, daß ich dafür bin. Ich glaube, ich war einer der ersten, der gesagt hat, er ist dafür. Das wird die Monika mit Sicherheit bestätigen. Aber wir sind ja demokratisch, wir unterhalten uns ja im Ausschuß. Ich weiß nicht, wie das bei euch ist. (Abg. Kowald: „Erzählst, was du gesagt hast?“) Aber so ist es auf jeden Fall bei uns. Aber ich möchte noch etwas anderes erzählen. (Abg. Dr. Lopatka: „Denk an deine Gesundheit!“) Das gefällt mir, wenn du so Anteil nimmst.

In meiner früheren Zeit, ich war immerhin 13 Jahre im ganzen Bezirk bei der Vermessung unterwegs, hat es keine Katastralgemeinde und keinen Ort gegeben, wo ich nicht unterwegs war. Ich habe damals sehr viel, weil wir sind ja ein ländlicher Bezirk, wie ihr alle wißt, mit den Landwirten zu tun gehabt. Und ich komme in der Zeit von 1971 an miterleben, wie die Kammer mit ihren Beratungen, denn sehr oft war ja auch etwas zum Vermessen dabei, damals empfohlen hat, baut einen neuen Rinderstall, denn es gibt diese und jene Förderung. Die Bauern haben wunderschöne Rinderställe gebaut. Zirka fünf, sechs, sieben, acht Jahre, ich will jetzt nicht alle genau zitieren, aber so ungefähr in dem Rahmen, aber maximal zehn Jahre später hat die Kammer empfohlen, baut um, weil das ist doch nicht das beste Geschäft. Macht daraus lieber einen Schweinestall. Und wie sie Schweine drinnen gehabt haben, dann sind wieder einige Jahre vergangen, ist man draufgekommen, man gibt eine Förderung, damit man die Schweine rausgibt. Heute haben sie einen Stall, nur bezahlt haben sie ihn noch nicht. Das ist das Problem. Ich glaube, das ist nicht die beste Förderung, die es da gegeben hat. (Abg. Kowald: „Tust nichts verwechseln und vermischen?“) Das hast du heute gemacht. Du hast nicht gewußt, wovon du redest. Das ist mir auch aufgefallen. (Abg. Kowald: „Du darfst nicht vermischen!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß jemand unter Umständen, wenn er sein Wirtschaftsgebäude noch nicht bezahlt hat und keine Einnahmen hat, natürlich arbeiten gehen muß, unter Umständen sogar wegpendeln, oder er verkauft ein paar Grundstücke, und er ist kein Bauer mehr. Ich glaube, das kann einfach nicht die richtige Förderung sein. Ich möchte aber noch etwas anderes anhängen, und zwar, weil es immer heißt, der Förderungsweg ist richtig, wenn man die Genossenschaften fördert. Ich kenne aus dem Bezirk Feldbach Müller, die einen großen Silo haben, die Getreide brauchen würden, wenn Erntezeit ist, weil sie es selber einsperren können. Nur, sie kriegen keines von Niederösterreich, weil die Genossenschaften ihre Silos voll haben müssen, weil sonst müssen sie sagen, sie sind umsonst. Also, ob das wirtschaftlich ist, ist auch wieder ein anderer Fall. Aber das kann ich auf jeden Fall bestätigen. Weiters kann ich euch etwas anderes bestätigen: Wenn es heute um ein neues Futtermittelgesetz geht, das jetzt gerade in Arbeit ist, dann weiß man sehr wohl, daß es strenge Auflagen gibt. Auf der anderen Seite aber, wenn jetzt sich Bauern zusammentun und eine Förderung beziehen und selbst das mischen, unterliegen sie nicht diesen Vorschriften. Auch dies wird ein Punkt sein, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und der Bauern aufrechtzuhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren und liebe Abgeordnete! Ich frage mich aber auch, warum habt ihr eure Bauernbundfunktionäre aus dem Landtag abgezogen? Wenn sie wirklich so gut sind, dann hätten Sie sie ja gleichzeitig Kammerobmann sein lassen und hätten Erfahrungen eingebracht. Aber man hat sie abgezogen. (Abg. Purr: „Dein Unverständnis ist gigantisch!“) Ich habe euch die Frage gestellt. Ich bin nicht da, um zu beantworten. Ich habe ja euch gefragt, weil wir haben ja niemand abgezogen. Wir haben dort keinen Bauernfunktionär an dieser Stelle. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte hier wirklich einige Dinge aufzählen, und ich weiß auch, daß sie für manche keine Freude waren. Das ist einmal so. Aber ich glaube schon, daß gerade deshalb entscheidend ist, daß wir hier dieses Gesetz heute beschließen und daß es in Zukunft auch draußen transparent ist, welche Förderungen es gibt, und daß sie gerecht verteilt werden und, wenn es nötig ist, auch geändert werden. Man kann sie nicht immer gleich lassen, denn die Zeit ändert sich einfach. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir einfach für die Bauern sein müssen und für die Zukunft der Bauern. Dann werden wir gemeinsam auch für unsere Landwirtschaft sein und gemeinsam für die Steiermark auch etwas weiterbringen. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ. - 22.24 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Kaufmann.

Abg. Ing. Kaufmann (22.24 Uhr): Ich will es nicht verlängern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nur ein paar Aufklärungen geben. Wenn ein Betrieb, der für 120.000 Liter ausgelegt ist, nur mehr 40.000 Liter an Tagesanlieferung hat, die ganz klar noch weiter zurückgehen werden, dann muß er irgendwann einmal schließen. Das war der Grund, warum die Molkerei Feldbach geschlossen hat, weil viel zu wenig Milch zur Verarbeitung da war - ein ganz normaler Grund. Es wurden dann Verträge mit der „Agrosserta“ und so weiter geschlossen.

Zum Kammerobmann Zach ein Wort: Er war frisch im Amt, wußte nicht, ob er am Telefon Auskunft geben darf, hat natürlich am Telefon die Antwort abgewimmelt. Aber das haben wir schon öfter besprochen, Herr Kollege Schleich. Daher ist es kein Problem mehr. Zur Empfehlung der Kammer, Rinderställe zu bauen: Ich wäre froh, wenn heute in unserem Gebiet noch jemand Rinderställe bauen würde. Aber die Spezialisierung und der hohe Maisertrag haben dazu geführt, daß dann Schweineställe anstelle von Rinderställen gebaut wurden mit den ganzen Problemen, die wir auch damit haben. Vielleicht ein Wort noch. Ich selbst war einer der Kammerobmänner, die aus der Kammer ausscheiden mußten, als ich das Mandat angenommen habe. Und jetzt frage ich, gerade der Entpolitisierung der Kammer hat dies gedient, und das war eine der Ursachen, daß wir unsere Funktionen in der Kammer zurückgelegt haben. Eure Forderungen waren es ja immer, heraus aus der Ständevertretung mit den Politikern. Und plötzlich wird darum geweint. Ich verstehe die Welt nicht mehr. Danke. (Beifall bei der ÖVP. - 22.26 Uhr.)

Präsident: Ich bitte Herrn Landesrat Pörtl, seine Wortmeldung in Anspruch zu nehmen.

Landesrat Pörtl (22.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Chibi, ich lasse mich von niemandem einbremsen. Ich habe sogar den schweren Verdacht, daß die heutige dringliche Anfrage uns dieses Abendgebet beschert hat, damit dieser entscheidende, und da kann ich mir schon allerhand vorstellen, Diskussionsblock möglichst in der Nacht stattfinden wird. Ich hoffe, daß das die Medien wieder ausgleichen und diese Inhalte öffentlich vermitteln. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir haben sie nicht an die letzte Stelle der Tagesordnung gesetzt. Es hätte genausogut der Tagesordnungspunkt 5 sein können. Diese Unterstellung weise ich ganz entschieden zurück!“ – Beifall bei der SPÖ.) Das könnt ihr jetzt im Protokoll nachlesen, wo ich gesagt habe, ich hoffe nicht, daß es diese Überlegung war. Das habe ich sehr genau gesagt. Ich lasse mich da nicht irritieren. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Bleiben wir bei der Wahrheit. Das ist eine Unterstellung!“)

Meine Damen und Herren, das beweist eure gewisse innere Unruhe bei dieser Entscheidung. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Aber, gar keine Unruhe. Wir freuen uns auf das Referat!“) Ich lasse mich mit dieser Entscheidung nicht zum Schiedsrichter hinstellen. Ich will mitspielen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Vollmann: „Das glauben wir!“) In der Regierung soll ich spielen, und hier soll ich Schiri spielen. Kommt alle auf den Sportplatz. Der Schiri ist der Beliebteste. Jetzt kenne ich mich genau aus, um was es geht. Es schimpfen die Zuschauer, und die Spieler schimpfen. Das ist ein klares Feld, das damit klar auf dem Tisch liegt.

Gott sei Dank, meine Damen und Herren, das möchte ich jetzt ganz offen sagen: Es ist ja nicht emotionslos heruntergegangen, und es wäre schlecht, wenn ein Bauer, der selbst eine Regierungsverantwortung hat, ohne Saft und Kraft wäre, noch dazu mit einigem historischem Hintergrund. Das wichtigste ist, daß ich als Kleinbauer mit Hilfe von Förderungs- und Beratungsmöglichkeiten überleben und mich spezialisieren und beweglich bleiben konnte. Das ist der eigentliche Punkt, warum ich da in Saft gehe. Solche Dinge in Frage zu stellen, ist mit diesem Förderungsgesetz Gott sei Dank nicht passiert. Aber es wird vor allem versucht, den Aktionsradius in der Hinsicht etwas einzuschränken. Ich behaupte jetzt ein paar Dinge: Mit dem bisherigen Landwirtschaftsförderungsgesetz haben wir jetzt schon 2000 Biobauern, haben wir jetzt schon die Fruchtfolgeförderung, haben wir jetzt schon die Bergbauernförderung, auf den Betrieb bezogen, haben wir jetzt schon diese Vielfalt, die wir in der Gesamtleistungskraft bei den Erntedankfesten schön vollmundig loben und preisen. Und da kommen dann Reden, zum Beispiel von der Kollegin Kaufmann, wie traurig das alles ist. Selbstverständlich ist ein Strukturwandel da – das ist überhaupt keine Frage. Und selbstverständlich haben wir Naturereignisse – weil GATT angesprochen würde. Das sind um 21 Prozent weniger Exportchancen. Wenn ich an die Rinderwirtschaft denke: Wie soll ich die grünen Wiesen halten? Ich muß mich jetzt zurückhalten. Aber weniger Ertrag mit gleich viel Arbeit und

mehr Einkommen, wie soll das über die Runden gehen? Da hinten sitzen die Bauern, und die werden das abschätzen können, wie das vor sich geht, ob wir diese Mittel aufbringen. Um diesen Ausgleich herzustellen, freue ich mich auf die ersten Vorschläge im Förderungsbeirat, wie das praktisch funktioniert.

Wir haben immer die Methode vertreten, die entscheidendste Frage ist, den Bauern fischen zu lehren, und nicht die Fische vorschmeißen. Und wir haben jetzt mit Recht – (Abg. Peinhaupt: „Das ist ein Mißverständnis!“) Nein, nein, Kollege Peinhaupt, da ist kein Mißverständnis, das kannst du dir ruhig aufschreiben, ich sage noch etwas dazu. Das ist immer der interessante Bereich. Wir haben ein Recht auf Kulturleistungsbereiche. Ein Recht darauf, erbrachte Leistungen, wenn sie im Produkt nicht zum Unterbringen sind, die Möglichkeit zu haben, das auszugleichen. Dazu gehören finanzielle Mittel. Ideen haben wir an und für sich jede Menge, und die Frage, daß wir vom Markt abgeschottet sind, bitte, die Wortmeldung vom Kollegen Kinsky zur Forstwirtschaft, wenn sie das laut draußen sagen, dann bin ich mir nicht ganz sicher, ob da die Wellenlänge ruhig bleibt. Was wir derzeit mitmachen auch im Viehbereich trotz dieser Förderung, am Markt diese Auseinandersetzung. Ich bin ja sehr gespannt, wie das in der Praxis im Grunde ablaufen wird, wo nur Experten auftreten. Ich muß wirklich sagen, die Schließung der Molkeereien, wer hat denn dieses Ausgleichssystem im Milchwirtschaftsfonds mit Lust und Leidenschaft zerstört? Daß dieser Ausgleichsmechanismus die kleinen, schwächeren Molkereien sozusagen gehalten hat, das ist weg. Jawohl, wir haben gesagt: Wenn, dann mehr Markt, wir müssen in den Wettbewerb, überhaupt keine Frage, aber nicht nachher die Agrarpolitik allein dafür verantwortlich machen, wenn solche strukturelle Veränderungen sind, dann ist das eine einäugige Betrachtungsweise. Ich glaube, die Gegenoffensive ist, neue regionale Initiativen weiterzuentwickeln. Das mit dem Kuhstall habe ich alles im eigenen Bereich miterlebt, diese Veränderung. Wir haben sogar die Verpflichtung, den Strukturwandel gerade in den südost- und westlichen Teilen der Steiermark weiterzuentwickeln, weil wir die natürlichen Rahmenbedingungen in den Grünlandgebieten haben. Wenn wir diesen Betrieben nicht in der Milch- und Viehwirtschaft eine Chance geben, ist in Wahrheit dieses Gesamtkonzept nicht richtig programmiert. Die Beratung in den letzten Jahren und auch die Förderung in der Kombination hat viel erreicht – und da muß ich einige Zahlen sagen. Ich müßte ja sogar ein bißchen Genesis machen, aber die Zeit ist sehr knapp. Bitte, der erste Antrag war ein Ökologisierungsantrag von der Sozialistischen Partei. Wegen der Zeiten will ich mich gar nicht jetzt hineinsteigern. Ich könnte es genau erklären. Ich habe noch eine Verhandlungsrunde gehabt. Dort drüben sind wir gesessen. Die sozialistische Fraktion und die ÖVP-Fraktion, und der Kollege Peinhaupt hat drüben die Pressekonferenz gehalten. (Abg. Peinhaupt: „Die Freiheitliche Partei war bei den Parteienverhandlungen!“) Nein, nein, bei der ersten nicht. (Abg. Peinhaupt: „Am 22. September um 10 Uhr!“) Ja, September. Aber ich will ja nicht nachtragen, nur, ich lasse mir da nicht vorrechnen, daß die ÖVP säumig war. Auf Grund dieses Gespräches haben wir dann den Vorschlag in unseren Entwurf

miteingearbeitet, und dann ist der zusätzliche Entwurf mit dem Kärntner Modell dazugekommen. Das heißt, weg die Förderung und die Bezirkskammern sozusagen weg. Das ist alles da, das kann man alles locker anschauen. Dann sind wir in die Verhandlung gegangen. Nur, ich muß da trotzdem ein paar Dinge im Detail sagen. Die Fakten lasse ich mir nicht aus der Hand schlagen, daß wir jetzt das neue Zeitalter erfinden. Da bin ich gespannt. Wir machen eine Gegenüberstellung. Die Endproduktion und Wertschöpfung in der Steiermark gegenüber jener der österreichischen Landwirtschaft: 1970 6463 Millionen, das sind 17,8 Prozent der österreichischen Wertschöpfung, 1991 betrug in der Steiermark die Wertschöpfung 15.300 Millionen, das sind 19 Prozent. Und jetzt habe ich das Kärntner Modell, wo die Bauern nicht so verwoben sind mit Förderung und Beratung - (Abg. Vollmann: „Hast du die österreichische Wertschöpfung auch?“) Nein, nein, das sage ich, das lasse ich mir nicht nehmen - da haben wir im Jahre 1970 3,2 Milliarden mit 8,6 Prozent vom österreichischen Wertschöpfungsbereich, und 1991 7,1 Prozent. Das möchte ich ganz dezidiert hier sagen, das ist die konkrete Spezialisierungs- und Beratungs-offensive.

Da kann man argumentieren wie man will. Das ist ein Faktum. (Abg. Peinhaupt: „Wie weit hinkt das landwirtschaftliche Einkommen hinter dem Bundes-einkommen nach?“) Ja, wie willst du ein Einkommen erwirtschaften, wenn du keine Wertschöpfung hast? Wie willst du denn mit kleinen Betrieben einen Ertrag erwirtschaften? (Abg. Peinhaupt: „Die Wertschöpfung macht 37 Milliarden aus!“) Ich steigere mich, Kollege Peinhaupt. Da muß man einmal hineingehen in die Obstbranche zum Beispiel. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wer schöpft die Werte?“ - Abg. Vollmann: „30 Milliarden, und die Wertschöpfung macht 67,5 Millionen aus!“) Mit der Diskussion bekommst mich nicht durcheinander. Das sind faktische Zahlen. (Abg. Trampusch: „Die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Kärnten mußst du auch berücksichtigen!“) Ja, ja, da könnt ihr ruhig zappeln. Da lasse ich mich nicht aus dem Geleise schmeißen. Das ist ein Faktum. (Abg. Trampusch: „Zappeln tun wir nicht!“) Ja, meine Damen und Herren, ich darf vielleicht nicht einmal Behauptungen, die klar erwiesen sind, sagen. Das ist ein Faktum. (Abg. Trampusch: „So viele sind auf den Fremdenverkehr umgestiegen. Das vergißt du!“) Ich stelle nur fest, das ist ein Faktum.

In der Obstproduktion haben wir im Jahre 1975 589 Millionen, das sind 26 Prozent an Wertschöpfung gegenüber dem österreichischen Bereich, gehabt, und im Jahre 1991 1,4 Milliarden. Das ist ein Beratungs- und Förderungsinnovationsbereich. In Kärnten haben wir 120 Millionen, und 281 im Jahre 1991. Ich möchte damit demonstrieren, daß diese Kooperation mit Beratung und Förderung, wo die Bauern direkt eingebunden sind, wo sie motiviert sind, bitte nicht mit einer einfachen Erklärung, daß da alles neu zu regeln ist, einfach in dem Raum stehen bleiben darf. Ihr kennt meine Herkunft, und ihr kennt auch in Wahrheit den Weg, den wir in der österreichischen und auch in der steirischen Agrarpolitik gegangen sind, der ganze innovative Bereich. Der Kollege Getzinger hat an und für sich sehr feinfühlig dort angepunktet, wo wir bereits in der Spur drinnen sind und in den Stapfen. Das ist die ganze Entwicklung. Der Antrag über die

Streuobstwiesen. Ja, der entscheidende Bereich muß gelingen über Spezialdestillate und über Spitzensäfte, wenn wir dort weiterkommen. Und wir haben heute, der Kollege Riebenbauer ist in einem Bereich zum Beispiel, in den nördlicheren Teilen, wo kein Wein mehr wächst, die Mosttheurigen herauswachsen wie die Schwammerln. Das ist an und für sich eine Wertschöpfungssteigerung, was also ein Faktum ist. Vom Wein will ich im Konkreten gar nicht reden.

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich ist Faktum, daß wir vor allem - und der Kollege Trampusch hat es angesprochen - den Schwächeren helfen. Ja bitte, was ist denn sonst für eine andere Chance in der Politik, als den Schwächeren zu helfen? Nur muß ich auch das Faktum der Überschüsse betrachten, wie wir es in der Produktion gehabt haben. Wir haben Gott sei Dank das ausdiskutiert und sind zu einem vernünftigen Ergebnis gekommen. Natürlich hat es keinen Sinn, eine Überproduktion zu betreiben. Wir haben ja derzeit einige Beweise in der Steiermark mit der 75prozentigen Maisanbaubegrenzung, mit den Viehbestandsobergrenzen, zum Beispiel mit den 400 Säuen, und im Geflügel- und im Rinderbereich. Welche Berufsgruppen haben das von sich aus gemacht? Das ist mühsam mit den Verantwortungsträgern mitgetragen. Das ist in Wahrheit der Versuch, auch die Schwächeren im Produktionsbereich vor allem auch mitzutragen. (Abg. Peinhaupt: „Genau diese Obergrenzenregelung wird in der Fünfjahresplanung der Landwirtschaftskammer in Widerspruch gestellt!“) Ja selbstverständlich wird sie diskutiert. Wenn die Märkte aufbrechen durch die EG-Integration und der Schutz nicht möglich ist, haben wir ja gar keine andere Chance, als diese Möglichkeit aufzunehmen. Wir spüren aber ebenfalls im Bereich der Europäischen Gemeinschaft, auch mitten in Holland, daß dort schwerste Belastungen für jene Bauern Faktum sind, die über diese Grenzen wirtschaften mit den verschiedenen Belastungsbeträgen steuerlicher Natur, wenn überhaltene Viehbestandszahlen bestehen.

Meine Damen und Herren, ich möchte vor allem bitten, daß wir, und wir werden uns im Grunde sehr bemühen, ich will hier keine Argumente wiederholen, die Sachfragen in den Mittelpunkt zu stellen. Wir haben das auch schon bewiesen. Wir haben auch bisher alle Förderungen nach Richtlinien und Verordnungen vollzogen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Nicht alle!“) Das ist deine Interpretation. Die Richtlinien werden im Hauptausschuß und in den Fachausschüssen beraten, der Vorschlag kommt entweder zur Landesregierung oder in Verhandlungen mit dem Bund. Ich bin schon sehr gespannt, wenn der Bund gewisse Förderungsangebote präsentiert, ob wir mit unserem Förderungsbeirat in der Lage sind, Bundesmittel, die flüssig sind, auszuschlagen, und damit eine Förderungspalette im Rinder- oder Schweinebereich oder in anderen Bereichen in Frage gestellt wird. Es wird auch sicherlich der Bewegungsraum nicht allzu mächtig sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend ein konkretes Erlebnis erläutern: Wir sind offen für jede Diskussion, haben auch bei den Beratungen bewiesen, daß wir uns in vielen Bereichen selbstverständlich, von der Gesetzgebung her, verändern, weil wir bereits in der Praxis die Schritte vorgemacht

haben. Aber fest steht, wer ausländische Delegationen begleitet, speziell aus Osteuropa und zum Teil auch aus Westeuropa, und unser schwieriges Gebiet den anderen gegenüberstellt, so ist die permanente Frage, nach welchem Modell habt ihr diese Vitalität, diese Bewirtschaftung in dieser Vielfalt, mit dieser Sauberkeit, wie unser Land sich präsentiert, geschafft? Und wir erklären über unsere Einrichtungen, der Förderung der Schulen, der Beratung, wie das möglich war. Bei aller Kritik, die selbstverständlich immer Platz hat. Nur, wir sollen uns nicht schlechter machen, als wir in Wahrheit wirklich sind. Ich darf wirklich um eine konstruktive Zusammenarbeit bitten. Ich sage aber nur noch einmal: Zu diesem Beirat war meine und unsere Überzeugung: Wenn wir bei Meinungsverschiedenheiten der Landesregierung einen Vorschlag machen, die letzten Endes die Entscheidung auf Grund meines Vorschlages hat, ist die Entscheidungsmöglichkeit innerhalb der Landesregierung bei gleichem Stimmverhältnis wesentlich leichter möglich als bei einem vorgegebenen Abstimmungsergebnis. Das wird nachher die Frage sein, wie das in der Praxis läuft. Wir werden das ganz offen anschauen, und wir werden das dann sehen. (Abg. Schinnerl: „15 Ja-Stimmen!“) Da bin ich heilfroh. Warum habt ihr dann so gekämpft um den 16.? Das gilt genauso. Über das Thema brauchen wir heute nicht mehr diskutieren. Das ist der politische Wille der Mehrheit des Landtages. Den müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wie attraktiv, fruchtbar und kreativ er ist, das werden die Mitglieder in dem Ausschuß wahrscheinlich in der Hand haben. Ich wünsche mir, daß dieses Landwirtschaftsförderungsgesetz für die Zukunft in dieser schwierigen Phase, vor allem auch der Öffnung, immer mehr der Verpflichtung der Gesamtbevölkerung gegenüber der Landwirtschaft einen richtigen Weg gegangen ist. Ich möchte wirklich bitten, daß wir aus dem Bereich der Bauernschaft, weil wir stark politisch uns selbst organisiert haben, und das möchte ich zum Schluß sagen: Wenn jemand glaubt, es läßt sich irgendein Bauer mit einer Förderung allein ködern oder er läßt sich ungerecht von Nachbar zu Nachbar behandeln, da ist er noch nie bei einer Bauerversammlung gewesen. Da bin ich gespannt, wie das geht. Da wird Direktfraktura und unmittelbar genau hinterfragt, wie gerecht, wie korrekt, wie sinnvoll und wie notwendig ist diese Maßnahme. Daher glaube ich, daß das bewältigbar sein wird. Wir werden also sehen, in welcher Verantwortung der Beirat auch diese Aufgabe wahrnimmt. Ich danke und wünsche in der späten Nacht meinerseits trotzdem einen Frieden. Ich bin der erste, der unter den Rädern liegt. Bei den anderen haben Sie alle so lang verhandelt, bis man einig war. Das ist auch ein Qualitätszeichen, daß ihr vor uns Angst habt. Das ist auch gar nicht schlecht. Das möchte ich nur als Überguß noch sagen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Der Motor ist abgestellt. Wir fahren nicht über dich darüber!“) Kollege Peinhaupt, mich wundert es, daß du dich da so hineinsteigerst. Ich möchte das nur sagen: Auf der sensiblen politischen Bühne wird das sehr genau verfolgt, wie man auch mit Minderheiten umgeht. Der große Europa-Kongreß in Wien hat sich nur mit den Minderheiten beschäftigt. Jetzt werden wir das sehen. Wir werden sehen, wie wir behandelt werden. Ich danke. (Allgemeiner Beifall. - 22.45 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Eingebracht wurde ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Grillitsch, Ing. Kaufmann, Ing. Kinsky, Kowald, Alfred Prutsch und Riebenbauer, betreffend das Steiermärkische Landwirtschaftsförderungsgesetz.

Weiters wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Kaufmann, Grillitsch, Peinhaupt, Trampusch, Ing. Kaufmann und Weilharter, betreffend die möglichst rasche Konstituierung des Landwirtschaftsbeirates gemäß Paragraphen 17 und 18 des Landwirtschaftsförderungsgesetzes, eingebracht.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Trampusch, Vollmann und Minder, betreffend die Setzung gezielter Maßnahmen für die Förderung von Streuobstwiesen.

Abänderungsanträge beziehungsweise Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist in allen drei Fällen geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Grillitsch, Ing. Kaufmann, Kowald, Alfred Prutsch und Riebenbauer, betreffend das Landwirtschaftsförderungsgesetz, zweitens über den Paragraph 18 des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes, Beilage Nr. 66, drittens über das Steiermärkische Landwirtschaftsförderungsgesetz mit Ausnahme des Paragraphen 18, Beilage Nr. 66, viertens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Kaufmann, Grillitsch, Peinhaupt, Trampusch, Ing. Kaufmann und Weilharter, betreffend die möglichst rasche Konstituierung des Landwirtschaftsbeirates gemäß Paragraphen 17 und 18 des Landwirtschaftsförderungsgesetzes, und fünftens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Trampusch, Vollmann und Minder, betreffend die Setzung gezielter Maßnahmen für die Förderung von Streuobstwiesen.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Abgeordneten Grillitsch, Ing. Kaufmann, Ing. Kinsky, Kowald, Alfred Prutsch und Riebenbauer, betreffend das Steiermärkische Landwirtschaftsförderungsgesetz, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Paragraph 18 des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes, Beilage Nr. 66, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetz, mit Ausnahme des Paragraphen 18, Beilage Nr. 66, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche nun ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Kaufmann, Grillitsch, Peinhaupt, Trampusch, Ing. Kaufmann und Weilharter, betreffend die möglichst rasche Konstituierung des Landwirtschaftsbeirates gemäß Paragraphen 17 und 18 des Landwirtschaftsförderungsgesetzes, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Trampusch, Vollmann und Minder, betreffend die Setzung gezielter Maßnahmen für die Förderung von Streuobstwiesen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Auf der Tagesordnung stehen als Punkt

25. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse.

Gemäß Paragraph 54 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettel vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, die nunmehr durchzuführenden Wahlen in einzelne Ausschüsse durch Erheben der Hand vorzunehmen. Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, die meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Österreichische Volkspartei hat mir folgende Wahlvorschläge übermittelt, wobei ich jeden Wahlvorschlag nach jedem Ausschuß gesondert zur Abstimmung bringe:

Im Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung:

Frau Landtagsabgeordnete Sieglinde Zach anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Dr. Karl Maitz als Ersatzmitglied. Wenn Sie diesem Vorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Finanz-Ausschuß:

Herr Landtagsabgeordneter Hermann Schützenhöfer anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Dr. Gerhard Hirschmann als Mitglied. Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler:

Frau Landtagsabgeordnete Sieglinde Zach anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Richard Kanduth als Mitglied. Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen:

Frau Landtagsabgeordnete Sieglinde Zach anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Dr. Gerhard Hirschmann als Mitglied. Wenn Sie diesem Wahl-

vorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Kontroll-Ausschuß:

Herrn Landtagsabgeordneten Franz Majcen anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Dr. Gerhard Hirschmann als Mitglied. Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Sozial-Ausschuß:

Frau Landtagsabgeordnete Sieglinde Zach anstelle von Frau Landtagsabgeordneter Dr. Eva Karisch als Mitglied. Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

Frau Landtagsabgeordnete Dr. Eva Karisch anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Dr. Karl Maitz als Mitglied.

Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Karl Maitz anstelle von Frau Landtagsabgeordneter Dr. Eva Karisch als Ersatzmitglied. Wenn Sie diesen beiden Wahlvorschlägen Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Candidus Cortolezis anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Dr. Gerhard Hirschmann als Ersatzmitglied. Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ebenso hat mir die Sozialdemokratische Partei Österreichs folgende Wahlvorschläge übermittelt, wobei ich jeden Wahlvorschlag nach jedem Ausschuß gesondert zur Abstimmung bringe:

Im Finanz-Ausschuß:

Herrn Landtagsabgeordneten Ernst Korp anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Horst Tilzer als Ersatzmitglied. Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Kontroll-Ausschuß:

Herrn Landtagsabgeordneten Ernst Korp anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Horst Tilzer als Ersatzmitglied. Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Petitions-Ausschuß:

Herrn Landtagsabgeordneten Ernst Korp anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Horst Tilzer als Mitglied. Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre

Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Sozial-Ausschuß:

Herrn Landtagsabgeordneten Ernst Korp anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Horst Tilzer als Mitglied. Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Weiters hat mir die Freiheitliche Partei Österreichs folgende Wahlvorschläge übermittelt, wobei ich jeden Wahlvorschlag nach jedem Ausschuß gesondert zur Abstimmung bringe:

Im Ausschuß für Umweltschutz und Energie:

Herrn Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibdziura anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Ing. Herbert Peinhaupt als Mitglied.

Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt anstelle von Frau Landtagsabgeordneter Mag. Magda Bleckmann als Ersatzmitglied. Wenn Sie diesen Wahlvorschlägen Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:

Herrn Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibdziura anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Engelbert Weilharter als Mitglied.

Herrn Landtagsabgeordneten Engelbert Weilharter anstelle von Frau Landtagsabgeordneter Mag. Magda Bleckmann als Ersatzmitglied. Wenn Sie diesen Wahlvorschlägen Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz:

Herrn Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. German Vesko anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Engelbert Weilharter als Mitglied.

Herrn Landtagsabgeordneten Engelbert Weilharter anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Dipl.-Ing. German Vesko als Ersatzmitglied. Wenn Sie diesen Wahlvorschlägen Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft – ich sage aber erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 22.55 Uhr.)